

3/13

A close-up, high-resolution image of a classical statue's head, likely a Roman or Greek deity or philosopher. The statue has a full, curly beard and mustache, and is wearing a laurel wreath. The lighting is dramatic, highlighting the texture of the stone or marble. The background is a soft, out-of-focus yellowish-green.

DEMOKRATIE

SCHOLIEN

von Rahim Taghizadegan

Ausgabe 03/2013

DEMOKRATIE

Institut für Wertewirtschaft
www.wertewirtschaft.org
scholien@wertewirtschaft.org

Bedienungsanleitung

Dieses Büchlein enthält persönliche Gedanken und Beobachtungen sowie ausgewählte Texte und ist primär für Seelenfreunde des Verfassers gedacht. Mit Scholion bezeichnete man ursprünglich eine Randnotiz, die Gelehrte in den Büchern anbrachten, die ihre ständigen Wegbegleiter waren. Als Bücher noch teuer und selten waren, wurden sie oft geteilt und die geistige Auseinandersetzung wurde in Kommentaren zur gemeinsamen Lektüre geführt. Heute gibt es so viel mehr zu lesen, aber nur wenige haben dazu die Muße.

Ich habe es zu meiner Berufung gemacht, viel zu lesen und zu schreiben. Die Scholien sind eine Anregung für Vielleser, aber vielmehr noch eine Dienstleistung für Wenigleser. In dieses kleine, handliche Format versuche ich die Erkenntnisse aus meiner umfangreichen Lektüre zu komprimieren und so mit meinen Freunden eine große Bibliothek zu teilen. Die meisten zitierten Werke sind in unserer Institutsbibliothek vorhanden und können von Mitgliedern entliehen werden (bitte um Voranmeldung per E-Mail). Doch es ist kein bloßes Bücherwissen, das ich vermitteln will. Immer wieder beziehe ich mich auf die Realität abseits der Bücher, denn die Theorie – die Anschauung – ist nur da sinnvoll, wo sie etwas zu schauen hat. Mit

meinen Kollegen im Institut für Wertewirtschaft verstehe ich mich als praktischer Philosoph. Die Scholien jedoch sind kein systematisches philosophisches Opus, sondern sammeln gewissermaßen die Späne, die mir beim geistigen Bearbeiten der größeren Scheite für das Feuer der Erkenntnis zufallen.

Das Motto vornan ist zufällig aus dem Text gewählt, dazu gestaltet die Künstlerin Ingeborg Knaipp den Umschlag. Das Lektorat übernahmen Benjamin Koch und Johannes Leitner. Die zahlreichen Zitate sind meist eigene Übersetzungen; diesmal halfen mir Johannes Leitner, Jan Thilo Asel und Hendrikje Machate dabei. Die verwendete Literatur ist gesammelt am Ende angeführt. Ebenfalls dort findet sich ein Inhaltsverzeichnis. Frühere Ausgaben der Scholien können in Sammelausgaben in edlem Schuber nachbestellt werden. Mitglieder des Instituts für Wertewirtschaft erhalten Zugang zu den digitalen Versionen.

Administrative Anfragen bitte an *info@wertewirtschaft.org* senden, inhaltliche Anregungen und Fragen bitte an *scholien@wertewirtschaft.org*. Falls der geschätzte Leser dieses Exemplar zur Ansicht erhalten hat, würde ich mich freuen, ihn auch künftig als Adressaten dieser freundschaftlichen Korrespondenz zu wissen:

wertewirtschaft.org/scholien/

Tagesgeschehen

Meine Ausführungen über den Orient in der letzten Ausgabe haben mir viele freundliche und dankbare Reaktionen eingebracht, aber auch eine kritische Stimme: daß es nicht sonderlich erhellend war, was das Tagesgeschehen betrifft. Doch das Tagesgeschehen entzieht sich jeder ernsthaften Erhellung, die wesentlichen Aspekte bleiben uns stets verborgen. Noch nicht einmal die Geschichte des letzten Jahrhunderts ist völlig erhellt – ganz im Gegenteil blieben viele offene Fragen. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil die Geschichtsschreibung schon immer ideologischen Filtern unterworfen war. Das ist keine Verschwörung der Historiker, sondern eine Eigenheit unseres Denkapparates: Es wäre schrecklich ineffizient, alle Informationen, die auf uns hereinprasseln, gleich zu gewichten und uns unterschiedslos zu merken. Darum ist unser Hirn sehr selektiv. Wären unsere Sinne an elektronische Datenverarbeitung angeschlossen, und würde alles aufgenommen, wäre der

Speicherbedarf dramatisch und würde jede Grenze – auch des dichtesten Mediums – rasch überschreiten.

Wenn ich über das Tagesgeschehen schreibe, dann, um bestimmte Aspekte hervorzuheben, die in den Massenmedien weniger beleuchtet werden oder um historische und ökonomische Dynamiken zu illustrieren. Natürlich ist auch meine Auswahl eine subjektive. Wenn ich mich oft zur Frustration meiner treuen Leser klarer Urteile enthalte, liegt das am Bewußtsein, daß sich über das Tagesgeschehen nicht wissenschaftlich richten läßt. Die Informationsrevolution weckt die falsche Verheißung, mit Daten alles entscheiden zu können. Tatsächlich ist jede relevante Entscheidung eine Verantwortungsübernahme angesichts unausweichlicher Ungewißheit. Gute Entscheidungen sind nicht notwendigerweise solche, die sich im Nachhinein als richtig herausstellen. Gute Entscheidungen beruhen auf guten Prinzipien, die bei unvollständiger Information nicht zur Ohnmacht führen.

So ist die aktuelle Debatte um Syrien reichlich verfehlt, um doch illustrativ jenes Tagesgeschehen heranzuziehen, das für manchen Leser in der letzten Ausgabe zu kurz kam. Im kurzen Fenster der Massenaufmerksamkeit dreht sich nun wieder alles um Daten: Gab es einen Giftgasangriff? Wer führte ihn durch? Wie viel war bewußter Plan, wie viel Versehen? Jeder Medienkonsument ist als Sachverständiger bemüht. Man kann, wie bei jeder dieser „Debatten“, viele Tage damit verbringen, Schlagzeilen und *Twitter*nachrichten zu überfliegen, Pläne und Videos durchzusehen, Szenarien zu spinnen und Wikipedia zu bemühen. Wer der US-Außenpolitik kritisch gegenübersteht, wird schnell *cui bono* fragen und *false flag* vermuten. Wer dem Assad-Regime kritischer gegenübersteht, wird Dummheit und Verzweiflung als einfachere Erklärung nicht ausschließen. (Wir erinnern uns an die Warnung aus Scholien 04/12, S. 92: Schreibe nichts böser Absicht zu, das genauso gut durch Dummheit erklärt werden kann.)

Um das Verlangen meiner Leser nach Tagesaktua-

lität zu befriedigen, werde ich also noch einen Nachtrag zu Syrien liefern. Wahrscheinlich ist bei Erscheinen dieser Scholien das Tagesgeschehen schon weitergehetzt, aber das ist gut so, damit kommen wir alle – Leser und Autor zugleich – weniger in Versuchung, diese Schrift zu einem weiteren Kommentarblatt zu machen. Ideologisch berechenbare Kommentare zum unverdauten Tagesgeschehen langweilen mich furchtbar, darum lese ich auch keine Magazine und meide stets die Meinungsglossen.

Einen großen Teil dieser Scholien schreibe ich übrigens an den Abenden nach einer Wanderung durch die Cevennen in Südfrankreich. Ich folge dabei den Spuren des großen Literaten Robert L. Stevenson, dessen Schatzinsel schon meine jugendliche Abenteuerlust beflügelte. Er hinterließ zahlreiche Reiseberichte, denn das Reisen war für ihn eine philosophische Angelegenheit, nämlich eine Erkenntnismethode, abseits der Schulphilosophie das wirkliche „Tagesgeschehen“ zu erfahren:

For my part, I travel not to go anywhere, but to go. I travel for travel's sake. The great affair is to move; to feel the needs and hitches of our life more nearly; to come down off this feather-bed of civilisation, and find the globe granite underfoot and strewn with cutting flints.

Ich für meinen Teil reise nicht, um irgendwohin zu kommen, sondern allein, um zu reisen. Ich reise um des Reisens Willen. Das Großartige daran ist es, sich zu bewegen, umherzuziehen, die Bedürfnisse und Schwierigkeiten unseres Lebens intensiver zu fühlen, um herunterzukommen von diesem Federbett der Zivilisation und den Granit des Erdballs, von scharfkantigen Kieseln übersät, unter seinen Füßen zu spüren. (Stevenson 1879, S. 64)

Die Cevennen erlauben besonders andächtiges Wandern, denn sie sind weitgehend entvölkert. Das bietet eine einzigartige Szenerie zwischen grandioser Natur und verlassener Kultur. Einst war das hügelige Gebiet mit seinen zahlreichen Hochplateaus Schauplatz eines blutigen Bürgerkrieges, der erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem Tagesgeschehen in Syrien aufweist. Dort erhoben sich im 17. Jahrhundert Protestanten gegen die katholi-

sche Krone — die berüchtigten Camisarden. Ihr Name wird von occitanischen Begriffen für ihre Guerilla-Taktik abgeleitet: Sie führten vor allem nächtliche Überfälle (camisade) durch und trugen dabei weiße Hemden (camisa). Zunächst überwogen politische Motive – Ablehnung der Zentralgewalt, Attacken auf Steuereintreiber – dann religiöse. Die Camisarden waren unter den Katholiken als Fanatiker und Fundamentalisten gefürchtet, die zur Lynchjustiz griffen:

Die Verfolgung auf der einen Seite und der fieberhafte Enthusiasmus auf der anderen Seite sind beinahe gleich schwierig zu verstehen in diesen ruhigen modernen Tagen mit unserem lockeren modernen Glauben und Irrglauben. Die Protestanten waren allesamt weitab vom rechten Verstand voller Eifer und Sorge. Sie waren alle Propheten und Prophetinnen. Die Kinder würden ihre Eltern an der Brust zu guter Arbeit ermahnen. „Ein Kind von 15 Monaten in Quissac sprach in den Armen seiner Mutter, erregt und schluchzend, klar vernehmlich und mit einer lauten Stimme.“ Marschall Villars hat eine Stadt gesehen, „wo alle Frauen vom Bösen besessen schienen“, An-

fälle des Zitterns hatten und auf den Straßen öffentliche Prophezeiungen verkündeten. (Stevenson, S. 127f)

Die staatlichen Truppen gingen mit aller Härte gegen die vermeintlichen Terroristen vor. Diese wiederum sahen sich erst durch die Rücksichtslosigkeit der staatlichen Verfolgung zum Fanatismus getrieben. Verschärft wurde der Konflikt dadurch, daß England die Gelegenheit zu geopolitischer Einflußnahme nutzte: Die Camisarden wurden durch Waffenlieferungen unterstützt. Die Religion war zur Fassade geopolitischer Auseinandersetzungen um Machtbereiche geworden.

Der Bürgerkrieg wurde einer der verbrannten Erde. Bis heute hat sich die Region nicht erholt. Erst der zaghafte Tourismus brachte neues Leben. Die Landschaft zieht Aussteiger an, die dem Zentralstaat den Rücken kehren. Ich traf auf wunderbare Menschen, die viel unternehmerischen Mut und unerschütterlichen Fleiß an den Tag legen. Nirgends werden Namen aufgenommen, es gibt kein Meldewesen, alle Zahlungen erfolgen bar und am

Steuereintreiber vorbei. Am liebsten spricht man über die Köstlichkeiten des Alltags, vor allem die kulinarischen. Tagespolitik ist fern, je länger der Abend, desto philosophischer die Diskurse.

Ein wenig Hoffnung macht die Region für Syrien: Zwar wurden letztlich die meisten „Unruhestifter“ vertrieben, doch die weniger fundamentalistischen Protestanten blieben, und die Katholiken beendeten die Verfolgung, als sie einsahen, daß diese sinnlos war: Menschen, die so religiös sind, den Tod nicht mehr zu fürchten, kann man mit Krieg nicht bekämpfen. Schon Stevenson schilderte vor 135 Jahren angesichts des schönen Ortes Florac, wie letztlich die Zeit die Wogen glättet. Eine Generation scheint es jedoch mindestens zu brauchen:

Florac, sagte er mir, ist teils protestantisch, teils katholisch; und der Unterschied in der Religion wird normalerweise verdoppelt durch einen Unterschied in der Politik. Man kann meine Überraschung errahnen [...] als ich lernte, dass die Bevölkerung unter ziemlich friedlichen Bedingungen zusammenlebte; und es

gab sogar Gastfreundschaft zwischen den somit doppelt getrennten Hausalten. Schwarzer Camisard und Weißer Camisard, Militärmann, Miquelet, Dragoner, protestantischer Prophet und katholischer Kadett vom Weißen Kreuz, sie alle haben niedergesäbelt, geschossen, verbrannt, geplündert und gemordet, ihre Herzen voll von ungebremster heißer Leidenschaft. Und nach 170 Jahren ist hier ein Protestant immer noch ein Protestant, ein Katholik immer noch ein Katholik, in gegenseitiger Duldung und milder lebenslanger Freundschaft. Aber das Geschlecht der Menschen, so wie die unbezwingbare Natur aus der es stammt, hat seine eigenen heilenden Tugenden. Die Jahre und Jahreszeiten bringen mannigfaltige Erträge, nach dem Regen kehrt die Sonne zurück und die Menschheit überlebt säkulare Feindseligkeiten, wie ein einzelner Mann von den Leidenschaften eines Tages erwacht. Wir urteilen über unsere Vorfahren von einer göttlicheren Position aus, und der ein wenig über die Jahrhunderte gesetzte Staub läßt uns beide Seiten als geschmückt mit menschlichen Tugenden und nicht ganz zu Unrecht kämpfend anerkennen. (Stevenson, S. 155f)

Syrien und die Weltordnung

Nun zum Nachtrag über die Lage in Syrien, den ich mir borge, um das demokratische Mantra der „eigenen Meinung“ weiter zu konterkarieren. (Welche Hybris, zu allem eine „eigene“ Meinung haben zu wollen! Das Resultat sind erst recht gleichgeschaltete Nachplapperer, weil der Bedarf nach „Meinung“ übermäßig wächst.) Der Staub hat sich noch lange nicht gelegt, darum sollten wir das Richten vermeiden; doch das ist von Menschen, die das Herz am rechten Fleck haben, doch zu viel verlangt. Der treue Scholien-Leser Hubert Milz sendet mir einen Hinweis auf zwei Artikel des Juristen Roland Christian Hoffmann-Plesch, der sich nach eigenem Bekunden besonders für „libertäre Staatstheorie“ interessiert. Kein Wunder, daß ihm eine eloquente Zusammenfassung der US-kritischen Position zum Syrienkrieg gelingt. Er vergleicht Aleppo 2013 mit Stalingrad 1943. (Ach, wie unendlich traurig macht mich der Gedanke, noch vor wenigen Jahren in Aleppo ausge-

lassen gefeiert zu haben!) Doch dieses Fanal läute nun ein neues Mittelalter ein. Das säkular-rationalistische Projekt der Aufklärung sei eindeutig gescheitert, und eine Rückkehr der politischen Religionen sei im Gange. Den USA wirft er hierbei ein alttestamentarisches und neoprotestantisches Sendungsbewusstsein vor. Etwas widersprüchlich scheint dabei doch das zugeschriebene Maß an geostrategischer Rationalität: Eurasien sei, so zitiert er den neokonservativen Vordenker Zbigniew Kazimierz Brzezinski, das „Schachbrett“, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft ausgetragen würde. Das oberste Gebot der US-Geopolitik lautet daher, jede Macht zu bekämpfen, die eine Vorherrschaft über Eurasien erlangen könnte. Bekämpfen bedeute nicht unbedingt einen militärischen Sieg über diese Mächte, sondern laufende Destabilisierung, um ihren Aufstieg zu verhindern. So schließt Hoffmann-Plesch:

Das erklärt einigermaßen die brutalen, scheinbar irrationalen militärischen Aktionen der USA seit 1990. Es geht nicht um Herstellung von Ordnung, um Sta-

bilisierung der Region – solche Aufgaben würden die USA ohnehin überfordern –, auch nicht um militärische Siege, die angesichts der Bedingungen der neuen, asymmetrischen Kriege und der religiösen, jenseitsorientierten Motivation der Gegner nicht mehr möglich sind, sondern um Chaos zu schaffen und die potentielle Gegenmacht zu destabilisieren . In dieser Strategie passt wie gegossen der zivilreligiöse Mythos des weltweiten Terrorismus, den die USA erschaffen haben, um einen permanenten Kriegszustand auf dem gesamten Globus und vor allem in Eurasien zu institutionalisieren. (Hoffmann-Plesch 2013a)

Dabei würden die USA mit aller Kraft versuchen, das Herausbilden einer multipolaren Welt zu verhindern:

Wir erleben heute den wahrscheinlich letzten Versuch des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes, konkurrierende Mächte weltweit auszuschalten, um die Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA zu erreichen. Die Interventionen Amerikas (mit oder ohne Hilfe der NATO), sind Teile der amerikanischen Eurasien-Strategie. Sie finden statt in Ländern wie Irak, Jugoslawien, Somalia und Afghanistan.

Dazu gehören die ständigen Provokationen gegenüber Russland, Nordkorea oder Pakistan, der Versuch, Europa in „old Europe“ und Neueuropa zu spalten, die osteuropäischen „Orange-Revolutionen“ und der „Arabische Frühling“, sowie nicht zuletzt der (noch) „kalte Krieg“ gegen den Iran, oder die Stellvertreterkriege in Libyen, Syrien, Mali, Sudan usw.

Im Libyen-Krieg haben die westlichen Länder trotz ihrer obsessiven Anti-Terror- und Anti-Al-Qaida-Rhetorik entschieden, Al Qaida-Militante in ihrem Kampf gegen den libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi zu unterstützen. Da der neue globale Akteur China, der seine friedliche wirtschaftsimperiale Macht über Afrika ausdehnt, bis zum Ausbruch des Krieges auch in Libyen sehr präsent war, stand Amerika in Verdacht, durch eine scheinbar unvernünftige Libyen-Politik mehrere Ziele auf einmal erreichen zu wollen: Erstens die Vertreibung der chinesischen Firmen aus Libyen und das Stoppen der chinesischen Investitionen in diesem Land, was nach dem Beginn der Kriege auch passiert ist; zweitens die Ausschaltung eines amerika- und israelfeindlichen Staates, (der bis 2006 auf der Liste der Schurkenstaaten gestanden hatte) und somit die Verwirklichung der imperialen

geopolitischen und geostrategischen Agenda; drittens die Sicherung des Zugangs zu den libyschen Ölfeldern für US-Konzerne ähnlich wie im Irak. (Hoffmann-Plesch, 2013a)

Das zuständige Militärkommando für die Region ist CENTCOM, die Zentralität desselben scheint sich schon in der Namensgebung widerzuspiegeln. Die Truppen sind derzeit primär im Irak und in Afghanistan im Einsatz und verfügen über Stützpunkte in Kuwait, Bahrain, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Oman, Pakistan und mehreren Ländern Zentralasiens. Auf ihrer Internet-Präsenz beschreibt das Kommando seine Aufgabe hinsichtlich Syriens mit folgenden enttarnenden Worten:

Das U.S. Zentralkommando (CENTCOM) konzentriert sich darauf, die regionale Stabilität und Sicherheit zu verbessern, indem Syrien der Mainstream-„Arabischen Welt“ einverleibt wird. (centcom.mil/syria/)

Dabei kooperieren die USA auch mit radikal-wahabistischen Kräften, die Syrien zum Zentrum

eines supranationalen Kalifats machen wollen. Hoffmann-Plesch zählt vier Gründe auf, die dafür sprechen, den Syrienkrieg als Weltordnungskrieg zu betrachten:

Erstens die geographische Lage: Syrien [...] ist somit der ideale Platz für geopolitische „Schachbewegungen“ und geostrategischen Konfrontationen. Wer Syrien kontrolliert hat eine direkte Grenze zu Israel. Wenn die Kontrolle von einer israelfeindlichen Macht ausgeübt wird, ist die Sicherheit Israels in Gefahr. Wenn im Gegenteil eine israelfreundliche Macht die Kontrolle über Syrien übernimmt, dann ist ein Teil der israelischen Grenze geschützt, Libanon wird isoliert und die Verbindung zwischen Hisbollah und Iran unterbrochen. Wenn diese Macht auch ein euroatlantisches Nato-Mitglied ist, dann wird Syrien zusammen mit dem Nato-Land Türkei und dem Nicht-Nato-Verbündeten Jordanien einen Sicherheitsgürtel um Israel (das einzige im westlichen Sinne demokratische Land in der Region) bilden und zugleich die russisch-chinesisch-iranische Präsenz in der Region minimieren. Nur die Grenze zu Ägypten würde weiter eine Gefahr darstellen, zumindest solange in Kairo

keine israelfreundliche Macht herrscht.

Zweitens die israelfeindliche Einstellung und das asymmetrische militärische Potential: Als Folge seiner geographischen Lage und der klaren antiisraelischen Orientierung seiner jetzigen Regierung gilt Syrien als gefährlich. [...]

Drittens die Bildung gefährlicher Allianzen: Syrien hat sehr gute Beziehungen mit drei mächtigen eurasischen Akteuren – Russland, China, Iran – die besondere geopolitische und geostrategische bzw. wirtschaftliche Interessen in der Region haben und somit an der Erhaltung des jetzigen status quo in Syrien interessiert sind. Russland hat im Nordwesten von Syrien, in Tartus, einen Stützpunkt, der zu einer dauerhaften russischen Marinebasis für nuklear bewaffnete Kriegsschiffe umgebaut wurde (aufgrund der Kämpfe vorübergehend geräumt). Die militärisch-technologische Kooperation mit dem Assad-Regime macht aus Syrien Russlands Brückenkopf und Bollwerk im Nahen Osten, wo Russland und seine eurasischen Geostrategen/-politiker mit Hilfe Chinas und in Absprache mit dem Iran als Ordnungsmacht aufzutreten versucht. [...]

Viertens die Eurasien-Strategie der USA: Wie oben

erwähnt, versuchen die USA starke eurasische Regionalmächte (Einzelakteure oder Bündnisse) direkt oder indirekt zu destabilisieren, damit sie nicht genug stark werden können, um ihren Supermachtstatus zu unterminieren. (Hoffmann-Plesch 2013b)

Nationalbolschewiken

Sehr interessant ist hierzu die Position des russischen Denkers Alexander Dugin, die Hoffmann-Plesch wiedergibt, allerdings ohne Hinweis auf dessen ideologische Orientierung. Die zitierte Position klingt nach einer vernünftigen Differenzierung, die rationaler erscheint als das US-Verhalten, aber auch als der dadurch bestärkte Antiislamismus. Dugin erklärt die pro-syrische, pro-schiitische und pro-alawitische Position Rußlands, indem er einem „eurasischen Islam“ den wahabitisch-salafistischen gegenüberstellt. Ersterer werde im Iran und im Libanon praktiziert, es sei der schiitische Islam, der Sufismus, der syrische Alawismus – allesamt Formen eines mystisch-traditionalistischen, kontemplativen, vielfältigen

und tiefen Islams. Dieser Islam sei der Freund Rußlands und der christlichen Orthodoxie. Dugin hält diese Richtung auch für „sozialistischer“, was schon ein bemerkenswerter ideologischer Hinweis ist (dessen Hintergrund ich in den Scholien 05/09 erklärt habe). Auf der anderen Seite stehen hingegen der wahabitisch-salafistische Islam in Saudi-Arabien und der radikal-sunnitische Islam in Pakistan,

die ähnlich wie im puritanischen Calvinismus auf einer reinen Lehre beruhen. Der puritanische Islam lehne die Beschaulichkeit und die Multipolarität ab, so Dugin, und zwingt allen eine monotone, rein ritualistische, primitive Praktik auf. Er sei „atlantisch“ und pro-amerikanisch und somit ein Feind Russlands (A. Höllwerth, Das sakrale eurasische Imperium des Aleksander Dugin, 2007: 491f.). (Hoffmann-Plesch 2013b)

Dugin zählt zu den Nationalbolschewiken, jenen gewichtigen Kräften in Russland, die die dummlichen Links-Rechts-Zuschreibungen gehörig in Frage stellen. Er ist beeinflusst von Julius Evola,

der schon mehrmals in den Scholien zu Gast war, und dem Traditionalismus, rechnet sich aber selbst der Linken zu. Eine englische Version seines programmatischen Artikels FASCHISMUS - GRENZENLOS UND ROT konnte ich zunächst nur in einem linksradikalen Forum finden. In diesem brillanten Manifest reklamiert Dugin Sozialismus als den wahren Faschismus:

Faschismus — das ist Nationalismus, aber nicht irgendein Nationalismus, sondern ein revolutionärer, rebellischer, romantischer, idealistischer, der eine große und transzendente Idee anruft, der versucht, den Traum zu verwirklichen, eine Gesellschaft des Helden und Übermenschen hervorzubringen und die Welt damit zu verändern und umzuwandeln. Auf der wirtschaftlichen Ebene ist der Faschismus eher durch sozialistische oder gemäßigt sozialistische Methode gekennzeichnet, die persönliche Wirtschaftsinteressen den Grundsätzen nationaler Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit unterordnen. Und die kulturelle Perspektive des Faschismus schließlich entspricht der radikalen Ablehnung der humanistischen, „übertrieben humanen“ Mentalität, d.h. der Essenz „Intelli-

gentsia“. Der Faschist haßt den Intellektuellen als Typus. Er sieht in ihm einen maskierten Bourgeois, einen anmaßenden Spießer, ein Plappermaul und einen verantwortungslosen Feigling. Der Faschist liebt zugleich die Starken und die Engelsgleichen. Er zieht die Kälte und Tragödie vor, Wärme und Komfort verachtet er. In anderen Worten: Der Faschismus verachtet alles, das die Essenz des „nationalen Kapitalismus“ ausmacht. Er kämpft für die „Vorherrschaft des nationalen Idealismus“ (im Gegensatz zum „Nationalkapital“) und gegen die Bourgeoisie und Intelligentsia (und weder für sie noch mit ihr). Der faschistische Pathos wird im berühmten Ausruf von Mussolini richtig beschrieben: „Erhebe dich, faschistisches und proletarisches Italien!“ „Faschistisch und proletarisch“ — dies ist die Orientierung des Faschismus. [...]

In unserem Fall, dem Fall des wachsenden russischen Nationalkapitalismus, kann man daher nicht über Faschismus sprechen, sondern von einem Versuch, vorläufig zu pervertieren, was nicht umgangen werden kann. Ein solcher Pseudofaschismus kann „präventiv“ genannt werden. Er beeilt sich um Anerkennung, bevor ein authentischer, wahrer, radikal revolutionärer

und konsistenter Faschismus, ein faschistischer Faschismus in vollem Grade in Rußland geboren wird und erstarkt. Diese Nationalkapitalisten sind ehemalige Führer der kommunistischen Partei, die es gewohnt sind, zu befehlen und zu erniedrigen, und die schließlich aus reinem Konformismus zu „liberalen Demokraten“ wurden; nun, nach dem Ende dieses Stadiums, sind sie ebenso eifrig, sich ins nationale Kleid zu hüllen. Nachdem sie die Demokratie zu einer Farce gemacht haben, sind die Parteienherrscher offenbar mitsamt der gefälligen Intelligentsia entschieden dabei, den Nationalismus zu verderben und zu vergiften, der die Gesellschaft durchdringt. [...]

Es ist völlig ungerechtfertigt, den Faschismus eine „rechtsextreme“ Ideologie zu nennen. Dieses Phänomen ist präziser durch die paradoxe Formulierung „Konservative Revolution“ getroffen. Es ist eine Verbindung einer „rechten“ kulturell-politischen Orientierung – Traditionalismus, Treue zum Boden, den Wurzeln, der Nationalmoral – mit einem „linken“ Wirtschaftsprogramm – soziale Gerechtigkeit, Beschränkung der Marktkräfte, Befreiung aus der „Zinsknechtschaft“, Verbot der Börsenspekulation, von Monopolen und Kartellen, sowie das Primat ehrlicher

Arbeit. In Analogie zum National-Sozialismus, der oft einfach „deutscher Sozialismus“ genannt wurde, kann man vom russischen Faschismus als „russischem Sozialismus“ sprechen. [...]

Kurz vor seinem Tod verkündete der französische faschistische Autor Robert Brasillach eine seltsame Prophezeiung: „Ich sehe, wie sich im Osten, in Rußland, der Faschismus erhebt — ein grenzenloser und roter Faschismus.“

Man beachte: Kein verblaßter, braun-rosa Nationalkapitalismus, sondern das blendende Morgenleuchten eines neuen russischen revolutionären Faschismus — grenzenlos wie unsere Länder und rot wie unser Blut. (Dugin 1997/2009)

Leider kann man sich in geostrategischen Dimensionen seine Freunde nicht aussuchen. Es ist kein Wunder, daß die europäische Elite – schon allein aus ideengeschichtlichen Gründen – eher den USA zuneigt als dem möglichen Gegengewicht Rußland-China-Iran, selbst wenn man dadurch Alliierte wie Saudiarabien in Kauf nehmen muß. Immerhin wird diese Neigung ein wenig kompensiert durch den durchaus gewichtigen Anti-

Amerikanismus der vermeintlich „linken“ Intelligentsia. Hieraus Links-Rechts-Demarkationen abzuleiten, wäre jedoch grober Unsinn.

Interessant ist noch der ökonomische Aspekt in der Analyse von Hoffmann-Plesch. Er faßt gut die maßgeblichen wirtschaftlichen Interessen in der Region zusammen. Auch einen Bezug zu Österreich gibt es hierbei, immerhin hätte die geplante *Nabucco-Pipeline* nach Baumgarten an der March geführt. In dem Dorf zwischen Wien und Bratislava, das keine 200 Einwohner zählt, wird rund ein Drittel des gesamten westeuropäischen Bedarfes an Erdgas verteilt. Hoffmann-Plesch erläutert die Lage:

Syrien ist zum Dreh- und Angelpunkt zweier Pipeline-Projekte geworden, die für den energiepolitischen Einfluss auf Europa entscheidend sind. Das erste Projekt ist der Versuch des erdgasreichen Katars, Zugang zum europäischen Markt via Saudi-Arabien und durch die zwischen der Türkei und Österreich geplante Nabucco-Pipeline zu bekommen. Das Projekt, das 2008 wegen des saudischen Vetos scheiterte, brauchte

auch die Zustimmung Syriens. Eine Alternative war eine Pipeline-Route durch den Persischen Golf und den Irak, dafür brauchte man aber wieder die Zustimmung Syriens, Nachbar der Türkei. Stattdessen hat Syrien 2011 Verträge mit dem Iran geschlossen, die den Transport von iranischem Erdgas durch den Irak nach Syrien und weiter nach Europa ermöglichen. Laut iranischen Medien hat Iran im Herbst 2012 mit dem Bau von 225 km der 1500 km langen Pipeline im Wert von drei Milliarden Dollar begonnen.

Das zweite Projekt ist das bisher gescheiterte Projekt Nabucco, das von der EU mit Billigung der USA geplant wurde, um die starke Stellung des Hauptlieferanten Gazprom zu verringern. Aus Mangel an Lieferanten – Russland hat für sein Konkurrenzprojekt South-Stream mehrere große Gaslieferanten gewonnen – wurde Nabucco nicht, wie geplant, gebaut. Außerdem wollte Iran kein Gas an Nabucco liefern, sondern, wie erwähnt, eine eigene Pipeline über den Irak nach Syrien und weiter nach Europa bauen, was zusammen mit der russischen South-Stream zum Scheitern der euro-atlantischen Pläne geführt hat. Syrien ist also ein Erdgas-Knotenpunkt, eine Niederlage des

Assad-Regimes hätte demnach positive Folgen für diejenigen Länder, denen die Entscheidungsträger in Damaskus wichtige Öl- und Gasgeschäfte versaut haben.

Das ist einer der Gründe, warum auch Katar fundamentalistische Islamisten in Syrien großzügig unterstützt und warum die ökonomischen Sanktionen gegen Syrien nicht nur von der EU und den USA, sondern auch von Mitgliedern der Arabischen Liga durchgeführt werden. (Hoffmann-Plesch 2013b)

Friedensnobelpreisträger

Bei der Interpretation der Motive politischer Akteure ist es stets schwer, die nicht-intendierten Folgen absichtsvollen Handelns von bewußten Zielen zu unterscheiden. Ist „Friedensnobelpreisträger“ Obama in Wirklichkeit ein Kriegstreiber? Mein scharfzüngiger Freund Sean Gabb von der britischen *Libertarian Alliance* interpretiert das Geschehen ganz anders:

Da die einzige Beachtung, die ich Amerika schenke, meine Abscheu ist und ich mir wünsche, dass es kollabiert, könnte es sein, daß ich mich nicht besonders

als Kommentator zu Amerikas Innenpolitik eigne. Wie dem auch sei, ich vermute, dass Herr Obama ein kluges Spiel spielt. Er will keinen weiteren Krieg im Mittleren Osten. Er war gegen den Irak-Krieg. Er hat fünf Jahre damit zugebracht, „Nein“ zu einem Angriff auf den Iran zu sagen. Syrien den Krieg zu erklären würde wahrscheinlich heißen, dem Iran den Krieg zu erklären und die Russen und Chinesen zu verärgern. Selbst das beste Ergebnis einer Intervention würde ihm und seinen Freunden nichts einbringen. Nachdem er bis zum Exzess von der ganzen aufgescheuchten Neo-Con-Gang genervt und bedrängt wurde, ihren Krieg zu unterstützen, brach er die Regeln des Spiels.

Es wurde von ihm erwartet alle Hebel auf eigene Verantwortung zu ziehen, die Kongressabgeordneten eintönige Reden über den Beistand für die Regierung halten zu lassen, um dann alle nötigen finanziellen Mittel abzusegnen und die Klappe zu halten. Was er stattdessen gemacht hat war diese Leute zu zwingen, für ihn zu entscheiden.

Das heißt die langfingrigen Trunkenbolde und Lüstlinge, welche die Amerikaner mit geringer werdenden Zahlen wiederwählen, müssen sich in der Öffentlich-

keit auf ihre Hinterbeine stellen und riskieren, ihre Essensmarken für die Kantine bei der nächsten Wahl zu verlieren. Wenn sie für den Krieg stimmen, und dieser – wie mit beinahe Sicherheit zu erwarten ist – wird zu einem Desaster, so wird Herr Obama sie mit sich in den Abgrund reißen. Wenn sie gegen den Krieg stimmen, kann Obama mit den Schultern zucken und sich wieder mit den Themen beschäftigen, mit denen er sich lieber beschäftigen möchte. Außerdem könnte er dann ein paar der Kriegstreiber loswerden. Die meisten seiner Widersacher gehen davon aus, dass Herr Obama nur ein dummer schwarzer Mann ist, der zwei Mal von verschiedenen ethnischen Interessengruppen gewählt wurde.

Ich vermute dagegen, dass er wesentlich klüger ist als seine Widersacher. Natürlich können auch beide Prämissen zutreffen. Um in der amerikanischen Politik erfolgreich zu sein, muss man nur ein paar vorgefertigte Phrasen vor den Fernsehkameras daher plappern, und wissen welche Bestechungsgelder angenommen werden sollten. Darüber hinaus ist ein IQ in den niedrigen 70ern vermutlich von Vorteil. Aber ich mutmaße – oder hoffe – dass Herr Obama wirklich klug ist. Er könnte der effizienteste Präsident sein,

den diese Nation seit dem zweiten Herrn Roosevelt gesehen hat. Der Unterschied ist, daß, wo Herr R der Welt für drei Generationen Amerika auferlegt hat, Herr O die gesamte amerikanische Fäulnis zu Hause zu haben wollen scheint. Ich weiß, welches von beiden ich vorziehe. (Gabb 2013)

Hoffmann-Plesch geht hingegen von maliziöser Rationalität aus. Aus seinen Schilderungen würde man auf „clevere“ Akteure schließen, wenn damit Klugheit im Gegensatz zur Weisheit gemeint ist. Er schließt seine Überlegungen jedenfalls mit einer Präsentation des Szenarios, vor dem sich die USA seiner Einschätzung nach so fürchten:

Assad gewinnt in diesem Moment die Oberhand, dank der logistischen Unterstützung verbündeter Mächte und der Kampffähigkeiten der Hisbollah und der iranischen und russischen Freiwilligen, die auf seiner Seite kämpfen. Wenn die Lage sich stabilisiert und die syrische Armee immer mehr Terrain gewinnt, werden die Dschihadisten immer weniger Freiraum haben. Dann werden die USA aller Wahrscheinlichkeit nach einen militärischen Einsatz erwägen, um den „Rebellen“ mehr Handlungsraum zu verschaffen.

Was passiert aber, wenn Assad und die pro-syrischen Kräfte das Land schneller in den Griff bekommen und sogar den Krieg gewinnen?

Erstens wird Assad als Verteidiger des syrischen Volkes mit all seinen Ethnien und Konfessionen gefeiert und seine Position an Legitimation gewinnen, denn Souverän ist der [nach Carl Schmitt], der über den Ausnahmezustand entscheidet. Er wird also nach diesem Krieg stärker sein als je zuvor. Die schiitische, sozial-nationalistische Landesbrücke würde mehr Kontur gewinnen, vielleicht als eine klassische Allianz, als Bündnis oder mit russischer und chinesischer Unterstützung gar als Großraumordnung mit Interventionsverbot für bestimmte raumfremde Mächte.

Nicht ausgeschlossen ist auch eine auf Freiwilligkeit und völkerrechtlicher, ethnischer und religiöser Gleichheit beruhende „großsyrische“ oder levantinische Alternative, eine über den Staat hinausgehende Großraumordnung (wie die EU), die zusammen mit Israel und ohne die „Mediation“ raumfremder Mächte eine friedliche, möglichst gerechte Lösung für das Palästina-Problem zu suchen versucht. Das wäre ein Beweis dafür, dass die erfolgreiche Verteidigung eines Raumes gegen als unschlagbar erscheinende raum-

fremde Mächte möglich ist. Das könnte der Anfang vom Ende des von den USA initiierten Balkanisierungsprozesses im Nahen Osten sein. (Hoffmann-Plesch 2013b)

Dieses Szenario ist erstaunlich optimistisch gehalten. Hoffmann-Plesch folgt dabei der Einschätzung der nordirischen Friedensnobelpreisträgerin (Achtung, nicht von diesem Titel beeindruckt lassen!) Mairead Maguire, die im Mai Syrien und den Libanon auf Einladung der einheimischen Initiative *Mussahal* bereiste. Dabei handelt es sich um eine syrische NGO, die sich um Versöhnung bemüht. Sie vermittelt zwischen bewaffneten Kämpfern und Sicherheitskräften, hilft beim Freilassen von Entführten und bringt alle Beteiligten am Konflikt zusammen zu einem Dialog und praktischen Lösungen. Insbesondere syrische Christen spielen hierbei eine maßgebliche Rolle. Als Gegengewicht zur hiesigen massenmedialen Berichterstattung ist Maguires Wahrnehmung wohl hilfreich:

Nach einem zehntägigen Besuch des Libanon und Sy-

riens [...] bin ich mit der Hoffnung zurückgekehrt, dass Frieden in Syrien möglich ist, falls jegliche auswärtige Einmischung gestoppt und den Syrern gestattet wird, ihre eigenen Probleme zu lösen unter Beachtung des Rechts zur Selbstbestimmung.

Im Libanon besuchten wir mehrere Flüchtlingslager [...]. Ein Frau sagte: „Bevor dieser Konflikt anfang, waren wir glücklich und hatten ein gutes Leben [...] und jetzt leben wir in Armut.“ Ihre Tochter und ihr Schwiegersohn [...] erzählten uns, dass diese Gewalt zu jedermanns Überraschung ausgebrochen wäre und sich so schnell ausgebreitet hätte und sie alle noch unter Schock stünden. Aber als gut bewaffnete ausländische Kämpfer in Homs eintrafen, bemächtigten diese sich ihrer Häuser, vergewaltigten ihre Frauen und töteten junge Männer, die sich weigerten sich ihnen anzuschließen; also flohen die Menschen in panischer Angst. Sie sagten, dass diese ausländischen Kämpfer aus vielen Ländern kamen: Libyer, Saudis, Tunesier, Tschetschenen, Afghanen, Pakistaner, Araber aus den Emiraten, Libanesen, Jordanier, Türken, Europäer, Australier – und die Banden werden von ausländischen Regierungen finanziert und ausgebildet. Sie befestigen Selbstmord-Sprengwesten an Körpern von

Menschen und drohen sie zu zünden, wenn diese nicht tun, was ihnen befohlen wird. [...]

Ein Repräsentant des Roten Kreuzes berichtete uns, dass für die Arbeit der NGO und des Syrischen Halbmonds in ganz Syrien volle Freiheit besteht in der Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, und unter den äußerst schwierigen Umständen tun sie ihr Bestes, leisten Hilfsdienste für so viele Menschen wie möglich. [...] Die Wirtschafts-Sanktionen verursachen, wie schon im Irak, große Not für viele Menschen, und alle, die wir getroffen haben, verlangten deren Aufhebung. [...]

In Syrien ist die Erinnerung an die Zerstörung des nächsten Nachbarn Irak durch US/UK/NATO-Kräfte noch frisch in den Köpfen, einschließlich der Köpfe der anderthalb Millionen Iraker - darunter auch vieler Christen -, die vor dem Krieg im Irak geflohen sind und denen Zuflucht von der syrischen Regierung gewährt wurde. (Maguire 2013)

Maguires Schilderungen belegen die syrisch-iranische-russische Position, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß Reiseberichte stets persönlich und damit oft ideologisch gefärbt sind. Maguire

selbst scheint dem nationalen Sozialismus des syrischen Regimes besonders zugetan zu sein, sie lobt „kostenlosen Schulbesuch, kostenlose Gesundheitsversorgung und subventionierten Brennstoff“.

Ideologische Reiseberichte

Eine besonders deutliche Illustration des Problems der ideologischen Färbung von Reiseberichten fand ich bei Roger Baldwin, dem Gründer der berühmten *American Civil Liberties Union* (ACLU). Diese Bewegung übernimmt die juristische Verteidigung von „Bürgerrechten“, allen voran die Redefreiheit. Baldwin schildert in einem seiner Bücher die Berichte zweier amerikanischer Arbeiter, die für eine Weile in einer sowjetischen Kolonie in Sibirien mitarbeiteten, um einen Eindruck von Realsozialismus zu gewinnen. Baldwin war verblüfft, daß sich diese zwei Berichte grundlegend unterschieden:

Sie schrieben sie am gleichen Tag, am gleichen Tisch – und doch hätten die Briefe von zwei verschiedenen Kontinenten kommen können, so gegensätzlich sahen

sie die russischen Verhältnisse.

Nirgendwo, sagte der eine, habe er unter besseren Bedingungen gearbeitet. „Ein Land, in dem die Arbeiter der Freiheit näher sind als irgendsonst auf der Welt.“ Der andere sagte, er habe niemals unter einem derartigen System der Korruption und der Bespitzelung gelebt. „Wenn man sehen könnte, was die Arbeiter und Bauern tatsächlich davon halten, würde man erkennen, dass dieses System seine Macht ausschließlich durch Gewalt erhält.“ Beide Männer gingen mit pro-sowjetischen Gefühlen nach Russland, doch aufgrund ihrer Charaktere sahen und betonten sie ganz verschiedene Aspekte.

Persönliche Ansichten färben das meiste, was über Sowjetrussland geschrieben wird. Welche Punkte man betont ist eine Sache von Meinung und Empfindung. Jeder, der über Russland schreibt, sollte zu Beginn seine persönlichen Vorurteile eingestehen; und über Russland hat jeder Vorurteile, ob er sich deren bewusst ist oder nicht. Das Leben unter den Sowjets ist so voll mit Gegensätzen und Widersprüchen, dass ein jeder fast alles beweisen kann, was seine Vorurteile ihm eingeben – und, wenn er will, aus den Worten der Bolschewiken selbst den Gegenbeweis dagegen

führen kann. (Baldwin 1927)

Baldwin war ein Pazifist, und zwar von genau dem Typus, den ich in den letzten Scholien kurz erwähnt habe. Die ACLU machte sich anfangs dadurch einen Namen, die Redefreiheit von Kriegsgegnern und die Rechte von Kriegsdienstverweigerern zu verteidigen. Leider war die Motivation dieses Pazifismus und damit eines großen Teils der „Bürgerrechts-“ und später „Menschenrechts-“ Bewegung ideologisch einseitig. Es ging darum, die militärische Schlagkraft der „kapitalistischen“ Staaten zu mindern. Baldwins ideologische Prägung wird schon im Titel des zitierten Buches deutlich: LIBERTY UNDER THE SOVIETS (Freiheit unter den Sowjets). Die Titelwahl erklärt er wie folgt:

Dennoch betone ich durch den Titel und die Gestaltung dieses Buches die herausstechende Beziehung, wie ich sie sehe, zwischen den Kontrollen der Diktatur und den neuen Freiheiten. Obwohl ich ein Befürworter von unbegrenzter bürgerlicher Freiheit bin, als ein Mittel zur Bewirkung von sogar revolutionären

gesellschaftlichen Veränderungen mit minimaler Gewaltanwendung, so weiß ich, dass eine solche Freiheit immer von dem Besitz wirtschaftlicher Macht abhängt. Wirtschaftliche Freiheit liegt allen anderen zugrunde. In jeder Gesellschaft werden bürgerliche Freiheiten nur von jenen Klassen ausgeübt, welche wirtschaftliche Macht besitzen – oder wenn auch von anderen Klassen, in Zeiten in denen die herrschende Klasse in ihrer Position zu gefestigt ist, um Opposition zu fürchten.

In Sowjetrußland, trotz der unbeugsamen Kontrolle und Unterdrückung der Opposition, wird das Regime durch die ökonomischen Bedürfnisse von Arbeitern und Kleinbauern dominiert. Ihre wirtschaftliche Macht, selbst wenn sie unorganisiert sind, bildet die Kraft hinter dem Regime. Ihre Freiheiten, die durch die Revolution errungen wurden, sind die ultimativen Diktatoren der sowjetischen Politik. Hierin liegt die hauptsächliche Rechtfertigung für die Hoffnung, daß, mit zunehmender Teilnahme der Massen an allen Aktivitäten des Lebens, die Strenge der zentralisierten Diktatur nachläßt und kreativen Kräften freier Lauf gelassen wird. Kleinbauern und Arbeiter sind sich sehr genau ihrer durch die Revolution gewonne-

nen neuen Freiheiten bewusst. Überall hört man ihren Glauben zum Ausdruck gebracht, daß, wie auch immer ihre Kritik und Unzufriedenheit geartet ist, sie „frei“ seien. Und sie machen mehr als 90 Prozent des russischen Volkes aus. (Baldwin 1927)

Es ist verblüffend, daß einer der engagiertesten Kämpfer für mehr „Bürgerrechte“ in den USA die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion so von der Hand wischt. Würde sich jemand eine so „differenzierte“ Perspektive zu einem ideologisch unkorrekten Regime erlauben, würden Gruppieren wie die ACLU – damals oder heute – aufschreien. Baldwin verteidigt diese offensichtliche Voreingenommenheit so:

Solch eine Anschauung, die ich gegenüber dem Verhältnis von wirtschaftlicher zu bürgerlicher Freiheit ausdrücke, könnte leicht so ausgelegt werden, als hieße ich die Unterdrückung in Russland gut, die ich in kapitalistischen Ländern verurteilte. Es ist wahr, daß ich unterschiedlich darüber denke, eben weil ich sie als unterschiedlich auffasse. [Das Hervorheben der] Unterdrückung in westlichen Demokratien ist eine Waffe im Übergang zum Sozialismus. Die Gesell-

schaft, welche die Kommunisten schaffen wollen, wird frei sein vom Klassenkampf – wenn sie erreicht wird – und daher auch von Unterdrückung.

In Russland kann die Freiheit nicht gerecht beurteilt werden, so wie dies meist versucht wird, wenn man dies auf der Grundlage westlicher Ideen von bourgeoisen „Rechten“ tut, aus der Vorstellung sozialistischer Parteien über parlamentarische Demokratie als dem Königsweg, um den Sozialismus zu erreichen, oder aus dem anarchistischen Programm der sofortigen revolutionären Abschaffung des Staates und der Begründung freier Kooperativen von Arbeitern und Bauern. Die Freiheit muss in Russland vor allem im Lichte dessen untersucht werden, was die Kommunisten versuchen zu erreichen: eine Gesellschaft, in der die Freiheit dann Realität wird, wenn der Kampf der ökonomischen Klassen abgeschafft ist. Der kommunistischen Sichtweise des Fortschritts folgend wird allein durch diesen Prozess gewährleistet, daß Freiheit und Demokratie mehr bedeuten als bloß die Freiheit der besitzenden Klassen. [...]

Was sind diese wirtschaftlichen Freiheiten? Für die Bauern – achtzig Prozent des Volkes – bestehen sie vorrangig im Recht auf das Land, das sie bearbeiten,

in der Gewalt über seine Verteilung, in der Freiheit von Grundherren, im Recht, Waren frei zu kaufen und zu verkaufen – und in der Macht, ihre dörflichen Angelegenheiten mit wenig fremder Einmischung oder ganz ohne diese zu regeln. Diese Freiheiten, die in dem Sinne, dass sie das Privateigentum anerkennen, bourgeois sind, sind die Grundlage bäuerlichen Lebens, und die Bauern wären bereit, dafür die Sowjetregierung gegen äußere Feinde oder gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Bolschewistische Politik, kommunistische Propaganda, die langfristigen Pläne, den Sozialismus aufzubauen, bedeuten für sie wenig. Aber die Unterstützung der Regierung für Kooperativen, für maschinelle Bodenbewirtschaftung, für die ärmeren Bauern gegen die wohlhabenden, für verbesserten Ackerbau, für Erholung, das alles bedeutet ein neues Leben, auf das die Dörfer, die jahrhundertlang unter dem alten Regime stillstanden, nun, da eine neue Generation aufwächst, langsam ansprechen. Keiner, der das neue Leben in den russischen Dörfern gesehen hat, kann das Gefühl von Freiheit dort bezweifeln, von entfesseltem Einsatzwillen und von Hoffnung, das den tätigen Bauern nun kennzeichnet – außer für die herrschsüchtige besitzende Klasse (die

Kulaken), die der neuen Ordnung Widerstand leisten, weil sie ihre Freiheit beschränkt, Arbeiter anzuwerben und Land zu pachten. (Baldwin 1927)

Im Nachhinein betrachtet, klingen diese Worte reichlich zynisch. Was zählen schon die bourgeoisen Befindlichkeiten der Kulaken! Baldwin greift hier selbst Stalin vor, der zwei Jahre nach Erscheinen des Buches die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ forderte. Diese Klassenliquidierung war natürlich Massenmord, fast 15 Millionen Menschen verhungerten oder wurden umgebracht. Die versprochene „Freiheit“ bedeutete die Versklavung der überlebenden Bevölkerung. Der humanitäre Zynismus von Baldwin ist damit jedoch noch nicht zu Ende: Immerhin habe die Sowjetunion viel wichtigere „Freiheiten“ gebracht, nämlich die Freiheit von „rassischen Vorurteilen“ und „Anti-Religions-Freiheit“, nämlich die „Freiheit“, frei von Religion zu leben. Diese merkwürdige Freiheit schildert er so:

Es gibt zwar keine Staatskirche, aber einen Anti-Kirchen-Staat. Das Gewicht behördlichen Einflusses

richtete und richtet sich ununterbrochen gegen die Kirche als Institution und gegen die Religion als eine Kraft, die der kommunistischen Auffassung von wissenschaftlichem sozialen Fortschritt entgegensteht. [...]

Um die Macht der Religion weiter zu vermindern, ist es Kindern unter achtzehn Jahren verboten, religiöse Schulen zu besuchen. Sie dürfen ausschließlich von ihren Eltern in ihren eigenen Heimen unterrichtet werden, und nicht einmal das, wenn sie dies selbst ablehnen und bei der Behörde Beschwerde einlegen, was anscheinend schon viele getan haben. Den Mohammedanern hingegen, wie wir bemerkt haben, ist es gestattet, in ihre religiösen Schulen Kinder ab vierzehn Jahren aufzunehmen, ein Zugeständnis gegenüber den orientalischen Völkern, deren Feindseligkeit die Sowjetregierung keinesfalls anfachen will. [...]

Überall, wo ich russische Gefängnisse besuchte, fand ich langhaarige, langbärtige Priester, die noch ihre Gewänder trugen – einige, die wegen gewöhnlicher Verbrechen eingesperrt waren, die meisten aber aufgrund politischer Vergehen, die hauptsächlich zur Zeit der Enteignung der Kirchengüter stattgefunden hatten. Im Internierungsgefängnis in Leningrad, wo

ich die Zelle besichtigen wollte, die eine Zeit lang Lenin im Jahre 1896 bewohnt hatte, öffnete sich mir die Zellentür zu einem überraschenden Anblick – ein patriarchalischer Erzbischof in den gelben Seidengewändern seines Amtes. Er teilte mir in fließendem Französisch mit, dass er „der Sowjetregierung durchaus loyal“ eingestellt sei, aber, er wusste nicht weswegen, grundsätzlich wegen der Feindschaft der Regierung der Kirche gegenüber festgehalten werde. Obendrein – weil das Gefängnis überbelegt war – teilte er die historische Zelle mit einem finnischen Spion und einem Spekulanten. [...]

Zusammenfassend ist es offensichtlich, dass die religiöse Freiheit unter den Sowjets weit größer ist als unter dem Zaren, trotz der Tatsache, dass der Zar für die Religion war und die Sowjets dagegen sind. Freiheit für Anti-Religion ist selbstverständlich viel größer als irgendwo sonst in der Welt, da sie offiziell gefördert und geführt wird als Teil des kommunistischen Programms. (Baldwin 1927)

Schließlich kommt der ACLU-Gründer nicht umhin, sogar die Geheimpolizei zu würdigen, die folternd und mordend die Ideologie schützte –

immerhin handelte es sich dabei um die richtige Ideologie. Die Doppelmoral ist erschreckend. Doch, sobald es „politisch“ wird, gibt es wohl kaum jemanden, der frei davon ist. Gerechtigkeitsvorstellungen machen eben durchaus einen Unterschied, ob wir exekutive Maßnahmen als Polizeigewalt anklagen oder gegenüber randalierenden Gewalttätigen gutheißen. In der Episode, die ich in den letzten Scholien schilderte, zeigte ich mehr Sympathie für die Polizei – und ich bin ja keineswegs ein Staatsfreund. Mögen wir alle von solch ideologischen Illusionen verschont bleiben, auf die Baldwin hereinfiel, als er die sowjetische Polizeigewalt relativierte:

Um zusammenzufassen, das gesamte System, die politische Opposition in Russland zu behandeln, ruht auf außerordentlich breiten Grundmauern – breiteren als sonstwo in der Welt. Es ruht zunächst auf der weiten und umfassenden gesetzlichen Definition von politischen Vergehen, und dann auf den außerordentlichen Befugnissen der GPU [sowjetischer Geheimdienst, Vorläufer des KGB] für Festnahmen, Strafverfolgung,

„Strafverfahren“, Inhaftierung und Exilierung. Sowohl die Definition politischer Verbrechen wie auch das Ermessen der politischen Polizei sind weiter als unter dem Zaren und in anderen Ländern. Sie entsprechen denen anderer Länder, die sich im Ausnahmezustand befinden, genau worin sich Sowjetrussland auch selbst sieht. Aber die Atmosphäre ist in Russland eine andere, da dieses System fast unsichtbar arbeitet.

Angesichts der Bedingungen, unter denen diese strenge Disziplinierung des Landes gewachsen ist, gemeinsam mit den ererbten Gewohnheiten zu regieren und dem fortdauernden Kampf gegen äußere wie innere Feinde, sind seine Auswüchse durchaus verständlich. Sie sind weit leichter durch natürliche Ursachen zu erklären als durch ein romantisches Verständnis von „asiatischer Grausamkeit“, das ihnen oftmals zugrundegelegt wird. Über das GPU-System Moralpredigten zu halten, erklärt dieses nicht. Seine Funktion im Verhältnis zur Diktatur tut es. Es nimmt den Platz ein als die unmittelbare Verteidigungswaffe der Kommunistischen Partei — schnell, entscheidend, endgültig. (Baldwin 1927)

Da die Stalinisten den Krieg gewonnen haben, reicht es heute nicht aus, stalinistische Sympathien

auszugraben, um Organisationen, Personen und Lager zu diskreditieren. Manche wünschen sich gewissermaßen zur Kompensation des ideologisch blinden Anti-Faschismus einen ebenso wütenden und skrupulösen Anti-Sozialismus. Wir können froh sein, daß es letzteren nicht gibt, denn sonst wäre ein noch größerer Bereich des abendländischen Denkens „verboten“. Es waren Pragmatiker und Praktiker, Leute, die endlich „handeln“ wollten, die meinten, „es sei schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem“, die „Praxis anstelle von Theorie“ forderten, die das Denken so diskreditiert haben. Die politische Praxis weist seit den roten und braunen Totalitären eine verblüffende Kontinuität auf. Den Denkern gegenüber, besonders den toten, sind jedoch alle schrecklich mutig und gnadenlos, denn beschriebenes Papier ist wehrlos und reglos.

Gedanken kann man ändern, wenn man sie später bedauert, Taten aber nicht. Baldwin bedauerte seine Blendung durch die Stalinisten, wenngleich er zeit seines Lebens dem Sozialismus verbunden

blieb. In den 1940er-Jahren säuberte er die ACLU selbst von Mitgliedern der kommunistischen Partei. War das tatsächlich späte Erkenntnis? Der Geschichtsschreibung liegen nur äußere Daten vor, die eigentlich wichtigen, die inneren, bleiben ihr verborgen. Darum ist die Geschichtsschreibung ein so reiches Feld für Ideologen. Spricht aus folgendem Satz in Baldwins Buch Naivität oder ein subtiler Hinweis auf Zensur und nötige Beschönigung? Wären beides mildernde Umstände für sein kolossales Fehltriteil? Der Leser bewerte selbst:

Um Fehler in den Aussagen über die offizielle Politik zu vermeiden, wurde die gesamte Erstfassung des Buches freundlicherweise von einem Sowjetbeamten gelesen, der für genaue Angaben befähigt war. (Baldwin 1927)

ACLU

Die Säuberung der ACLU von Kommunisten ging der McCarthy-Ära voraus. Man könnte den Schritt auch als Anpassung an die Verhältnisse werten. Schließlich müssen Denker, um Taten zu

setzen, die auch zu ihrer Zeit schon als groß bewertet werden, pragmatischer sein. Die Anpassung der ACLU an den Mainstream war die Voraussetzung für deren Wachstum zu einer Massenorganisation. Pragmatismus ist die natürliche Entwicklung jeder ideologiegetriebenen Organisation, die auf Zustimmung aus ist. Da NPOs das Profitsignal fehlt, bleiben ihnen nur Macht und Aufmerksamkeit als Maßstäbe. Dies ist die einzige Möglichkeit, das Kalkulationsproblem zumindest zeitweilig zu umgehen. Langfristig schlägt dieses Problem jedoch durch und begrenzt die Wertschöpfung nicht-profitorientierter Unternehmungen beträchtlich.

Baldwin war zu erfolgreich; die nächste typische Etappe jeder Massenorganisation ließ nicht lange auf sich warten. Die Mitgliederzahl stieg rasant an (schließlich ist das einer der wesentlichen Maßstäbe, der einer NPO bleibt). Als die Zahl auf 9.000 gewachsen war, erwies sich Baldwin als Wachstumshindernis. Die Organisation war zu einem Organismus geworden, Frankenstein löste sich von

seinem wohlmeinenden Vater. Der verdutzte Baldwin wurde von seinem eigenen Verein abgesetzt, denn die Wachstumslogik erforderte einen Manager an der Spitze. Baldwins Nachfolger wurde der Ex-Bankier und Beamte Patrick Murphy Malin. Unter seiner Ägide wuchs die Mitgliederzahl auf 60.000. Die ACLU wurde zu einer angesehenen Institution, aber damit auch Teil des politischen Establishments. Der Preis dafür war, daß Malin vertrauliche Unterlagen an die Regierung weitergab, die ihn dafür mit Spitzelinformationen über Mitglieder des eigenen Vereinsvorsandes versorgte. In der McCarthy-Ära war Malin darauf bedacht, jeder Enttarnung von Kommunisten innerhalb der Organisation zuvorzukommen.

Dieser Exkurs über die ACLU sollte die Kraft ideologischer Filter illustrieren. Zugleich möchte ich aber auch vor einer Überdramatisierung dieser Filter warnen. Trotz der stalinistischen Geburtsmakiel der Organisation leistete sie wohl einen bedeutenden Beitrag zum Einbremsen des US-

Polizeistaates. Das Hauptanliegen der Redefreiheit zeigte zwar ursprünglich eine eindeutige ideologische Schlagseite, doch die ACLU erwies sich als überraschend unparteilich. Sie verteidigte nicht nur H.L. Mencken (siehe Scholien 01/12, S. 29f), sondern sogar Hans-Hermann Hoppe. Letzterer, ein Schüler von Murray N. Rothbard und meinen Lesern sicherlich gut bekannt, hatte eine Auseinandersetzung mit seiner Universität, welche der politischen Korrektheit mehr Gewicht als der Lehrfreiheit gab. Er schildert den Anlaß so:

Im März 2004, während einer 75-minütigen Vorlesung über Zeitpräferenz, Zinsen und Kapital im Rahmen meines Kurses über Geld und Banken, präsentierte ich zahlreiche Beispiele, um das Konzept der Zeitpräferenz (oder in der Terminologie des Soziologen Edward Banfield: „Gegenwarts- und Zukunftsorientierung“) zu illustrieren. In einem knappen Beispiel bezog ich mich auf Homosexuelle als Gruppe, die, da sie normalerweise keine Kinder haben, eine höhere Zeitpräferenz aufweisen und stärker gegenwartsorientiert sind. Ich bemerkte ebenfalls – wie viele andere Wissenschaftler –, daß J.M. Jeynes, dessen

Wirtschaftstheorien Gegenstand einiger späterer Vorlesungen sein würden, homosexuell war und daß es nützlich sein könnte, dies zu berücksichtigen, wenn man seine kurzfristigen wirtschaftspolitischen Empfehlungen und sein berühmtes Zitat betrachtet: „Langfristig sind wir alle tot.“ Während meiner Vorlesung wurde dazu keine Frage gestellt. [...] Zwei Tage später wurde jedoch eine informelle Beschwerde seitens eines Studenten beim Antidiskriminierungs-„Kommissar“ der Universität eingereicht. Der Student behauptete, daß er als Homosexueller durch meine Vorlesung „in seinen Gefühlen verletzt“ wurde. Auf der Grundlage dieser „Beweismittel“ rief mich der Kommissar, der, wie ich erst einige Wochen später herausfand, ein zu einem „zertifizierten“ Schwulenaktivisten konvertierter ehemaliger Priester war, zuhause an, um mich darüber zu informieren, daß meine Vorlesung abgesetzt würde, wenn ich weiterhin solche Bemerkungen machte. Ich stimmte zu, den Kommissar in meinem Büro zu treffen, im Glauben, daß dies die Sache zu einem raschen Ende bringen würde. Der Student würde über das Wesen einer Universität und der akademischen Freiheit aufgeklärt werden, inklusive seines Rechtes, Fragen zu stellen und dem Profes-

sor zu widersprechen. Stattdessen belehrte mich der Kommissar darüber, was und wie ich in meinen Kursen zu unterrichten hätte. Ich erklärte ihm den Unterschied zwischen einem Professor und einem Bürokraten und daß er seine Grenzen überschritt, doch ohne Erfolg. Da der Student die falsche Behauptung aufgestellt hatte, daß meine Bemerkungen hinsichtlich „aller“ Homosexuellen gemeint waren, stimmte ich jedoch zu, in meiner nächsten Vorlesung den Unterschied zwischen Aussagen über „alle“ und „den Durchschnitt“ zu erläutern. In der nächsten Einheit erklärte ich, daß beispielsweise die Aussage, Italiener essen mehr Spaghetti als Deutsche, nicht bedeute, daß jeder einzelne Italiener mehr Spaghetti als jeder Deutsche esse. Es bedeutet, daß im Durchschnitt Italiener mehr Spaghetti als Deutsche essen. Daraufhin reichte der Student eine „formale“ Beschwerde ein. Ich hätte seine Gefühle nicht ernst genommen. Er fühlte sich „erneut verletzt“; und, wie er vom Kommissar gelernt hatte, begründete der Umstand, sich zweimal schlecht zu fühlen, eine „feindliche Lernumgebung“ (ein Vergehen, das in den Universitätsstatuten nicht definiert wird). Von da an machte der Kommissar den Fall des Studenten zu seinem eige-

nen. Jeder Anschein, als neutraler Mediator zu fungieren, wurde aufgegeben, und er wurde zu einem Strafverfolger. (Hoppe 2005)

Ein Verfahren war die Folge, das eine finanzielle Strafe und offizielle Maßregelung Prof. Hoppes vorsah. Daraufhin wandte sich dieser an die ACLU, die seine Verteidigung übernahm. Die Feststellungen seitens der ACLU-Anwälte und Vertreter sind eindeutig:

„Der Vorwurf gegen Professor Hoppe ist vollkommen fadenscheinig und entbehrt jeder Grundlage“ [...]. „Wir teilen Hoppes Theorien nicht und verstehen natürlich, warum sich manche Studenten durch diese angegriffen fühlten. Doch akademische Freiheit ist bedeutungslos, wenn sie nicht das Recht von Professoren schützt, Ideen vorzustellen, die für ihr Lehrprogramm relevant sind, selbst wenn diese kontrovers sind und Leuten gegen den Strich gehen.“ [...] „Wenn er zum Schweigen gebracht werden kann, wird das unter den anderen Fakultätsmitgliedern eine Atmosphäre der Selbstzensur schaffen, sodaß nichts Kontroverses mehr geäußert werden kann. [...] Wer wird der Leidtragende davon sein? Die Studenten.“

(Lake 2005)

Universitäre Eklats

Die besondere Sensibilität hinsichtlich Homosexueller hat – auch wenn man sie nachvollziehen kann – eine ideologische Schlagseite. Einst als normabweichende Orientierung verfolgt, wird sie heute aus dem selben Grund gepriesen. Daß eine gewisse ideologische Schiefelage besteht, scheint offenkundig: Unser Geschlecht soll eine soziale Konstruktion sein, unsere sexuelle Orientierung hingegen angeboren? Das ist derselbe ideologische Hintergrund, der dem Anti-Rassismus zugrunde liegt, wie ich ihn in Scholien 05/09 (S. 25f) kritisch beschrieb. Natürlich gebietet es der Respekt, wunde Punkte unseres Gegenübers zu vermeiden. Doch gerade die Universität kann kein Ort übermäßiger Sensibilität sein, aufgrund ihres Wesens und ihrer Tradition. Die ideale Universität verfügt stets über Giftschränke, die auch jene Ideen enthalten, die obszön, inakzeptabel oder anderswo gar zensiert sind. Sie ist ein Ort für Erwachsene, die

sine ira et studio (ohne Zorn und Eifer) alles zu denken wagen. An einer Universität können gar Leichen aufgeschnitten werden! Da muß man sich gelegentlich auch die Nase zuhalten.

In seiner Darstellung der Ereignisse verweist Prof. Hoppe auf die ideologische Doppelmoral, die hinter der Angelegenheit stand:

Las Vegas ist stolz auf seine Toleranz, und so auch die UNLV, die hiesige Universität. An der Universität ist die Toleranz jedoch selektiv. Man kann behaupten, daß weiße, heterosexuelle Männer für alle Leiden der Menschheit verantwortlich seien, daß Castros Kuba eine Erfolgsgeschichte sei, daß Kapitalismus Ausbeutung bedeute, oder daß die meisten Universitätsprofessoren Linke seien, weil es den Konservativen an hinreichender Intelligenz mangle, um zu unterrichten. Sollte sich irgendwer darüber beschweren, würde die Beschwerde sofort abgewiesen. Dies zu Recht. Schließlich ist die Universität zu akademischer Freiheit verpflichtet. [...] Nichts davon gilt jedoch für Professoren, die von sozialistischen, etatistischen oder kulturell linken Ansichten abweichen, wie ich herausfinden sollte. (Hoppe 2005)

Zu einem ähnlichen Eklat kam es vor einigen Jahren in Wien. Das Institut für Wertewirtschaft hatte Prof. Hoppe zu einem Seminar an der Wirtschaftsuniversität eingeladen. In einem seiner Vorträge spekulierte er über die geographische Konzentration der industriellen Revolution. Warum setzte jener Wohlstandsschub, der die malthusianische Falle überwand, ausgerechnet im Norden ein? Jene Falle ist der von Malthus postulierte Effekt, daß Wohlstandszuwächse stets durch Bevölkerungswachstum wettgemacht würden, sodaß die einzelnen Menschen der Armutsfalle nicht entkommen können. Hoppe mutmaßte, daß das härtere Klima eine niedrigere Zeitpräferenz nötig gemacht habe: Bei ausgeprägten Jahreszeiten sei vorausschauende Planung überlebensnotwendig. Dieser größere Handlungshorizont könnte auch mit einer wachsenden Begabung für abstraktes Denken einhergegangen sein. Und an dieser Stelle wurde es dann politisch unkorrekt: Da dieses Denkvermögen mit IQ-Tests erhoben wird, könnte das auch den statistisch signifikanten Unter-

schied von durchschnittlichen IQ-Werten erklären. In der Tat nehmen die statistischen Durchschnitts-Werte zum Äquator hin ab.

Nun begab es sich, daß an diesem Seminar ausgerechnet ein sozialistischer Nachwuchspolitiker teilnahm, der sich einen Namen als linksradikales Aushängeschild machen möchte: Niki Kowall. Ein Freund hatte ihn überredet, zu unserem Seminar mitzukommen, um die Perspektive zu erweitern. Das ging leider in die Hose. Davor hatte er allen Ausführungen interessiert zugehört und auch zu meinen Vorträgen keine ideologischen Einwände gehabt. Doch der IQ-Bezug überschritt eine Schmerzgrenze. Erbozt wurde er gegenüber Prof. Hoppe laut und drohte damit, Beschwerde einzulegen, daß hier „Rassenkunde“ unterrichtet würde. Als Hoppe seinen Vortrag aufgrund des lautstarken Protests nicht fortsetzen konnte, baten andere Teilnehmer den wütenden Sozialisten, doch zu gehen. Er verließ wutschnaubend den Saal. Ich hatte später eine lange Diskussion mit Kowall, der sich nur schwer beruhigen ließ. Ich versuchte ihm

klar zu machen, daß seine Sensibilität in dieser Frage ideologisch bedingt sei und er letztlich eine Einschränkung der Redefreiheit wünsche. Er machte jedenfalls seine Drohung wahr, allerdings hinterrücks, ohne Prof. Hoppe oder mich zu informieren. Er erstellte ein Protokoll der Veranstaltung und ging damit zum Rektor. Wir hörten nie wieder etwas in der Sache. Bis der Ökonomie-Blogger Stephan Ewald, der damals auch beim Seminar dabei war, die Sache viele Jahre später aufgriff. Ewald hatte damals selbst einige Fragen gestellt, aus denen sich schließen ließ, daß er der Wiener Schule kritisch gegenüber steht. Daraufhin wurde er von Kowall darum gebeten, das Protokoll beim Rektor zu bestätigen. Ewald nutzte als Anhänger konkurrierender heterodoxer Ökonomieschulen (Abba Lerner, Wynne Godley, Hyman Minsky) die Gelegenheit, seinen Konkurrenten eins auszuwischen. Er schließt seine Erinnerungen zum Vorfall süffisant:

Ich bestätigte dem Rektorat die Richtigkeit und Prof. Hoppe muss – soweit ich weiß – jetzt woanders seine

„Vorlesungen“ abhalten. (Ewald 2013)

Ich hatte von all dem nichts mitbekommen. Unlängst hörte ich nur munkeln, daß gegen mich – als Universitätsdozent – Beschwerde erhoben wurde. Niemand sprach mich je persönlich an. Kurz darauf eröffnete man mir, daß mein Lehrauftrag im kommenden Semester nicht verlängert würde. Die Bewertungen durch die Studenten waren stets exzellent, und ich hatte mir nichts zu Schulden kommen lassen. Die Begründung grenzte ans Absurde: Aus sozialen Gründen wolle man einer Dozentin den Vortritt geben, die das Einkommen nötiger habe. Nun kenne ich den Hintergrund. Den Preis jenes Anstreichens von Prof. Hoppe an der politischen Korrektheit mußte ich bezahlen – ich hatte das Seminar organisiert und daher das Gedankenverbrechen zu verantworten. Hoppe konnten die feigen Universitätsbürokraten in Wien nichts anhaben, er war außerhalb ihrer Reichweite, so wurde ich als Ersatzopfer der Leidtragende.

Ganz unverständlich ist mir die Sensibilität des

Jungsozialisten nicht, wenngleich er freilich über die Ursprünge der eugenischen Bewegung auf der politischen Linken (!) nichts weiß, welche dem Thema Intelligenz einen so unappetitlichen Anstrich gegeben hat. Hoppe provozierte auch ein wenig, nachdem er den ideologischen Widerstand witterte: Wie schon weiter oben ersichtlich, hat er keinerlei Geduld für politische Korrektheit und andere Einschränkungen der freien Rede. Da drückt er dann gerne noch etwas stärker auf die Tube. Mein Verständnis endet aber bei der Blockwartmentalität, nach der man sich hinterücks an Autoritäten wendet, um per Zwang die eigenen Ansichten zu schützen und durchzusetzen.

Auch der Ökonom Ewald hat sehr unrühmlich gehandelt: Seine Darstellung der Ereignisse ist teilweise erlogen, und sein Tonfall unmöglich. So schreibt er süffisant, nach der Ausführung von Hoppe, den er als „durchgeknallten Freak“ beschimpft (Das soll politisch korrekt sein? „Freaks“ waren Behinderte, die man auf Jahrmärkten ausstellte!), hätten alle seriösen Volkswirtschaftsstu-

denten das Seminar verlassen und nur „Hardcore-Hoppe Fans, gutsituierte meistens ältere Damen und Herren“ wären geblieben. Das Gegenteil ist richtig. Nur der Hardcore-Hoppe-Gegner verließ den Raum, eine weitere Dame protestierte später, als Hoppe den Begriff *Neger* verwendete.

Aufgrund eines bedauerlichen Sprachirrtums gilt der Begriff heute als deutsche Entsprechung zum Schimpfwort *Nigger*, in Wirklichkeit ist es die lateinische Entsprechung zur Bezeichnung *Schwarzer*. Ich verwende den Begriff nicht, wenngleich zu beobachten ist, daß sich negative Assoziationen auf alle Begriffe übertragen – das liegt nicht an den Begriffen, die Kausalität ist also genau umgekehrt. Weil Vorurteile bestehen, läßt sich eine Bezeichnung negativ auf. Ähnliches geschah beim Begriff *Zigeuner*, einst neutral, manchmal gar positiv benutzt. Durch die Umstellung der Sprache auf *Roma*, dann auf *Roma und Sinti*, verschwinden die negativen Konnotationen nicht. So muß die politische Korrektheit immer neue Begriffe erfinden, bis zur *Transperson mit*

Migrationshintergrund. Neuerdings wird in Österreich versucht, den Begriff *Asylant* durch *Refugee* zu ersetzen. Das ist wohl die dümmste Wendung des Neusprech: schlicht Anglizismen heranzuziehen. Wenn die Wörter frei wählbar werden, so hofft man, damit auch den Inhalt frei gestalten zu können. Ein Philosoph würde darin eine politisierte Entartung des Nominalismus erkennen.

Scheuklappen

Das Problem liegt gar nicht darin, daß wir unterschiedliche ideologische Filter haben, unterschiedliche Sensibilitäten und unterschiedliche Werthaltungen. Das macht einen Diskurs ja gerade wertvoll. Das Problem liegt in der Blindheit der Ideologen, stets nur den Splitter in den Augen der anderen zu sehen und niemals das eigene Brett vor dem Kopf. Und ideologische Splitter haben wir alle, ganz besonders die populäreren Vertreter der Wiener Schule, daran besteht gar kein Zweifel. Scheuklappen sind aber nicht bloß schlecht. Immerhin haben sie einen Zweck, wenn man nicht so

dumm ist, sich gänzlich frei von ihnen zu glauben: Sie fokussieren unseren Blick und erlauben ein Vorantraben in eine Richtung, anstatt daß wir scheuen, weil uns die unzähligen Widersprüche der Welt verwirren und entmutigen. Ich mute meinen treuen Lesern ja allerhand Qualen zu, indem ich immer wieder meine Scheuklappen anhebe, um mal nach links, mal nach rechts auszuscheren. Kein Wunder, daß manche den Eindruck haben, ich führe sie im Kreis umher. Ein besonders aufmerksamer Leser bat mich, doch etwas mehr Orientierung zu geben. Doch um den Weg zu weisen, müßte man stillstehen. Das lustvolle Umherwandern, das Umwege in Kauf nimmt, hat mir immer schon mehr Spaß gemacht. Ich fürchte also, ich muß in dieser Hinsicht enttäuschen. Man sehe es meiner Jugend nach, mich noch um klare Fatwas zu drücken.

Ich genieße Paradoxien, weil sie das Denken so wunderbar beleben, und wie ein kräftiger Windhauch die Scheuklappen für einen Moment heben. Als Abschluß meiner Beobachtungen zur Rede-

freiheit also – wie gewohnt – noch eine paradoxe Pointe, die alles in Frage stellt, anstelle einer konklusiven Fatwa, die alle Fragen beantwortet: Ich stieß auf eine interessante Kritik eines Journalisten an der ACLU, der sich dort engagieren wollte. Bei einer Besprechung erkannte er tief erschüttert, daß der Pragmatismus mittlerweile schwerer wöge als die Redefreiheit. Die Führung der Organisation machte bei einer Angelegenheit eine Ausnahme von ihrem Grundsatz — frei nach Voltaire: „Ich missbillige, was du sagst, aber würde bis auf den Tod dein Recht verteidigen, es zu sagen“. (Eines der berühmtesten falschen Zitate der Geschichte. Es stammt in Wirklichkeit von der Voltaire-Biographin Evelyn Beatrice Hall.) Ich überlasse es dem werten Leser, zu entscheiden, ob dies der ausschlaggebende Beleg für den Siegeszug der Anpassung gegenüber dem Idealismus ist, den ich zuvor schilderte, oder der Journalist bloß eine ungewöhnliche Sensibilität an den Tag legte:

Die ACLU war dabei, eine Richtlinie für den Umgang mit Fällen festzulegen, die mit Kinderpornogra-

phie zu tun hatten. Die Organisation hatte Verleger der entsetzlichsten Nazi-Propaganda vor Gericht verteidigt, daher war es zumindest nicht ausgeschlossen, daß sie ihre kollektive Nase zuhalten und die Verteidigung von Leuten übernehmen würde, die in Kinderpornographie involviert waren. Es gibt zwei Arten von Kinderpornographiefällen: jene, die Leute betreffen, die Urheber der Pornographie sind, und jene, die Leute betreffen, die diese nur verkauft haben, ohne an der Produktion beteiligt zu sein. Alle am Tisch waren sich einig, daß die ACLU keine Leute repräsentieren sollte, die Urheber der Pornographie waren, doch das war ja auch nicht wirklich eine Frage der Meinungsfreiheit, sondern des Kindesmißbrauchs, der überall strafbar ist und nicht auf Grundlage der Verfassung verteidigt werden kann. Was die erbärmlichen Leute betrifft, die das Zeug nur verkauften, neigte die Versammlung dazu, weniger streng zu sein. Nahezu alle von uns waren gegen die staatliche Verfolgung von Leuten, die veröffentlichtes Material verkauften. Obwohl wir Kinderpornographie abstoßend fanden, empfanden wir, daß jene, die sie nur verkauften, Recht auf Schutz durch die Verfassung hatten. Am Kopf des Tisches saß an diesem Tag eine der promi-

nenteren und einflußreicheren ACLU-Anwälte: Harriet Pilpel. Sie hörte sich unsere Diskussion an, wurde Zeuge unserer Entscheidung, jene vor Gericht zu vertreten, die Kinderpornographie nur verkauften, und dann wischte sie diesen Entschluß beiseite und überstimmte uns. Sie erklärte, daß die ACLU Feinde hatte, die diese eher für eine subversive Kraft als für eine Verteidigerin der amerikanischen Freiheiten hielten, und es politisch fatal sein könnte, wenn die Organisation jemanden verteidigte, der in Kinderpornographie involviert war. Ich konnte ihr Argument nachvollziehen, doch in diesem Moment realisierte ich, daß die ACLU nur ein weiterer politischer Körper war, dessen Handlungen ebenso auf Pragmatismus wie auf Idealismus beruhten. Das enttäuschte mich, und ich kehrte niemals wieder zu diesem Konferenztisch und damit zur ACLU zurück. (Louis 2010)

Die Borodajkewycz-Affäre

Ich ringe mit mir, aber eine weitere historische Pointe sollte ich dem Leser nicht vorenthalten. Ich bitte bloß darum, diese Informationen vertraulich zu behandeln. Um in Erinnerung zu rufen: Die Scholien sind als vertrauliche Korrespondenz mit

Seelenverwandten, Freunden und Unterstützern konzipiert, also bewußt auf einen kleinen Leserkreis zugeschnitten. Darum sind sie nicht gratis für jedermann zugänglich und beteiligen sich nicht am Kampf um Aufmerksamkeit, sind werbefrei und sehr persönlich.

Die historische Pointe erklärt, warum Niki Kowall einen politischen Anreiz hatte, auf Grundlage seiner Sensibilität, die für sich genommen durchaus wertvoll und bereichernd wäre, in dieser Angelegenheit ein „Engagement“ an den Tag zu legen. Die Karriere des heutigen Bundespräsidenten Heinz Fischer begann mit einem solchen Engagement. An der Wirtschaftsuniversität Wien unterrichtete ab 1955 ein gewisser Taras Borodajkewycz Wirtschaftsgeschichte. Dieser war als katholisches NSDAP-Mitglied „minderbelastet“ und damit einer der wenigen Mittler zwischen Christlich-Sozialen und ehemaligen National-Sozialisten. Als er 1943 äußerte, daß der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen sei, wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. Doch er war ein

notorischer Dickschädel, legte Berufung ein, und der Ausschluß wurde tatsächlich in eine Verwarnung umgewandelt. Bei der Studentenschaft war er außergewöhnlich beliebt; was aber auch daran lag, daß die ideologischen Gewichte vor 1968 noch ganz anders gelagert waren. Die Hochschülerschaft wurde von konservativen und nationalen Kräften dominiert. Doch Borodajkewycz war verständlicherweise einigen ein Dorn im Auge. Die israelitische Kultusgemeinde ermahnte ihn in einem Brief, er solle nicht verschweigen, daß Hans Kelsen ein Jude gewesen sei, wenn er ihn in seiner Vorlesung rühme. Borodajkewycz machte es sich seitdem zum Spaß, mit besonderem Nachdruck bei allen nunmehr Erwähnten darauf hinzuweisen, wenn sie jüdischer Herkunft waren. Das brachte ihm den Ruf ein, antisemitisch zu sein (und das sicherlich nicht ganz unverdient). Daraufhin verteidigte er sich wie folgt:

Nun kennen Sie meine Vorlesungen, und Sie wissen daß ich tatsächlich Persönlichkeiten der Geschichte, die aus dem Judentum stammen, als solche deklariere,

und ich werde das auch weiterhin tun, weil es meine Pflicht als Historiker ist, nicht wahr, und ich sehe nicht ein, warum jemand darüber beleidigt sein sollte. Wenn mir jemand sagt: Herr Borodajkewycz, Sie sind slawischer Abstammung – was mein Name eindeutig sagt –, bin ich ja auch nicht beleidigt darüber. Ich kann nicht sagen, daß Kelsen Israeli war, weil damals der Staat Israel noch nicht existiert hat. (Hartmann 2002)

Der politische Druck nahm zu, die Sozialdemokraten forderten die Absetzung des Professors, doch der zuständige ÖVP-Minister weigerte sich, auf Zuruf in die Lehrfreiheit einzugreifen. Hinfort begann der damals 19-jährige Student Ferdinand Lacina, der später sozialdemokratischer Finanzminister werden sollte, in der Vorlesung mitzuschreiben und politisch unkorrekte Äußerungen zu protokollieren. Der junge Heinz Fischer, der eben erst sein Jusstudium abgeschlossen hatte, griff auf der Grundlage dieser Mitschriften Borodajkewycz in der sozialistischen Arbeiter-Zeitung scharf an. Um Lacinas Studienabschluss nicht zu gefährden, hielt

Fischer die Quelle geheim. Daraufhin verklagte Borodajkewycz Fischer wegen Ehrenbeleidigung, und letzterer wurde in der Tat zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Hochschülerschaft verteidigte Borodajkewycz ebenfalls gegen die als „unfair“, „unkorrekt“ und „provozierend“ bezeichneten Anschuldigungen. Wenig später wurde Borodajkewycz vor seinem Wohnhaus in Wien von Unbekannten überfallen und sein ihn begleitender Sohn verletzt. Am 31. März 1965 kam es bei Demonstrationen für und gegen Borodajkewycz zu Zusammenstößen, bei denen der damals 67-Jährige Sozialist Ernst Kirchweger ums Leben kam. Er gilt bis heute als das erste politische Opfer der zweiten Republik. Sein Tod war ein Fanal, das die Karriere von Borodajkewycz sofort beendete und die Karriere jener Sozialdemokraten beförderte, die bis heute Österreich bestimmen. Kirchweger, so heißt es, sei von einem Neonazi erschlagen worden; damit war nachgewiesen, daß hinter Borodajkewycz braune Schlägertruppen standen. Das Urteil gegen Fischer wurde nachträglich auf-

gehoben.

Ich habe den Täter von damals ausgeforscht. Nicht, weil ich besondere Sympathien für dieses Milieu habe, sondern weil mich stets der andere Blickwinkel auf historische Ereignisse interessiert hat. Welche Ideologie bringt einen jungen Menschen dazu, einen alten Mann zu erschlagen? Wie groß ist die neonazistische Gefahr? Der Täter von damals ist heute ein alter Mann; ich vermute, er ist bereits verstorben. Er lebte versteckt, war seitdem nie wieder in Österreich. Ich hatte ihm versprochen, sein Inkognito nicht zu gefährden. Nun, viele Jahre nach unserer Korrespondenz, glaube ich, einige Passagen – ohne weitere Hinweise auf den Urheber und handelnde Akteure – in diesem nicht-öffentlichen Format mit meinem engen Leserkreis teilen zu können. Ich tue das im Vertrauen, daß meine Leser Inhalte dieser Art nicht weitergeben. Der vermeintliche Nazi-Schläger überraschte mich mit einer sprachlich hochstehenden Schilderung, die der offiziellen Version völlig widerspricht. Ich möchte mich hier nicht zum Rich-

ter aufschwingen. Es handelt sich aber um eine weitere hochinteressante Illustration, wie ideologische Befindlichkeiten unseren Blick auf die Realität steuern.

Demo-Gewalt

Warum einem Nazi eine Plattform bieten? Der Betroffene weist streng von sich, jemals National-Sozialist gewesen zu sein:

Da gesagt wurde, die demonstrierenden Studenten, insbesondere ich selbst, seien „Nazis“ gewesen, beginne ich damit. Ich war „heimattreu“ gesinnt, Wanderer, naturverhaftet. Ich war Mitglied in einer heimat-treuen Jugendgruppe, nur mäßig politisch tätig. Wir sind gewandert, haben gesungen, Lieder aller möglichen Völker, haben Sonnwendfeuer angezündet, in Zelten geschlafen und eine Tracht getragen. Am ehesten waren wir mit dem „Wandervogel“ vergleichbar, der Alpenverein stand uns nahe; wir waren „heimattreue Pfadfinder“. Ich selbst komme aus einem Elternhaus aus bürgerlichen Akademikern, das in der NS-Zeit im Ausland lebte, das aber der Heimat verbunden war. Ich habe 1956 miterlebt, wie die Auf-

ständischen gegen das landfremde Sowjetsystem in Ungarn zu Tausenden massakriert und eingekerkert wurden. Mit dem modischen Philokommunismus der linken Studenten konnte ich deshalb überhaupt nichts anfangen. Ich muß aber sagen, daß ich mit meiner Einstellung und persönlichen Geschichte einer kleinen Minderheit unter den demonstrierenden Studenten angehörte.

Nun ist es wenig überraschend, daß nur die allerwenigsten den Begriff National-Sozialismus nach dem verlorenen Krieg als positive Identitätsbeschreibung reklamieren. Doch sollte man das Einordnen von Menschen entgegen ihrer selbstbekundeten Lagerzugehörigkeiten unterlassen. Was macht einen „Heimattreuen“ so wütend, zuzuschlagen, mit einer Waffe auf das Parlament zu schießen und Stinkbomben zu werfen? Liegt es an erhöhter Gewaltbereitschaft, hat diese einen ideologischen Grund, oder liegt es am Kontext? Laut den Schilderungen des Zeitzeugen lag die Tat ausschließlich am Kontext, der sich für ihn vollkommen umgekehrt zur offiziellen Version darstellte:

Die große Mehrheit der Studenten war unpolitisch bürgerlich, ÖVP-nahe. Es wären sonst auch keinesfalls so viele gewesen. Daß die harmlose Demonstration zugunsten eines sehr beliebten Professors in Schlägereien ausarten würde, das hat keiner vorausgesehen. [...] Entgegen dem, was später behauptet wurde, war an diesem Tag nur eine einzige Demonstration legal angemeldet, die Demonstration der Österreichischen Hochschülerschaft zugunsten von Borodajkewitsch. [...] Da traten zum ersten Mal die Schlägertrupps der Kommunisten auf. Sie waren für Schlägereien ausgerüstet, mit Helmen, Lederbekleidung, Sturzhelmen. Sie hatten eine sehr effektive Strategie, die an Bürgerkriegsunternehmen gemahnte. Sie verfügten über Kleinbusse, auf denen auf dem Dach 10 - 12 mit Schlagwaffen Bewaffnete saßen, die diese Leute auch völlig offen führten. Das fiel auf, stellte sich aber als risikolos heraus: wie durch Zauberhand war die Polizei aus der Innenstadt an diesem Tag völlig abgezogen! Ich habe bei allen schrecklichen Angriffen auf die Studenten den ganzen Tag über keinen einzigen Polizisten gesehen. Diese Busse schoben sich in langsamer Fahrt, aber unaufhaltsam zwischen die wartenden Studenten. Wer Widerstand

leisten wollte, oder bloß so aussah, als könnte er vielleicht Widerstand leisten wollen, wurde von den Bewaffneten gleich niedergeschlagen. [...] Insgesamt wurden im Verlauf der Demonstration Hunderte von Studenten verletzt, teils auch schwer. Die Verletzten getrauten sich allerdings nicht, in die Krankenhäuser zu gehen, sondern wurden von Medizinerinnen der Studentenverbindungen oder vom Hausarzt verarztet. Ich gehörte zu der Gruppe, die direkt vor der technischen Hochschule verblieben war. Zwischen dieser Gruppe und der Masse der Studenten sperrten die Schlägertrupps die Straße. Als die Straße nach vielleicht einer halben Stunde wieder frei war, war vom Demonstrationzug der Studenten nichts mehr zu sehen. Stattdessen hatten die kommunistischen Marschierer die Straße übernommen und formierten sich ihrerseits zu einem Demonstrationzug. Obwohl ihre Demonstration gar nicht angemeldet war, waren sie mit vielen Transparenten, Lautsprecherwagen, den erwähnten „Sturmbussen“, vielen Waffen (Totschläger, Ketten, diverse Messer) versehen. Vor allem hatten sie eine sehr effektive Strategie. Kleine Trupps (vielleicht 3-5 Bewaffnete) entschlossener kräftiger Kerle schwärmten an den Schwerpunkten der verstreuten Studenten

aus und verprügelten gezielt Wortführer der Studenten oder willkürlich herausgegriffene Opfer. Auch Studentinnen! Keiner konnte helfen. [...] Aus der Richtung Albertina näherte sich eine größere Gruppe von Studenten, die Sprechchöre riefen. Man konnte diese Rufe eigentlich nicht verstehen, vermutlich riefen sie „Hoch Borodajkewitsch!“ Später wurde behauptet, die Studenten hätten „Hoch Auschwitz!“ gerufen, was vollkommen absurd und sicherlich falsch ist. Ich war doch dort, ich habe doch zugehört, ich hätte ein „Hoch Auschwitz“ nicht überhört. Auschwitz war damals ein Name, der bloß Spezialisten bekannt war. Die Studenten waren zu einem großen Teil unpolitisch, ohne „Gesinnung“. Viele standen ÖVP-nahen Studentenverbindungen (Cartellverband) nahe. Aber auch die heimattreuen Verbindungen waren nicht etwa „Nazis“, und, es hätte durchaus nicht dem „Comment“ entsprochen, derartige Dinge zu rufen. Es lag auch völlig außerhalb der Lebenswelt eines Studenten, sich mit Auschwitz zu beschäftigen, erst recht, etwas wie „Hoch Auschwitz“ zu rufen! [...] Jedenfalls reagierten die Leute aus dem Zug auf die Ansammlung der Studenten wie rasend. Ich weiß nicht, warum eigentlich. Zu diesem Zeitpunkt hatte

noch keiner behauptet, die Studenten hätten Auschwitz hochleben lassen. Entweder reichte der Volkswut, daß überhaupt noch Studenten da waren, die es wagten, Parolen zu rufen. Oder ein ganz Schlauer hätte ihnen eingegeben, es sei von Auschwitz die Rede gewesen. Sie brachen in wilden Haufen aus dem Zug aus und stürmten brüllend-drohend auf die Studentengruppen los. Nun war ich in einer Zwickmühle. Ich stand ja als einzelner direkt neben dem Zug. Wäre ich davongerannt, hätten die wütenden Massen mich als ersten erreicht. Ich setzte mich also eilig, aber nicht rennend, von den Verfolgern ab und erreichte so schließlich die Gruppe der Studenten. Von dieser Flucht gibt es auch eine Filmaufnahme. Die Ordnerkette konnte für einige Momente die Massen zurückhalten. Aber dann brachen sie hervor wie ein Gewitter. Allen voran kam eine Gruppe von drei Leuten auf mich zu, dahinter Hunderte. Ich war ein kleiner, ängstlicher Student, unbewaffnet. Fliehen konnte ich nicht mehr, ich hätte auch nicht die schwachen Erstsemester im Turnleiberl und die Mädchen dem Ansturm Hunderter Bewaffneter preisgeben wollen. Einer der Schläger griff mich wild an, aber nicht mit irgend einer Waffe, einem

Stock oder Schirm. Ich schlug mit einem einzelnen Schlag zu, natürlich, um den Angreifer abzuwehren. Der Schlag eines Untrainierten hatte allerdings sehr heftige Folgen. Der Angreifer war sofort bewußtlos, stürzte zu Boden und blieb liegen. Da konnte ich mich frei machen und weiterflüchten. Die Gruppe der Studenten zog sodann zum Innenministerium und sang dort die Bundeshymne, um ihre Staatstreue zu demonstrieren. Später stellte sich heraus, daß der Angreifer (Kirchweger) einen sogenannten Wasserkopf hatte, also eine angeborene Mißbildung, bei der das Gehirn nicht in Liquor schwimmt, sondern direkt am Knochen aufliegt. Dadurch entfällt der Schutz dieser Anordnung, die bei Gesunden das Gehirn vor der Wirkung von Schlägen und Erschütterungen schützt.

Die medizinische Deutung ist falsch, und ich habe nirgendwo einen Beleg dafür gefunden, daß Kirchweger derart beeinträchtigt war. Doch jede Prügelei kann im Extremfall tödlich enden, vor allem wenn eine Person fortgeschrittenen Alters ist. Ein Sturz ist bei älteren Menschen oft der Anfang vom Ende. Ich habe keinen Zweifel daran, daß Ernst Kirchweger, ein ehemaliger KZ-

Häftling, mindestens ebenso „edler“ Gesinnung war wie der junge „Heimattreue“. Ich kann mir auch lebhaft vorstellen, wie „Hoch Borodajkewycz“ im Tumult als Echo nach „Hoch Auschwitz“ klang. Es braucht nur einen, der dies zu hören glaubt, und es wütend seinen Kameraden mitteilt. Ich kann mir ebenso lebhaft vorstellen, wie dann bei anständigen Menschen, die die Schrecken der Nazi-Zeit als unmittelbare Opfer miterlebt haben, einige Sicherungen durchbrennen. Ist es zu rechtfertigen, wild auf einen Jugendlichen einzuprügeln, der scheinbar – offenbar durch reinen Zufall – den Eindruck macht, die Speerspitze einer Gruppe unverbesserlicher Brauner zu sein? Ich kann nicht verleugnen, einige Sympathie für jene wenigen Juden aufzubringen, die seinerzeit resoluter gegen die strunzdummen Studenten vorgingen, die sich als Herrenmenschen wähten, und unter höchstem Risiko ihre Würde verteidigten. *Homo sum, humani nihil a me alienum puto*, sagt der Lateiner (Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches ist mir fremd). Ich kann mich in beide Seiten hineinver-

setzen. Bei aller Tabuisierung physischer Gewalt, halte ich das Prügeln aufgrund so stark empfundener Überzeugungen auch für menschlicher als das Intrigieren hinterrücks. Nur würde es die Vernunft gebieten, als 67-Jähriger die Konfrontation mit einem 24-Jährigen nur dann zu suchen, wenn das eigene Überleben oder das Überleben Nahestehender unmittelbar bedroht ist. Dennoch würde auch ich eher dem 24-Jährigen eine moralische Vorhaltung machen. Er jedenfalls stellt es so dar, als wäre sein Leben durch die anstürmenden Schläger bedroht gewesen, und der Angriff Kirchwegers hätte ihn an der Flucht gehindert. Wie gesagt – es liegt nicht an mir, hier zu richten. Interessant sind für mich die Dynamiken, die an jene massenmörderischen Vorgänge erinnern, die ich in den letzten Scholien zu analysieren versuchte. Man stelle sich vor, hier wären sich zwei Religionsgruppen gegenübergestanden; es hätte etwa ein junger Schiit einen alten Sunniten ungünstig erwischt.

Heimatloser Heimattreuer

Das Gericht entschied jedenfalls auf Notwehr; doch die Stimmung war bereits zu stark aufgeheizt. Für den jungen Täter veränderte dieser Tag sein Leben auf dramatische Weise:

Tagelang war mir aber nicht klar, daß es mein Gegner gewesen sei, von dem alle Zeitungen schrieben. Als sich dies herausstellte, teilte ich dies der Polizei freimütig mit, denn ich hatte ja nur in Notwehr gehandelt. Aber ich hatte nicht damit gerechnet, wie sehr die Berichterstattung die Wirklichkeit verändern kann, weit mächtiger als jede Realität. Kirchweger wurde auf einmal zum Musterdemokraten, also mußte ich ja schon der Anführer brauner Horden gewesen sein, ein brutaler hirnloser Schläger. Ich kam sofort in Haft und wurde allerorten bestaunt und verfolgt wie ein Basilisk. Und ich verstand nicht, ich konnte nicht verstehen! Alle mußten doch wohl begreifen, daß ich als einzelner von Hunderten angegriffen bloß in Notwehr ein einziges Mal zugeschlagen hatte. In der Einsamkeit meiner Zelle saß ich monatelang ohne das Wesentliche zu begreifen: ich war Staatsfeind Nr. 1 geworden! Ich muß sagen, daß meine Richter zu ei-

nem großen Teil fair und anständig waren. Aber sie konnten nicht, wie sie vielleicht gewollt hätten. Und der Staatsanwalt war ein geifernder Hysteriker. Falsche Zeugen marschierten zu Dutzenden auf und sagten in völlig gleichlautenden (!) Wendungen Belastendes aus. Dabei kam es nicht darauf an, ob einer die Vorgänge selbst beobachtet hatte: vollmundige Schilderungen über die bösen Nazis waren gefragt. Entlastungszeugen wurden sofort als Nazis verdächtigt, auch wenn sie bloß schilderten, was sie vom Balkon aus tatsächlich beobachtet hatten. Von einer alten Dame, die direkt über dem Ort des Angriffes von Kirchweger auf dem Balkon gestanden war und den Vorfall genau beobachtet hatte, wurde sogar ein staatspolizeiliches Dossier (etwa 20 beschriebene Seiten!) angefordert und binnen Stunden geliefert (!): Sie war nicht NS-belastet und auch nicht als politisch Tätige von der Staatspolizei erfaßt. Sie und ihre Tochter schilderten den Vorfall völlig klar und ausführlich als Notwehr-Tat. Der entscheidende Richter (Gleißner) war nun in einem Dilemma. Er konnte mich nicht freisprechen, es wäre die Hölle losgebrochen. Dazu kam, daß meine Mutter immer wieder entsetzlich bedroht worden war, man würde mich umbringen, sowie ich aus

dem Gefängnis käme [...]. Sie wußte sich nicht anders zu helfen, als zum Richter zu gehen, und ihn anzuflehen, mich nur ja recht lange zu verurteilen, damit wäre wenigstens mein Leben gerettet. Gleißner sah aber sehr bald, daß es sich um einen klassischen Fall von Notwehr handelte. Damit hätte er mich freisprechen müssen. Das ging nicht. Also konstruierte er ein kompliziertes Netz von Annahmen, Kirchweger durfte ja nicht als tatsächlicher Angreifer erscheinen. Also nahm Gleißner „vermeintliche Notwehr“ an. Auch nach dieser Annahme hätte ein Freispruch erfolgen müssen, denn wer Abwehr gegen eine vermeintliche Gefahr für Freiheit, Leben, Eigentum unternimmt, ist ebenfalls im Recht. Also konstruierte der gute Richter eine „Überschreitung der vermeintlichen Notwehr“; sie sei dadurch gegeben, daß mein einzelner Schlag (so steht es im Urteil!) zu stark geführt worden sei. [...] Alle späteren Behauptungen, ich sei wegen Mordes angeklagt worden, oder, ich sei wegen Totschlags verurteilt worden, sind Märchen. Das Strafmaß erstreckte sich auf genau die Zeit, die ich bereits in Untersuchungshaft gewesen war. Allerdings versuchte die politische Instanz (Staatsanwalt ist an Weisungen des Ministers gebunden) alles, um viel-

leicht doch noch eine Verurteilung nach politischer Zweckmäßigkeit zu erreichen. Zunächst wurde meine Haft einfach fortgesetzt, obwohl die Zeit meiner Strafe bereits verstrichen war. Das ging durch den Trick, mich erneut in U-Haft zu nehmen, weil der Staatsanwalt „natürlich“ Nichtigkeit und Berufung erklärt hatte. Klar, daß gar nichts weiter untersucht werden sollte. Als die Verurteilung schließlich (bloß wegen eklatanter Aussichtslosigkeit und aus Opportunität) rechtskräftig geworden war, erreichte eine „Interessengruppe“ beim Minister, daß wegen dubioser Einwände das überaus selten angewendete Instrument der ministeriellen „Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes“ zur Anwendung kam. Darüber entscheidet ein Obergericht, diese Beschwerde wurde jedoch abgelehnt. Also half auch das nicht mehr. Mehr als eine Verurteilung wegen Fahrlässigkeit war nicht zu erreichen, beim „besten Willen“ nicht! Ohnehin war ich ruiniert. Ich war ja Student, etwas anderes als ein Studium kam für mich nicht in Frage. Aber ich war verfehmt. [...] Ich war völlig pleite, hatte keinen Groschen mehr. Wochenlang schlief ich im Wald, weil ich die Jugendherberge nicht bezahlen konnte [...]. Schließlich setzte ich durch, daß mich die Uni

Innsbruck aufnehmen mußte. Nach zwei turbulenten Semestern schmiß man mich wieder hinaus. Unter sehr großen Schwierigkeiten wurde ich in Graz angenommen, ich könnte viele Anekdoten über Rechtsbruch erzählen. In einem einzigen Semester mußte ich sechzehnmal (!) eine neue Wohnung suchen, da die Zimmerwirtinnen immer unter Druck der Polizei (oder anderer Instanzen?) meine Wohnung kündigten. Schließlich brachte ich es bis zum Diplom [...]. Dann verließ ich das Land und machte Dissertation. Das war auch im Ausland kaum möglich, obwohl ich einmal bereits einen Arbeitsvertrag für eine wissenschaftliche Stelle in der Tasche hatte. Da ging ein Mitarbeiter aus dem fernen Österreich zum Chef des Institutes und protestierte, da hätte sich ein Nazi eingeschlichen. Würden Sie glauben, daß in dieser ganzen Zeit niemand auch nur auf die Idee gekommen ist, mich nach meiner Gesinnung zu FRAGEN, sich meine Philosophie erläutern zu lassen? Alle redeten über meine verwerflichen politischen Ansichten, nie hat einer danach geforscht.

Offensichtlich paßte der „Mord“ am KZ-Überlebenden Kirchweger durch einen „Rechten“

bestens ins Konzept. Ohne diese Dramatik, so vermute ich, wäre Heinz Fischer heute nicht Präsident, und die 1968er hätten in Österreich nicht solchen Aufwind gehabt. 1965 hatte „gezeigt“, daß die Mehrheitsbevölkerung noch ein Volk von Faschisten war, die wieder mordend durch die Straßen ziehen würden, wenn man sie nur ließe. Ein solches Volk braucht ordentliche Erziehungsbe-rechtigte.

Ich höre von gewalttätigen Aktionen gegen die „Alternative für Deutschland“. Man stelle sich vor, aufgrund der Bedrohung ihrer Mitglieder setzte diese einen Ordnerdienst ein. Und dann käme es durch eine Verkettung ungünstiger Umstände ... ich schreibe nicht weiter und überlasse dem Leser, sich das *cui bono* auszumalen. Ich tröste mich damit, daß die heutige Jugend zu pragmatisch und bequem ist, um eine solche Masse an Schlägern auszubilden, die wirklich Gräben durch die Gesellschaft ziehen könnte. Andererseits sind die medialen Hebel heute auch viel stärker. Vermutlich bräuchte es nur 100 Personen, um einen Bürgerkrieg zu

inszenieren. Nicht als eigentlichen Krieg mit großflächiger Zerstörung, sondern als politisches Druckmittel.

Beim vermeintlichen Neonazi, der Kirchweger auf dem Gewissen hat, hatte zuvor eine Phase der Radikalisierung stattgefunden. Seine Schilderungen illustrieren, wie „Neonazis“ durch gegenseitige Verstärkung und Bestärkung entstehen. Junge Menschen neigen zu Trotzreaktionen, darum glaube ich, daß ideologisch blinder Anti-Faschismus künstlich gespiegelte Anti-Anti-Faschisten hervorbringt. Für jene sind Hakenkreuze dann natürlich keine metaphysischen Symbole, sondern erfüllen dieselbe Funktion, die Irokesenschnitte haben: Daß sich die „Richtigen“ darüber ärgern. Unser Zeitzeuge weist jede neonazistische Ideologie von sich, doch beschreibt er eine gewisse Radikalisierung, die zu dummen Symboltaten führte, welche ihm letztlich zum Verhängnis wurden. Zunächst zur Vorgeschichte (die erklärt, warum der Betroffene als „Neonazi“ galt):

Ich hatte Ihnen berichtet, daß ich Mitglied einer heimatstreuen Jugendgruppe war, etwa seit 1956. Es handelte sich nicht um eine Massenbewegung, in ganz Österreich waren vielleicht hundert Leute Mitglied oder im loseren Kontakt mit dieser Gruppierung. Dennoch war den Behörden die Existenz dieser Gruppe ein Dorn im Auge [...]. Ende 1959 tauchten zuerst in Städten Westdeutschlands, dann auch in Wien, "antisemitische" und "neonazistische" Texte und Hakenkreuzschmierereien an Synagogen auf und es wurden jüdische Friedhöfe vandalisiert. [...]. Es ist heute Stand des Wissens, daß diese Aktionen als Provokation und Diffamierungskampagne des KGB und der zuständigen DDR-Ministerien ins Werk gesetzt worden sind. Die österreichischen Behörden sahen diese Ereignisse jedoch als willkommene Gelegenheit an, sich der ungeliebten Jugendgruppe zu entledigen und eröffneten im Januar 1960 binnen Tagen Strafverfahren gegen Hunderte von mehr oder weniger mit dieser Jugendgruppe verbundenen Jugendlichen. Die Hakenkreuzschmierereien und Friedhofsschändungen gingen natürlich weiter. Es wurden Interventionen an den Schulen und den Lehrstellen der Betroffenen durchgeführt, brutale Haussuchungen veranstaltet

und viele Dutzende von recht wahllos bestimmten Jungen und Mädchen eingesperrt. Der Paragraph, nach dem dies erfolgte, war der §3d (Verherrlichung) des Verbotsgesetzes, das damals noch allen Ernstes (als einziges Gesetz der österreichischen Rechtsordnung!) die Todesstrafe für bestimmte Gesetzesverstöße vorsah [...]. Die Begründungen den eingelochten Jugendlichen gegenüber, warum dieser §3d denn übertreten worden sei (übrigens, Kerker von 10-20 Jahren) waren wechselnd und schillernd. Es reicht, gegen jemanden ohne nähere Begründung ein Verfahren wegen 3d zu eröffnen, dann besteht "Pflichthaft" ohne jede weitere Prüfung. Mir selbst hat man vorgeworfen, ich hätte in einem Wirtshaus den Ausspruch getan: „Der NS ist eine Sache von historischem Wert.“ Nun, ich will Ihnen anvertrauen, daß ich (fast) genau diese Äußerung tatsächlich getan habe. Allerdings in einem Gespräch mit einem FPÖ-Funktionär, dem ich die Jugendgruppe zum Schutz empfehlen wollte. Also hatte ich gesagt, der NS sei nur von historischem Interesse für uns, um darzustellen, daß er keine Sorge zu haben brauchte, sich da eine Gang von Nazis anzuheuern: „... Der NS ist für uns eine Anschauung nur von historischem Wert!“ Diese Aktion

des Heranrückens an eine im Parlament vertretene Partei erschien uns günstig, da wir gewarnt worden waren, es bereite sich eine Aktion gegen uns vor. Beweise für diese Äußerung im Wirtshaus gab es nicht, denn derjenige, der die Worte gehört und verdreht weitergegeben hatte, war ein inoffizieller Informant der Staatspolizei und sollte nicht preisgegeben werden. Also verweigerte die Polizei dem Untersuchungsrichter die Nennung der Personalien. Nun saß ich also in U-Haft (es war mein Matura-Jahr), schon monatelang, und es gab eigentlich nichts, was man mir hätte vorwerfen können. [...] Schließlich, nach 4-5 Monaten, setzte man mich wieder in Freiheit, ohne Wiedergutmachung, später wurde in der Presse formuliert: „wegen Beweisschwierigkeiten“. [...] Lassen Sie es mich noch einmal ausdrücklich sagen: Ich habe nie Hakenkreuze geschmiert oder Friedhöfe geschändet, schon gar nicht jüdische. So etwas wäre mir nicht einmal entfernt in den Sinn gekommen. Dazu fehlte mir schon ein Haß gegen Juden [...].

Mein Kollege Johannes Leitner gibt mir dabei zu denken:

Zwischen Dummheit und Heldentum paßt manch-

mal kein Blatt Papier. Siehe die *Weißer Rose*. Auch „nur“ Symbolismus. Dumm ist der, dessen Seite nicht gewinnt.

Die erwähnten Anschläge auf Synagogen und jüdische Friedhöfe wurden offenbar vom KGB in Auftrag gegeben. Das belegt das Insider-Buch des ehemaligen KGB-Agenten Oleg Gordiewsky. Eine Verschwörungstheorie? Sie paßt jedenfalls ins Bild. Offenbar führten linksextreme Kräfte für den KGB „rechtsextreme“ Anschläge aus. Parallel dazu verübten rechtsextreme Kräfte für die CIA „linksextreme“ Anschläge. Letztere sind unter dem Code-Namen *Gladio* bekannt. Wer Machivellismus verstehen will, muß in Paradoxien denken können. Darum führt die Logik bei den syrischen Giftgasangriffen dazu, zuerst die Rebellen bzw. die saudisch-amerikanischen Interessen zu verdächtigen. Wiewohl man Dummheit nie ausschließen kann, wie angesichts der Nachahmer aus Neonazi-Kreisen deutlich wird, die Gordiewsky beschreibt:

Während des Winters von 1959/60 [...] [wurde] die selbe Technik mit größerem Erfolg in Westdeutsch-

land ein[gesetzt]. Ostdeutsche Agenten wurden in den Westen geschleust, um jüdische Gedenkstätten, Synagogen und Geschäfte zu verunstalten und antisemitische Parolen zu malen. Lokale Hooligans und Neonazis setzten die KGB-Kampagne dann spontan fort. Zwischen Weihnachten 1959 und Mitte Februar 1960 wurden von den westdeutschen Behörden 833 antisemitische Taten registriert. Die Kampagne endete dann plötzlich, doch der internationale Ruf der BRD hatte bereits großen Schaden genommen. (Andrew/Gordievsky 1990)

Diese Vorgeschichte falscher Anschuldigungen hatte die Wut unseres Zeitzeugen entfacht. Der Weg zur „Propaganda der Tat“ war vorgezeichnet. Verblüffenderweise entfaltete sich der junge Mann bald als „anti-faschistischer Freiheitskämpfer“:

Heute muß ich sagen, daß ich damals nicht imstande war, diese ganze Aktion der staatlichen Organisationen mit der gebotenen Gelassenheit hinzunehmen. Obwohl ich es damals nicht dergestalt wahrnehmen konnte, hatte der Krieg des Staates und der Gesellschaft gegen mich dazu geführt, daß ich jegliches Vertrauen in die Redlichkeit der Republik Österreich ver-

loren hatte. Ich hatte eine Mordswut! Ich sah mich selbst als Staatsfeind deklariert und behandelt, und so definierte ich mich auch als Staatsfeind, zumindest als Unterdrückter dieses Staates in prononciierter Distanz. Ich fühlte mich ausgeliefert, an die Wand gedrückt, hilflos. Wenig später eskalierte der Südtirolkonflikt, der seit 1918, und jetzt von neuem, ein Kampf der christlichen und bodenständigen Tiroler gegen den italienischen Faschismus war. [...] Jedenfalls fühlte ich mich berufen, auch etwas zum Freiheitskampf der Südtiroler beizutragen. Da ich keinen Kontakt zu echten Freiheitskämpfern hatte (ich wäre wohl auch nicht mutig und geschickt genug gewesen), führte ich zwei propagandistische Aktionen gegen die italienische Botschaft durch. Es waren durchwegs Aktionen, die viel Aufsehen erregten, aber keinen Schaden anrichteten, erst recht nicht irgendwelche Personen gefährdeten. Einmal warf ich nachts eine Stinkbombe (Rauchentwicklung) vor die Botschaft, ein anderes Mal ging ich so weit, spät nachts mit einer Pistole symbolische Schüsse auf das Gebäude abzugeben. Gefährdet wurde dadurch niemand. [...] Eine der Gruppen, die im Zusammenhang mit aktiven Kämpfern in Südtirol häufig genannt wurden, war die Bur-

schenschaft Olympia. [...] Nun war in aller Offenheit diskutiert worden, die Burschenschaft Olympia zu verbieten. Ich selber hatte nie Kontakt zu dieser Burschenschaft gehabt und war auch nie Mitglied dieser oder einer anderen Studentenverbindung. Es war damit zu rechnen, daß vielleicht die ehemaligen Mitglieder der Verbindungen aus Solidarität mit Olympia und wegen der allgemeinen Begeisterung für die Sache Südtirols in die politische Arena zurückkehren und ihr Gewicht wieder auf die Waagschale der politischen Diskussion legen, ihre Persönlichkeiten in die Politik einbringen könnten. Ein solcher Vorgang mußte aus meiner Sicht außerordentlich förderlich für die Südtiroler Freiheitsbestrebungen sein. Um diesen Prozeß zu fördern, die ehemaligen Verbindungsmitglieder über das bevorstehende Verbot der Olympia zu informieren und um gegen die unterstellte Untätigkeit der Regierung zu protestieren, wiederholte ich das Pistolenattentat, wählte aber das Parlament als Ziel und hinterließ ein Plakat mit der Aufschrift: „Die Burschenschaften werden kämpfen!“ Nun, sie kämpften nicht, die Olympia wurde verboten, und wäre nicht Kreisky gewesen, der Freiheitskampf wäre rasch niedergekämpft und im Blut erstickt worden. Dut-

zende, wenn nicht Hunderte von Idealisten, die um der Freiheit willen Sachschaden angerichtet hatten, wurden in Folterprozessen von Italien verurteilt und sind z.T. heute noch im Gefängnis. [...] ich wurde bald verhaftet, wegen der Delikte verurteilt, zu zehn Monaten Arrest nach dem Waffengesetz.

Was seine Ideologie betrifft, halte ich sie für zweitrangig. Da ihm eine so monströse Weltanschauung nachgesagt wurde, begann er nun erst darüber so richtig nachzudenken. Die ideologischen Lager, denen sich junge Menschen zurechnen, sind oft Zufälle, im Wesentlichen durch Zeitgeist und Biographie bestimmt. Darum halte ich „Meinungsverbrechen“ für so dumm: Sie werten Meinungen über Gebühr auf, sodaß sich Spinner erst recht für ungeheuer wichtig halten. Die einzig menschliche Reaktion auf dumme Meinungen, die man für schädlich hält, ist das Lachen. Es ist der typische Fehler von Erziehungsberechtigten, stets denjenigen Worten und Taten die meiste Aufmerksamkeit zu schenken, die ihnen mißfallen: dadurch bestärken sie diese. Die Gedanken des

vermeintlichen „Nazi-Schlägers“ haben etwas Berührendes; wie so viele entdeckt er gegen Ende seines Lebens noch das Christentum, ergeht sich dann aber in allerlei theologischen Spekulationen, die ich dem Leser nicht zumute. Schließen wir diesen langen Bericht also mit seinen Worten zur „Ideologie“, die – so machen uns die Ideologen glauben – hinter jeder Errungenschaft und jedem Übel – wie eben diesem unglücklichen Todesfall – stehen soll:

Wenn Sie mich nach meiner „Weltanschauung“ fragen, so kann ich Ihnen versichern, daß ich zur Zeit all dieser Vorfälle eigentlich gar keine hatte. Ich hatte nur das eher diffuse Gefühl, ich solle für mein Volk eintreten, und der Kommunismus als die Ideologie des Landesfeindes war mir ein klarer Gegner. Seine Theorie meinte ich in mehreren Schlüsselstellen widerlegen zu können (das gilt noch heute), die Praxis des Stalinismus, Verschleppung, Zwangsarbeit, Vertreibung, Völkermord, Imperialismus verabscheute ich mit Heftigkeit. Meine Anschauungen waren geprägt von philosophischen Versuchen in vielen heißen Gesprächen mit Gleichaltrigen, ich war Atheist. Seit

damals hatte ich allerdings reichlich Anlaß, darüber eingehend nachzudenken, welche Anschauungen ich vertreten kann. Ich begann diese Entwicklung damit, meine Liebe zur abendländischen Baukunst und Kultur im Allgemeinen zu hinterfragen. Ich habe viele Fahrten in Europa unternommen, um die Kathedralen in Frankreich, in Spanien, in Italien, in den nordischen Ländern zu studieren. Ich verbrachte Wochen im Louvre, in den Museen von Paris, New York, Oslo, Stockholm, Amsterdam, Florenz usw. Schließlich konnte ich der Frage nicht ausweichen, wie es denn käme, daß (fast)alle Kultur Europas, auch Deutschlands, vom Christentum her käme, das antike Erkenntnisse verarbeitete. Die Entwicklung des deutschen Schauspiels hat mit der Darstellung der Ostersequenz begonnen, die Malerei mit der Darstellung von Heiligen und Legenden, die Musik mit dem gregorianischen Choral, mit geistlichen Themen (spät die Bach'schen Kantaten und Passionen), die Schriftkunst mit Bibelabschriften, die Philosophie mit Augustinus und Thomas von Aquin. Die Kathedralen, Nachfolger der römischen Markthalle und der „Nordischen Halle“ sind bis heute unübertroffene Zeugnisse des christlichen Geistes. Ist es denn möglich, daß

ein Jahrtausend lang Kultur sich christlich definierte, wenn diese Überzeugungen so leicht ad absurdum geführt werden können?

Facebook-Demokratie

Doch nun zurück zum Nahen Osten und zu meinen eigenen Scheuklappen: Als Iranischstämmiger, der weit genug entfernt ist, nicht vom iranischen Regime unterdrückt zu werden, ist es kein Zufall, daß ich unter den wählbaren Übeln geradezu instinktiv Assad den Vorzug gebe. Ich gebe auch offen zu, daß ich eine instinktive Freude empfand, als die USA gegen Saddam Hussein losschlugen, und mein Verstand seine liebe Not gegen meinen Instinkt hatte. (Zu meiner Verteidigung: Mein Verstand obsiegte, schneller als bei den in Europa Wenigen, die nicht instinktiv gegen den Krieg waren, weil sie gegen die USA, weil gegen den „Kapitalismus“ sind.) Sunnitische Freunde aus dem arabischen Raum, wie auch Hezbollah-Gegner aus dem Libanon, neigen hingegen instinktiv dazu, die Schrecken der Folter-

schergen, Schabiha-Milizen und Hezbollah-Schwadronen überzubewerten. Interessanterweise betonen regimekritische Iraner die Verfehlungen Assads ebenso, während regimekritische Amerikaner die Rebellen für gefährlicher halten.

Der neue iranische Außenminister Javad Zarif fragte auf seiner Facebook-Seite unlängst seine Landsleute um ihre Meinung hinsichtlich des Syrienkrieges. Zarif hat bereits ca. 125.000 „Freunde“. Das ist beachtlich, der österreichische Außenminister hat bloß 11.000 (wobei Iran zehnmal so bevölkerungsreich ist). Doch in Österreich ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf Facebook vertreten, im Iran ist die Seite offiziell gesperrt. Viele umgehen die Zensur jedoch mittels *Proxy*. Zarif fragte also seine „Freunde“:

Ist Krieg im 21. Jahrhundert noch ein sinnvolles Mittel, um außenpolitische oder humanitäre Ziele zu erreichen? ([facebook.com/jzarif](https://www.facebook.com/jzarif))

Er selbst bezweifelt dies und führt an, daß 85 Prozent der Staaten, die im letzten Jahrhundert Kriege

begonnen hätten, ihre Ziele nicht erreichten. Zusätzlich beklagt er die Heuchelei des „Westens“: Als der Iran Opfer irakischer Giftgasangriffe wurde (in Sardasht und Halabja mit Tausenden Toten), krächte kein Hahn danach. Doch seine „Freunde“ stimmen in diese Kritik nicht ein. Viel näherliegend scheint es ihnen, die Gelegenheit zu nutzen, die iranische Außenpolitik in Frage zu stellen. Wie kann man den Interventionismus der Amerikaner kritisieren, wenn man selbst interveniert? Zwar macht das der Iran effektiver, klüger und subtiler als das Obama-Regime, aber dennoch ist die Unterstützung seitens der Revolutionsgarden für das Assad-Regime unbestreitbar. Während im Iran die Armut wächst, fließen große Beträge in die Geopolitik. Kein Wunder, daß die kritischen Stimmen auf Zarifs Seite überwiegen, die nicht einsehen, warum der Iran einen Diktator stützt.

Das könnte man als demokratischen Hoffnungs-schimmer betrachten. Oder als Bestätigung der iranischen Zensurpolitik. Beide Seiten haben ihre

Berechtigung. Zarifs *Facebook*-Auftritt ist Teil der Strategie, die derzeitige Regierung als reformorientiert und offen darzustellen. Ziel ist es, die Sanktionen aufzubrechen, unter denen das Land zunehmend leidet. Dieser Auftritt ist natürlich ein außenpolitischer, kein innenpolitischer. *Facebook* ist eine Plattform für kritische Äußerungen, aber zugleich ein Ventil. Im schlimmsten Fall ist es ein Substitut. Wie auf *Facebook* Freundschaften simuliert werden, können dort auch Revolutionen simuliert werden.

Facebook vermittelt einen Eindruck demokratischer Pluralität, doch diese Pluralität ist zumindest teilweise eine Illusion. Wie ich schon am Beispiel *Twitter* bemerkt habe: Jeder kann *twittern*, aber letztlich eignet sich das Format für bestimmte Geisteshaltungen besser, sodaß ein ideologischer Drall entsteht und zunehmend ein Paralleluniversum, das ich die *Twitteria* nenne. Ebenso ist *Facebook* ein Paralleluniversum: Es bevorzugt massenhaft verbreitbare „*mem*-artige“ Botschaften. Dadurch weist es einen Drall Richtung Popkultur,

englischsprachige Schlagzeilen, Ironie, visuelle Botschaften, Übertreibung, Pathos und atomistische Kollektive („*Anonymous*“) auf. Dieses Paralleluniversum ist weit von der Realität entfernt, prägt diese aber mittlerweile beträchtlich.

Es ist gewiß ein Zufall, doch die Art von „Demokratie“, die *Facebook* symbolisiert, ist fast deckungsgleich mit der *democracy* – jenem Etikettenschwindel der Moderne. Diese *democracy* besteht aus einem passiven Massenpublikum, dessen Aufmerksamkeit bewirtschaftet wird. Dieses Publikum wähnt sich in der größtmöglichen Freiheit: Es handelt sich dabei bloß um die Freiheit, wenig relevante Geschmacksentscheidungen zu treffen, diese aber in erdrückender Fülle. Transparenz wird großgeschrieben: Die öffentlichen Figuren werden völlig durchleuchtet, bis auch jedes Wimmerl sichtbar ist. Dies führt allerdings bloß dazu, daß sich vorwiegend jene als öffentliche Figuren halten, die so inhaltsleer sind, jeden beliebigen Inhalt aufnehmen zu können, weil nichts Eigenes im Durchlicht widerscheint. Das Lob der Transpa-

renz stimmt das Massenpublikum auf dessen eigene Durchleuchtung ein: Wer nichts zu verbergen hat ...

Kratein und archein

Demokratie gilt heute als einer der höchsten Werte und hat schon fast den Charakter eines religiösen Tabus. Verblüffend dabei ist, daß der tatsächliche Inhalt hinter der Fassade des altehrwürdigen Begriffs fast nichts mehr mit der eigentlichen Grundbedeutung zu tun hat. Gerade weil wir diese Bedeutung vergessen haben, taugt das Wort nur noch als Beschwörungsformel, die den laufenden Abbau tatsächlicher Demokratie maskiert.

Hat man die Bedeutung eines Begriffs vergessen, ist die Wortherkunft stets hilfreich. Leider lassen sich Fremdworte nicht so einfach übersetzen, da sie selten einem einzelnen Wort der Zielsprache entsprechen. *Demos* wird meist als „Volk“ übersetzt, kommt aber von *Deme*, die bei den alten Griechen die kleinste Verwaltungseinheit und zugleich primärer Identitätsbezug der Bürger war.

Niemals ist damit bloß die Gesamtbevölkerung gemeint, sondern stets die Minderheit freier Bürger, in einem Dorf oder kleinen Stadtstaat. *Kratie* wird meist als „Herrschaft“ übersetzt, das Wort gibt es aber gar nicht im Griechischen. Der Begriff ist abgeleitet von *kratein*, und das bedeutet „die Kontrolle haben“, im politischen Sinne eigentlich „souverän sein“. Plato unterscheidet den Begriff von *archein*, das „regieren“ und „führen“ bedeutet, mit der Nebenbedeutung eines Eingriffs in fremde Sphären. Deutlich wird dies in folgender Passage in Platos POLITEIA:

Gesundheit bewirken heißt aber, die inneren Bestandteile des Leibes naturgemäß einrichten, daß sie beherrschen und von einander beherrscht werden [κατὰ φύσιν καθιστάναι κρατεῖν τε καὶ κρατεῖσθαι], Krankheit wirken aber, daß sie naturwidrig regieren und von einander regiert werden [παρὰ φύσιν ἄρχειν τε καὶ ἄρχεσθαι ἄλλο ὑπ' ἄλλου]? [...]

Heißt also nicht andererseits, fuhr ich fort, Gerechtigkeit bewirken, die inneren Bestandteile der Seele naturgemäß einrichten, daß sie beherrschen und von

einander beherrscht werden; Ungerechtigkeit aber, daß sie naturwidrig regieren und von einander regiert werden? (Plato, *Politeia*, 444d)

In der deutschen Übersetzung ist *kratein* durch „beherrschen“ wiedergegeben, und meist wird auch *archein* genauso übersetzt. Zur Unterscheidung habe ich das altgriechische Original beigelegt; im ersten Satzteil wird *kratein*, im zweiten *archein* verwendet. *Kratein* bezeichnet für Plato eine organische Beziehung, die Wechselwirkung innerhalb eines Organismus, während *archein* eine Intervention von außen bezeichnet. Etymologisch scheint mir daher deutlich, daß der Begriff Demokratie ursprünglich am ehesten die Souveränität der kleinsten Einheiten bedeutete. Und die politischen Einheiten der alten Griechen waren in der Tat klein, sodaß bis vor nicht allzu langer Zeit Demokratie stets als völlig unvereinbar mit großen Einheiten galt:

Das klassische Griechenland bestand aus etwa 750 *poleis* oder „Stadtstaaten“, wie manche sie gerne nennen. Zu diesen 750 müssen noch mindestens 300 wei-

tere gerechnet werden, die von den Griechen als Auswanderergemeinden außerhalb des eigentlichen Griechenland gegründet wurden, meistens in der archaischen Zeit. [...] Die meisten von ihnen waren winzig, mit einem durchschnittlichen Territorium von weniger als 100 Quadratkilometern und einer Bürgerbevölkerung von weniger als 1000 männlichen Erwachsenen; nicht mehr als ein paar hundert waren größer, und selbst ein mächtiger Stadtstaat wie Korinth umfaßte nur 900 Quadratkilometer, mit einer Bevölkerung in der klassischen Zeit von etwa 10.000 bis 15.000 erwachsenen männlichen Bürgern.⁵ Athen war hinsichtlich der Bevölkerung die größte aller poleis des griechischen Mutterlandes, und hinsichtlich des Territoriums die zweitgrößte nach Lakedaimon; und die Stadt Athen (asty) war zusammen mit der Hafenstadt Piräus die einzige große städtische Ansiedlung in Attika, das eine Fläche von fast 2.500 Quadratkilometern hatte. Die Größe der Bevölkerung insgesamt ist unbekannt, aber aus den vorhandenen Belegen kann geschlossen werden, daß es gegen 60.000 männliche Bürger gab, als Perikles der führende Politiker Athens im fünften Jahrhundert war, und gegen 30.000, als Demosthenes die athenische Politik

gegen Philipp II. von Makedonien führte. In den Augen mancher Griechen war Athen in Wirklichkeit sogar zu groß für eine richtige polis. (Hansen 1995, 55)

Freilich ist dies Platos Deutung, und dieser ist in der Sache nicht der beste Kronzeuge. Andere sehen *archein* als den schwächeren Begriff, *kratein* habe einen totalitären Beigeschmack. Aus der Analogie zur Biologie ist dies allerdings schon zu erahnen.

Schon in der Antike wurde der Begriff „Demokratie“ zu einem politischen Ideal. Seitdem ist Demokratie positiv konnotiert. Das bedeutet, daß nicht der Status quo einer Volksbeteiligung gerühmt wurde, sondern das Ideal einer guten Ordnung durch das aktive Engagement guter Menschen:

The state of justice, of δίκη - for so we must understand the Polis by the idea that gave it shape —was really a picture of wishful thinking, to which one might hope to approximate through good order and peace. 'Good Order' (εὐνομία) expressed a striving for a state conceived of as a 'kosmos', a harmonious whole (Solon, Sparta). Eunomia did not denote any

special and peculiar constitution, but a firm order and coherence, in which the resistance to all hybris led to discipline, moderation and balance. (Ehrenberg 1964, S. 51)

Demokratie galt dann als gewährleistet, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt waren: Autonomie kleinräumiger Einheiten, Isonomie (Rechtsgleichheit), Freiheit der Bürger von Tributzahlungen, Herrschaft des Rechts (anstelle von Willkürmaßnahmen, auch wenn diese einer Mehrheit nutzen) und Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Bürgern an der Verwaltung. Nicht alleine die Quantität ist aber entscheidend, sondern die Qualität: die Tugendhaftigkeit dieser Menge, sodaß sie wirklich in der Lage ist, Verantwortung zu tragen. Dieser moralische Aspekt des Ideals Demokratie wird deutlich beim griechischen Historiker Polybios (von den Römern versklavt):

Nicht jede Alleinherrschaft [μοναρχία] darf ohne weiteres Königtum [βασιλεία] heißen, sondern nur die, welche von den Untertanen als solches anerkannt wird und die das Regiment mit Einsicht, nicht mit

Gewalt und Terror führt. Wir können auch nicht jede Herrschaft von Wenigen [ὀλιγαρχία] eine Aristokratie nennen, sondern nur jene, bei der das Recht in der Hand eines ausgewählten Gremiums der gerechtesten und weisesten Männer liegt. Ebenso darf auch nicht von einer Demokratie die Rede sein, wenn eine beliebige Masse die Herrschaft innehat, zu tun, was ihr beliebt. Wo man jedoch nach Vätersitte die Götter fürchtet, Vater und Mutter ehrt, vor den Älteren Respekt hat, den Gesetzen gehorcht, wo sich durchsetzt, was der Mehrheit richtig scheint, dort ist die Bezeichnung Demokratie am Platze. (Polybios: Historien, VI. Buch, II.4)

Sind diese moralischen Bedingungen nicht erfüllt, dann empfiehlt Polybios, stattdessen von einer Pöbelherrschaft [ὀχλοκρατία] zu sprechen. Wahlen galten in der Antike als undemokratisch, denn nicht um Stimmabgabe ging es, sondern um tatsächliche Verantwortungsübernahme und Verantwortungsteilung. Im Laufe seines Lebens hatte jeder zweite freie Bürger einmal das höchste Amt inne. Wer darauf verweist, daß damals nur eine kleine Minderheit der Menschen zu diesen freien

Bürgern zählte, hat zwar recht, übersieht aber, daß ein Besucher aus der Antike bei einer Analyse unserer Zeit zum Schluß käme, die Zahl der freien Bürger habe noch weiter abgenommen.

Antike und moderne Sklaven

Wie stand es um die Sklaven in der Antike? Die alten Griechen hatten keine einseitige Auffassung von „Rechten“ als natürliche Ansprüche an eine übermächtige Institution. Rechte waren für sie Teil von Abmachungen innerhalb ziviler Verbände, die stets zweiseitig waren:

Bürgerrechte implizierten Bürgerpflichten. Dies tritt am klarsten in den Eiden der Epheben [Rekruten] und den Amtseiden zutage, die hauptsächlich in späteren Versionen erhalten sind, aber auf frühere zurückgehen. Die Pflichten umfaßten unter anderem die Verteidigung des Staates gegen äußere Feinde und die Verteidigung der Gesetze gegen innere Feinde, Gehorsam gegenüber den Gesetzten, Loyalität gegenüber den heimischen Kulte und dem Ahnenglauben. Jede Beschränkung von Bürgerrechten ging mit einer ähnlichen Beschränkung von Pflichten einher. (Eh-

renberg, S. 43)

Im Extremfall konnten Sklaven „freier“ sein als Bürger, was die Ungestörtheit ihres Privatlebens betraf. Sklaven waren zum Teil als selbständige Unternehmer tätig, die an ihre Eigentümer ein fixes Pauschalentgelt abführten, das im Vergleich zu heutigen Steuersätzen oft verblüffend niedrig war. Die Grenzen zwischen Sklaven und Freien waren keineswegs besonders deutlich ausgeprägt:

Sowohl die selbständig Arbeitenden als auch die Lohnsklaven unterschieden sich dabei nach Lebensstandard und sozialer Stellung oft kaum von Freien, wie denn nicht nur in Töpfereien und auf Baustellen, sondern sogar im Bergwerk Sklaven neben Freien und Metöken arbeiteten. Auch dem Äußeren nach unterschieden sich die meisten Sklaven nicht vom Freien, zumal es keine gesetzlichen Kleidervorschriften für Sklaven gab. Zwar galt ein bestimmtes Gewand aus Schafwolle als Sklavengewand, wie wir durch Aristophanes wissen; aber es war keine gesetzliche Sklaventracht und wurde auch von ärmeren Freien getragen. Gerade im wirtschaftlich aufstrebenden Athen verwischten sich die Unterschiede zwischen Sklaven

und der ärmeren Bevölkerung und genossen viele Sklaven faktisch weitgehend Freizügigkeit. (Bleicken 1995, S. 110)

Alles in allem ist der Schluß zulässig, daß die Sklaven einem Proletariat entsprachen. Ein antiker Beobachter würde wohl die heutigen Staatsabhängigen, aber auch die Lohnabhängigen, als unterschiedlich abgestufte Sklaven betrachten. Im Vergleich zur Antike hat sich nur das Verhältnis geändert: Heute gibt es weniger Herren und mehr „Sklaven“, damals stand anstelle der Abhängigkeit vom Staat eine Vielzahl privater Klientenverhältnisse. Jochen Bleicken schildert die Stellung, Lebenswelt und Ambition der antiken Sklaven so:

Weist dies deutlich auf die mangelnde rechtliche Persönlichkeit des Sklaven hin, ist seine menschliche Qualität aus den Bestimmungen ablesbar, dass die Tötung eines Sklaven zwar nicht als Mord, aber doch als Totschlag (worauf nur Verbannung, nicht der Tod stand) geahndet wird, der Sklave vor Misshandlung von Fremden durch eine öffentliche Klage geschützt ist und er vor Misshandlung durch den eigenen Herrn

Asylrecht in Heiligtümern und an Altären genießt. Das Leben eines Sklaven war wesentlich von dem Charakter seines Herrn und von der Tätigkeit, die er ausüben musste, bestimmt. Entsprechend der mannigfachen Arbeitsgebiete der Sklaven war ihre soziale Stellung äußerst unterschiedlich. Dies ist der wichtigste Grund dafür, dass es unter Sklaven keine Solidarität und ohne äußeren Anstoß auch keine Revolten gab. In der hier interessierenden Zeit kennen wir nicht einmal eine von Sklaven bevorzugte Religion. Das Ziel des Sklaven war das persönliche Wohllleben, der Aufstieg innerhalb der Sklavenschaft und, nur für wenige erreichbar, die Freilassung, alles dies Faktoren, die in dem Mitsklaven eher den Konkurrenten als den Genossen sehen mussten. Die Masse der Sklaven arbeitete in Athen als Handwerker, hier insbesondere im arbeitsteiligen Gewerbe, ferner als Bergwerksarbeiter und Hausgehilfen. (Bleicken, S. 109)

Auch damals gab es allerdings schon direkte Staatsabhängige, deren Unterhalt rein aus politischen Mitteln finanziert wurde. Der größte Unterschied zu heute besteht wohl darin, daß diese direkten Staatsbediensteten sich nicht als Herren

über die Bürger aufspielen konnten, sondern eben gemeinschaftlich kontrollierte Sklaven des Gemeinwesens waren. Man nannte sie *demosioi* und sah sie als Staatssklaven an. Sie waren als Amtsdienner, im Straßenbau, als Gefängniswärter, als Folterknechte und in der Münze tätig. Hansen schildert ihr Sklavenleben:

Aus den eleusinischen Rechenschaftsberichten erfahren wir, daß *demosioi* ein Taschengeld und ihre Kleidung vom Staat erhielten, und andere Quellen zeigen, daß einige ein verhältnismäßig unabhängiges Leben führen konnten, mit eigener Wohnung und Vermögen und sogar dem Recht, Prozesse vor Gericht anhängig zu machen. (Hansen, S. 127)

Alle anderen Staatsaufgaben wurden gemeinschaftlich durch Bürger ohne jede Vorrechte getragen, es gab keinerlei Bürokratie oder Amtshierarchie. Entsprechend gab es auch keine Polizei, die innere Sicherheit war nahezu vollständig „privatisiert“, was verblüffend ist angesichts der großen Zahl an Sklaven. Bleicken beschreibt diese enge Beschränkung, bzw. Abwesenheit von Behörden

wie folgt:

Insbesondere fehlte im Athen der demokratischen Zeit eine selbständig strafende Polizeibehörde, die u.a. auch kapitale Strafen (im Sinne der römischen kapitalen Coercition) verhängen konnte. Der athenische Beamte durfte lediglich leichtere Übertretungen innerhalb seines Amtsbereichs mit einer Buße (epibole) von 50 Drachmen ahnden. Leib und Leben des Bürgers waren also vor behördlicher Willkür geschützt. Auch die „Elfmänner“, die früher alle auf frischer Tat ertappten Übeltäter (kakoúrgoi, z. B. Diebe-Einbrecher, Beutelschneider) ohne Richterspruch hatten abführen und hinrichten dürfen, mussten in der Demokratie die Entscheidung eines Geschworenengerichtes einholen, es sei denn der Ertappte war geständig. (Bleicken, S. 244)

Die meisten Sklaven kamen aus Illyrien und Thrakien, also vom Balkan – daher die etymologische Nähe zwischen Slawe und Sklave. Darüberhinaus waren es Skythen, aus Kleinasien. Einige wenige kamen durch Handel und Krieg aus dem fernerem Orient. Erstaunlich ist, daß die Zusammensetzung der Sklavenbevölkerung ungefähr der heutigen

Zuwandererbevolkerung im deutschsprachigen Raum entspricht. Jeder antike Beobachter hätte über unsere Gegenwart so einige politisch völlig unkorrekte Kommentare abzugeben. Die alten Griechen waren bekannt dafür, extrem nüchtern zu sein:

Die Athener hatten die Eigenschaft, sich selbst gegenüber ehrlich zu sein. Sie waren gegeneinander höchst mißtrauisch (also auch gegenüber sich selbst) und sehr realistisch und unsentimental hinsichtlich des Verhaltens der Menschen (also auch ihres eigenen). Sie setzten voraus, daß jeder einzelne von ihnen, wenn sich nur die Gelegenheit bot, die Hand in die Staatskasse steckte und an seiner politischen Tätigkeit verdiente, und sie ergriffen jedes nur mögliche Mittel, um diese Gelegenheiten auf ein Minimum zu reduzieren. (Hansen, S. 322)

Ein Beobachter aus der Antike würde die Lage wohl so sehen: Ein Großteil der modernen Metöken sind *demosioi*, die allerdings nicht der Allgemeinheit dienen, sondern mittels Stimmzettel als Klienten derjenigen, die die politische Sphäre

usurpiert haben. Alles klar wäre für diesen Beobachter nach einer Lektüre des folgenden Zeitungsartikels, der das Wahlverhalten junger Zuwanderer analysiert:

Der 16-jährige Ali Durmus hat sich vorgenommen, wählen zu gehen. „Ich habe einen Brief von der SPÖ bekommen, deswegen weiß ich davon.“ So weiß Ali zwar nicht, was genau gewählt wird, seine Stimme aber bekommt die SPÖ. „Die sind einfach die Besten. Außerdem kenne ich den Faymann von den Plakaten, die überall hängen.“

Der Serbe Milos Grozdic würde gerne wählen, kann aber nicht. „Wäre ich Staatsbürger, würde ich auf jeden Fall wählen“, erklärt der 18-Jährige. „Und dann natürlich Rot.“ 43 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund sind laut Statistik Österreich bereits eingebürgert. Rund 530.000 Migranten sind am 29. September wahlberechtigt. [...] Abdullah Celik sitzt stirnrunzelnd auf einer Parkbank und zupft an seinem roten Cap. „Ich habe in einer Gratis-Zeitung von irgendwelchen Wahlen gelesen“, meint der 16-Jährige. „Ich finde es super, dass ich in meinem Alter wählen kann, und werde es auch sicher machen.“ (Wiener

Anarchie vs. Politik

Der erwähnte fiktive Besucher aus der Antike würde unsere Betonung der Mehrheit im Demokratieverständnis für eine Überdehnung des Ideals halten, und er würde diesen überdehnten Maßstab an uns selbst anlegen und nur lachen über die Behauptung, wir hätten die Demokratie endlich erreicht und würden nun in einer solchen leben. Auf dem Höhepunkt der athenischen Demokratie lebten in Attika ca. 300.000 Menschen. Ungefähr 150.000 davon waren Sklaven, um die 50.000 Metöken (das griechische Wort für Zuwanderer). Bürger mit vollen Rechten, aber eben auch vollen Pflichten, waren gerade einmal 30.000. Doch angesichts des hohen politischen Engagements, auf das ich noch näher eingehen werde, steht die Moderne keineswegs als demokratisches Vorzeigebispiel da. Zieht man dieselben Maßstäbe heran, dann müßte es in Österreich mindestens um die 500.000 aktive Verantwortungsträger geben, nicht

Staatsabhängige, sondern Bürger, die aus eigener Kraft und mit eigenem Vermögen, neben ihrer Berufstätigkeit reale Verantwortung für gemeinschaftliche Aufgaben übernehmen – was auch immer man von diesen Aufgaben halten mag.

Das Ideal, daß eine zahlenmäßige Mehrheit der Menschen reale Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen solle, halte ich nicht schon an sich für übel, sondern – bei beschränkter politischer Sphäre – durchaus für wünschenswert. Doch wir sind weit davon entfernt, ja, wir nähern uns diesem Ideal noch nicht einmal an, sondern entfernen uns mit großen Schritten.

Auch das würde unseren Freund aus der Antike nicht überraschen. Die überwiegende Zahl der Philosophen warnte stets vor einer demokratischen Illusion: Weil das Ideal zu fern scheint, es seines Gehalts zu entledigen und einem falschen Stolz zu erliegen. Hinter der Anmaßung zufälliger Mehrheiten, alles entscheiden zu dürfen, weil sie alles entscheiden können, wirken dann organisierte

Minderheiten und es entsteht eine „Drohnenklasse“, wie es Plato formulierte. Niemand trägt mehr Verantwortung, und damit stirbt auch der letzte Funke wahrer Demokratie.

Zwar kritisierte Plato die Demokratie als „Anarchie“, wobei er seine eigene Begriffsbildung nicht sauber einhält. Doch für jene Staatsfeinde, die sich heute Anarchisten nennen, klingt Demokratie nach einer allzu großen politischen Sphäre und damit wie das Gegenteil von Anarchie. Auch das ist begrifflich nicht ganz sauber. Anarchie ist in der Ideengeschichte stets ein negativer Begriff, er bezeichnet Chaos und wird durch ein Skelett als Herrscher symbolisiert (nicht durch Herrscherlosigkeit). Anarchie ist in diesem Sinne eine Zombie-Herrschaft, die Übermacht des Zerstörenden und Lebensfeindlichen. In diesem Sinne ist die platonische Warnung schon verständlich: Wenn alle „herrschen“, folgt nicht notwendigerweise Freiheit, sondern es kann die schlimmste Knechtschaft sein, nämlich eine, die nicht einmal höheren Zielen dient, sondern ewiger Machtkampf und

ewige Interessenpolitik ist.

Wie so oft in der Ideengeschichte wurde ein negativer Schmähbegriff letztlich zur Identifikation übernommen und positiv aufgeladen: Anarchisten im besten Sinne sind jene, für die Herrschaftslosigkeit ein Ideal darstellt. Ein wenig ähnelt es schon dem athenisch-demokratischen Ideal: daß sich zumindest ein gewichtiger Teil der Menschen selbst zu beherrschen vermag. Dennoch ist die anarchistische Frage berechtigt: Warum gibt es bei den Athenern überhaupt einen politischen Bereich? Nach der nüchternen Staatstheorie, die durch Denker wie etwa Oppenheimer und Gumpolowicz vertreten wird – wichtigen Vorläufern der Wiener Schule –, sind Staaten das Ergebnis gewalttätiger Unterjochung von Gemeinschaften. Ist Demokratie also die Illusion, im Zuge derer die Menschen sich das Handwerk der Banditen gleichmäßig aufteilen, weil sie Gaunerei als alternativlose Tradition mißverstehen, ohne die ihre Gemeinschaft nicht bestehen könnte?

Ganz so einfach ist die Sache bei den Athenern nicht. Zur Enttäuschung der Anarchisten lassen sich hier Wurzeln einer politischen Sphäre ausmachen, die nicht von Gewalt herrühren. Doch eine politische Sphäre ist noch kein Staat. Tatsächlich kann von einem Staat im modernen Sinne bei den Athenern auch nicht die Rede sein. Was als „Staat“ übersetzt wird, heißt im Griechischen meist *Politeia*, und damit ist die Verfaßtheit eines Gemeinwesens gemeint, keine für sich stehende Institution:

Aristoteles schließlich hat in Buch 3 der Politik vollkommen recht, wenn er die polis definiert als eine „Gemeinschaft von Bürgern einer Staatsverfassung“, und moderne Historiker haben vollkommen unrecht, wenn sie die angebliche Verschmelzung von Staat und Gesellschaft des antiken Stadtstaates in Gegensatz setzen zu der Trennung von beiden im modernen Staat. Genau das Gegenteil kann behauptet werden: In unseren Tagen gibt keine scharfe Trennung mehr zwischen Staat und Gesellschaft, denn der Staat hat überall die Oberhand – über Erziehung, Handel und Produktion, die Massenmedien und so weiter, und

der Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft wird ständig geringer[...]. Im Unterschied dazu waren im klassischen Athen die Polis, die die politische Gemeinschaft aller Bürger war, und die Gesellschaft als ganze, an der alle Gruppen teilhatten, deutlich voneinander getrennt. (Hansen, S.64)

Der berühmte dänische Altertumsforscher Mogens Herman Hansen betont auch, daß sich die Politik weitgehend aus dem Leben und Wirtschaften der Bürger heraushielt, und diese Freiheit weiter reichte als die politische Partizipation:

Die Freiheit, an den demokratischen Institutionen teilzuhaben, betraf nur die Bürger und galt nur in der politischen Sphäre. Die private Freiheit jedoch, zu leben wie es einem paßte, betraf alle, die in Attika lebten, einschließlich der Metöken und manchmal der Sklaven. Nach den Kritikern der Demokratie erstreckte sich diese Freiheit sogar auf die Frauen, aber dieser schockierende Vorwurf wurde von den Verfechtern der Demokratie natürlich zurückgewiesen. (Hansen, S. 82)

Ursprung der Politik

Auch die Idee eines Territorialstaates war den Athenern fremd. Die Bürger bildeten eine Gemeinschaft, die zuerst rein lokalen Bezug hatte, später dann zu einer Abstammungsgemeinschaft wurde, die über den Ursprungsort hinausging. Diese Gemeinschaft erwuchs aus drei Elementen, die Victor Ehrenberg aufzählt:

Die „Gemeinschaft des Ortes“ wurde auch durch den Umstand ausgedrückt, daß Stadt und Land gleichermaßen zur Polis gehörten. Die Polis war nicht bloß ein Stadtstaat; doch es gab nur eine einzige Stadt. Diese, in der Regel ummauerte Stadt umfaßte den Kultplatz (ἑστία), die Tempel des Stadtkultes, die Räume der höchsten Magistrate und die Agora, häufig, aber nicht immer, auch eine Zitadelle. (Ehrenberg, S. 30)

Hier haben wir die Erklärung, woraus bei den alten Griechen die politische Sphäre erwuchs. Es handelt sich hierbei um ein Muster, das wir in der Geschichte immer wieder finden. Eine Politisierung dieser Bereiche ist nicht unbedingt notwen-

dig, doch scheint sie offenbar naheliegend. Diese drei Elemente der Polis finden wir auch bei nahezu allen anderen Stadtgründungen: Burg, Kirche, Marktplatz.

Bei heutigen Betrachtungen der Antike wird oft die damals tiefe Religiosität übersehen. Der Kult war so wichtig, daß er nicht nur die Kultur hervorbrachte, sondern auch die Politik. Ist zuerst der Kultplatz da, dann das Tabu, dann die Notwendigkeit des Schutzes? Oder schafft die Befestigung erst den Raum für den Kult? Neben der offensiv-militärischen Genese des Staates (stationäres Banditenwesen), sind also auch eine defensiv-militärische und eine religiöse in Betracht zu ziehen. Akademiker können sich herrlich über solche Henne-Ei-Probleme streiten. Ehrenberg beschreibt all diese Aspekte, um das Entstehen des „griechischen Staates“ zu erklären, wie er die politische Sphäre in allzu starker Analogie zur Gegenwart nennt:

Die Ausgaben der Stadt betrafen in der Frühzeit na-

hezu ausschließlich den Kult, mit Opfern und Festen, Kultgegenständen, Statuen und Tempeln. Diese Dinge blieben stets wichtig; nur durch sie wurde der griechische Staat zum großen Schöpfer und Hüter der Künste. Doch neben den heiligen Missionen für Feste oder Orakel gab es auch Missionen politischer Art, neben den heiligen Gebäuden auch säkulare, neben den Gaben für die Götter auch Ehrengeschenke für Bürger und Fremde. (Ehrenberg, S. 84f)

Märkte spielten auch bei den alten Griechen eine entscheidende, meist übersehene Rolle. Die Philosophen verstanden den Handel nicht und rationalisierten eine Sklavenhaltermentalität, die zwar durchaus geschäftstüchtig war, aber sich des Raubzuges eher rühmte als des Markterfolges. Dennoch wurde der Wohlstand zu einem beträchtlichen Teil durch Handel gestiftet, wenngleich – wie so oft – zwischen Handel und Piraterie ein fließender Übergang war. Die Märkte waren in überwiegendem Maße frei von Politik:

In einer griechischen Stadt wie Athen waren die Tore nur zu Kriegezeiten bewacht; im Frieden konnte bei

Tageslicht jedermann frei passieren, und obwohl die Tore zur Nacht geschlossen waren, scheinen sie nicht bewacht gewesen zu sein und man konnte immer noch ein- und ausgehen. Der einzige Beleg dafür, daß an den Toren Zoll erhoben worden wäre, ist eine lexicographische Notiz zweifelhaften Wertes, und ganz gewiß ist nichts auf Erzeugnisse erhoben worden, die von Bürgern auf den Markt gebracht wurden. Jedenfalls lebte auch eine beträchtliche Anzahl von Bauern in der Stadt und zog hinaus, um das Feld zu bestellen. (Hansen, S. 61)

Jedenfalls kann das antike Griechenland im Wesentlichen als Privateigentumsordnung angesehen werden. Das Eigentum hatte jedoch eine eher kultische denn rationale Begründung, darum bestand die wichtigste Einschränkung der sonst weitgehend freien Privatnutzung darin, daß Eigentum nicht beliebig übertragbar war:

Zur Zeit der Besiedlung wurde das Land in „Grundstücke“ (κλήροι) aufgeteilt, nachdem besondere Anteile für die Götter und den König (τεμένη) abgetrennt worden waren; nur Jagdflächen und Weideland blieb in der Allmende. Privateigentum in der Form

des Grundstücks war seitdem die wirtschaftliche Basis des Haushalts, der zunächst ein hohes Ausmaß an Autarkie genoß – sie hatte im homerischen Zeitalter gerade erst begonnen zu schwinden – aber lange an Stamm und Gemeinschaft gebunden blieb; der Eigentümer konnte in der Regel sein Land nicht völlig nach Belieben hergeben oder verkaufen. (Ehrenberg, S. 12)

Die kultische Fundierung führte aber auch dazu, daß das Privateigentum als heilig angesehen wurde. „Politik“ hatte innerhalb des Privathaushalts, des *Oikos*, der ein Betrieb beachtlicher Größe sein konnte, praktisch keine Befugnisse und keinen Zugriff. Die politische Ordnung galt dann als verfassungsgemäß, wenn das Privateigentum und Verträge geschützt waren. Die Tyrannis, die zugunsten populärer Zustimmung der Unterschichten Schuldverträge für ungültig erklärte, war hier von die Ausnahme. Um einen Umsturz der Ordnung zu vermeiden, wurden die politischen Ämter auf den Schutz des Privateigentums vereidet:

Der athenische Geschworeneneid enthielt die Klausel:

„Ich will die Aufhebung von Schulden und die Neuverteilung von Boden und Häusern athenischer Bürger nicht zulassen“; die Klausel findet sich auch in dem Eid, der im frühen 3. Jahrhundert von allen Bürgern von Itanos auf Kreta verlangt wurde; ein delphisches Gesetz über Geldverleih aus dem frühen 4. Jh. enthielt am Schluß die Androhung, daß jeder, der versuchen sollte, dieses Gesetz abzuschaffen, dem gleichen Fluch anheim fallen solle wie jeder, der eine Neuverteilung des Bodens und einen Schuldenerlaß vorschlage; der Bund der griechischen Staaten, der unter der Führung Philipps von Makedonien im Jahre 338 v. Chr. gegründet wurde, bestimme, daß in keiner polis „eine Konfiskation von Eigentum, eine Neuverteilung des Landes, ein Schuldenerlaß oder eine Befreiung von Sklaven zum Zwecke des Umsturzes“ stattfinden solle. (Finley 1983, S. 109)

Die Ordnung erwies sich in der Tat als außergewöhnlich stabil. In der gesamten athenischen Geschichte gibt es keine Revolution, auch keine von Sklaven oder der Unterschicht. Entgegen sozialistischer Thesen ist das im Wesentlichen durch den Schutz des Privateigentums begründet, wie der

deutsche Historiker Jochen Bleicken in seinem ausgesprochen faktenreichen Werk über die athensische Demokratie ausführt:

Der Respekt vor der Tradition und die Abneigung gegen Experimente dürften zum einen darin begründet gewesen sein, daß die Masse der Athener ein kleines Vermögen besaß. Es gab zwar etliche sehr reiche Bürger und auch eine große Anzahl von Tagelöhnern; aber die Mehrzahl besaß zumindest einen kleinen Bauernhof, einen Handwerksbetrieb oder doch ein Haus in der Stadt. Die Interdependenz zwischen der Stabilität von Staaten und den Vermögensverhältnissen der in ihnen organisierten Bürger hat bereits Aristoteles gesehen. In seiner „Politik“ führt er aus, daß große Staaten deswegen, weil in ihnen der Mittelstand stark sei, weniger an Aufständen zu leiden hätten, und er hat dabei gewiß vor allem an Athen gedacht. (Bleicken, S. 410)

Daß der Markt selbst eine politische Sphäre stiftet, liegt primär an dem nötigen Schutz für Zentren der Wohlstandsschaffung und des Warenaumschlags. Doch der Marktplatz als öffentlicher Raum scheint auch weitergehende politische Am-

bitionen zu entfachen. Als organisierter Raum verlangt er nach Regeln; womöglich weil sich die Händler sonst um die besten Plätze in die Haare kommen. Aber als öffentlicher Raum entzieht er die Menschen auch der privaten Sphäre und führt zu einem engeren Miteinander. Damit ist der Marktplatz prädestiniert dafür, Abwechslung zur Routine des Familienlebens zu bieten. Ein Relikt davon scheint zu sein, daß Einkaufszentren heute eine magische Anziehungskraft auf Jugendliche ausüben, die im Privathaushalt zu wenig Raum finden – ob flächenmäßig oder seelisch. In unseren Breiten sind Straßenjungs eher Einkaufszentrenjungs, was vor allem am Klima liegen mag. In Griechenland hingegen spielte und spielt sich das Leben viel mehr im Freien ab. Am Marktplatz wird die Dichte eines urbanen, öffentlichen Lebens besonders deutlich spürbar, daher kann der Marktplatz paradoxerweise doch eine politische Sphäre hervorbringen:

Das Klima führte das Leben hinaus ins Freie. Haus und Familie waren für das tägliche Leben und die so-

zialen Zusammenkünfte wesentlich weniger von Bedeutung als der Markt und das Gymnasion. Der Beruf eines Mannes hatte ebenso weniger Bedeutung. Das öffentliche Leben war die nahezu einzige Umgebung des Bürgers. (Ehrenberg, S. 8)

Nun zum dritten politischen Element nach Kult und Markt: Die Burg, die den Bürger hervorbringt, stellt eine gemeinschaftliche Verteidigungsstrategie dar. Anstelle individualisierter Einzelverteidigung bedeutet diese Strategie die Konzentration auf einen befestigten Kern – eine Art von *Panic room*. Es ist bezeichnend, daß hier die etymologische Wurzel von Bürger, *Citoyen*, und *Polis* liegt:

Aber was war eine polis? Das griechische Wort polis oder ptolis (vielleicht das mykenische po-to-ri-jo) gehört etymologisch zum Altindischen púr und zum litauischen pilis, und in allen drei Sprachen ist seine Grundbedeutung „Festung“. Im älteren Griechisch konnte polis auch als Synonym für akropolis verwandt werden, die „Festung auf der Höhe“, die oft ein befestigter Hügel mit der königlichen Residenz und den Hauptheiligtümern war. Die akropolis war also

gleichzeitig das Zentrum für die Verteidigung, für die Regierung und für den Kult. Eine Stadt (asty) konnte sich dann am Fuß der akropolis herausbilden, neue Mauern konnten um die ganze Ansiedlung gebaut werden, und das Ganze konnte dann polis (=asty) genannt werden, im Gegensatz zum umliegenden Land, der chora. (Hansen, S. 56)

Militärischer Egalitarismus

Es ist aufschlußreich, wie sehr sich Veränderungen der Militärtechnologie auf die Verfassung der politischen Sphäre auswirkten. Zuerst war die Verteidigung durch ein Ritterwesen getragen, was eine feudale Ordnung nach sich zog. Das hat in jeder Kultur und Zeit denselben Grund: daß die effizienteste der verfügbaren Militärtechnologien darin besteht, besonders teure Waffensysteme individuell zu führen, die kein umfangreicheres Personal zum Einsatz erfordern. Das Waffensystem des Ritters ist Rüstung und Pferd. Da sich nur wenige diese Ausrüstung leisten können, ist die Festigung einer Krieger- und Adelsklasse die Folge. Die erste militärische Innovation der alten Griechen war die

Hoplitenphalanx. Diese Technologie erlaubt es, den Vorteil des Ritters durch eine höhere Zahl an Infanteristen wettzumachen. Diese Infanterie war mit Schilden und Speeren ausgerüstet. Eine größere Gruppe, die hinter ihren Schilden Schutz suchen kann, und mit den Speeren Ritter aus ihren Sätteln stößt, erspart sich Rüstung und Pferde. Diese neue Art der Kriegsführung läutete das Ende der Vormacht des altgriechischen Adels ein:

Der Dienst des Hopliten in der Phalanx [...] verlangte von allen eine völlig gleichartige Tätigkeit und damit die rigorose Gleichheit der militärischen Stellung aller in den militärischen Formationen Dienenden. Und das aus diesem Dienst resultierende Selbstbewußtsein richtete sich gegen das Unrecht der herrschenden Adligen, die vor allem in der Rechtsprechung ihre Vorrangstellung mißbrauchten, und gegen den Tyrannen, der die Hopliten ebenso wie die Adligen aus dem politischen Raum verdrängt hatte. Die Forderung nach Gleichheit mußte sich auf diesen Hintergrund beziehen und sie hatte folglich zwei Kernpunkte: Zum einen sollte das Recht für alle in gleicher Weise gelten. [...] Wir erfahren aus unseren

frühen Quellen die Empörung der Bauern über das ihnen angetane Unrecht, und auch noch später, als die Gesellschaft der Gleichen sich politisch organisiert hatte, erhob man die aus diesem Unrecht geborene Forderung nach einem gleichen Recht für alle, das als ein Stück der neuen politischen Ordnung angesehen wurde. Herodot ebenso wie Euripides, und letzterer in besonders klarer Weise, stellen die Gesetze (νόμοι) als einen. allen gemeinsamen Besitz vor, dem gegenüber der Tyrann den νόμος in seiner Hand hält, als wäre er sein Eigentum. (Bleicken, S. 340f)

Der Siegeszug der Demokratie aber erforderte eine weitere militärische Innovation. Die Griechen entwickelten ein Waffensystem, das in Hinsicht auf Kampfkraft und Personalaufwand in der Antike einmalig war. Diese Militärtechnologie war das Ruderkriegsschiff, die Triere. Auf längere Strecken war es ein gewöhnliches Segelschiff, doch im Kampf wurde es zu einer wuchtigen Waffe, die 200 Mann antrieben. Die Ruderer saßen auf drei Ebenen übereinander. Gemeinsam erreichen sie auf Kurzstrecken eine Höchstgeschwindigkeit von 13 km/h. Diese Schiffe waren extrem wendig und

waren nicht dazu da, Soldaten zu tragen, sondern wurden selbst als Waffe eingesetzt. Der Schiffsbug war zu einem bronzenen Rammsporn umfunktioniert. Die Triere versenkte gegnerische Schiffe einfach durch heftiges Rammen.

Allein schon diese Kampfstrategie stärkte bei den Griechen den Eindruck, als Gruppe von Gleichen ihre Geschicke zu bestimmen. Diese Gleichheit war keine streng materielle, schließlich wurde der Privathaushalt eben weitgehend als Privatsache angesehen. Vielmehr handelte es sich um eine Gleichheit der Aufgaben. Hier haben wir eine der Säulen des antiken Ideals von Demokratie: Neben der Abwesenheit von äußerer Fremdherrschaft soll es eben auch keine innere Vorherrschaft geben. Zu diesem Zweck wurde die politische Sphäre in gleiche Teile aufgeteilt, möglichst ohne jede Personenhierarchie, mit reiner Funktionshierarchie. Das Ideal bestand eben darin, daß jeder möglichst zu gleichen Teilen regieren sollte, damit nicht die einen über die anderen herrschen. Das bedeutete zwar eine massive Ausweitung politischer Ämter,

aber auch eine ebenso massive Machtreduktion jedes einzelnen Amtes.

Losen statt Wählen

Diesem Ideal näherte man sich durch zwei politische Innovationen an: die Rotation und das Losverfahren. Rotation bedeutet, daß jeder Bürger jedes Amt möglichst einmal ausführen sollte. Kein Regime hat jemals eine so hohe aktive Partizipation erreicht wie das altgriechische. Das Losverfahren scheint heutigen „Demokraten“ wohl etwas absurd, doch in der Antike galten Wahlen als undemokratisch. Wenn ein Beobachter aus der Antike durch unsere Straßen schreiten würde, schlosse er angesichts der Flut an Wahlplakaten mit dämlich grinsenden Berufspolitikern zweifellos auf einen Wettbewerb um die Tyrannis und würde das vorherrschende Regime keinesfalls als Demokratie würdigen.

Hansen beschreibt die enge Verbindung von Rotationsprinzip und Losverfahren:

Die Rotation ist teils dadurch gewährleistet, daß man

eine kurze Amtsdauer hat, und teils dadurch, daß man die Anzahl der Posten so weit wie möglich anhebt. Wenn infolgedessen ein großer Anteil der Bürgerschaft irgendein Amt früher oder später innehaben muß, dann ist die Auslosung die logische Art, das sicherzustellen. Selbst in einer Demokratie ragen einige Ämter hervor, weil sie Prestige und sonstige Vorteile eintragen, und die Auslosung stellt sicher, daß die Frage, wer welchen Posten bekommt, durch den Zufall geregelt wird, während die Wahl zu Streit und letztlich zu stasis [Bürgerkrieg] führt. Die Demokraten bevorzugten das Los, weil es Korruption und Parteiwesen verhinderte. (Hansen, S. 245)

So wie die gesamte politische Sphäre kam das Losverfahren im Bereich des Kultes auf und wurde zunächst für die Bestellung von Priestern eingesetzt. Der Zufall wird gerne den Göttern zugeschrieben, so unterscheidet er sich deutlich von jeder menschlichen Wahl, bei der eben allzu menschliche Motive eine Rolle spielen können. Das Losverfahren schützte die religiöse Sphäre vor Interessenpolitik, Intrigen und Machtspielen. Da lag es nahe, auf diese Weise auch die entstehende

politische Sphäre zu schützen. Ein großer Vorteil des Losverfahrens ist die damit einhergehende Entmachtung der Erlosten, die sich auf den Zufall nichts einbilden können. Die alten Griechen erkannten in ihrer Nüchternheit diese Entmachtung und strebten sie ganz explizit an. Das Losverfahren wurde schrittweise ausgeweitet:

Damals ging man allerdings nicht schon so weit, die Archonten aus allen Athenern zu lösen, sondern verband Wahl und Losung in der Weise miteinander, daß in einem ersten Verfahren 100 (so auch im 4. Jahrhundert) Kandidaten, die zudem noch der ersten oder vielleicht schon den beiden ersten Schätzungs-klassen angehören mußten, in den Versammlungen der zehn Phylen gewählt wurden (prókritoi, „Vorgewählte“). Aus ihnen wurden dann in einem zweiten Verfahren, das im Zentrum der Stadt stattfand, aus jeder Phyle ein Archont und als Zehnter der Schreiber der Thesmotheten erlost (später sind auch die bis dahin gewählten Kandidaten erlost worden, und es gab seitdem für die Archontenwahl zwei Losvorgänge [...]). In der folgenden Zeit sind die meisten neuen Ämter gleich als Losämter eingerichtet und auch viele

der schon bestehenden Wahlämter in Losämter umgewandelt worden. Die Losung der Beamten war in der Vorstellung der Athener so fest mit der Demokratie verbunden, daß sie zugleich mit ihr stand und fiel. So wurde bei dem oligarchischen Putsch von 411 und unter der Herrschaft der Dreißig 404/03 die Losung beseitigt und umgekehrt nach der Wiederherstellung der Demokratie sofort wieder eingeführt. (Bleicken, S. 313)

Vom Losverfahren wurden nur Ämter ausgenommen, die besondere Erfahrung und Kenntnisse erforderten. Das wären im Wesentlichen die militärischen Ämter und einige wenige Ämter, die Fachleute erforderten (etwa Schreiber und Statiker). Wenn die Politik zu viele „Experten“ erforderte, wäre das für die alten Griechen ein klarer Hinweis auf tyrannische Anmaßung von Macht gewesen. Die politische Sphäre sollte so beschränkt und machtlos bleiben, daß jedermann die anfallenden Aufgaben gut übernehmen konnte.

Politiker vs. Laien

Hansen faßt diese antike Perspektive gegenüber der Politik so zusammen:

Diese ganze Feindschaft gegenüber dem Professionalismus stimmt mit der Vorstellung der Athener überein, daß das Volk die Politik in seiner Freizeit betreiben solle: Die ganze Demokratie beruhte auf dem Prinzip, daß politische Tätigkeit mit dem gewöhnlichen Beruf des gewöhnlichen Bürgers vereinbar sein solle. Daher konnte die politische Tätigkeit in Athen so weitverbreitet und die Partizipation so erstaunlich hoch sein. (Hansen, S. 320)

Diese Perspektive ging mit einer gewissen Skepsis gegenüber jenen einher, die sich allzu sehr in der Politik hervortaten. „Politiker“ im heutigen Wortsinn gab es keine. Obwohl es sich um die Ableitung eines griechischen Wortes handelt, war diese Bedeutung den alten Griechen unbekannt. Im weitesten Sinne entsprechen zwei griechische Begriffe dem, was wir mit einem Politiker assoziieren: Rhetoren und Strategen. Der Rhetor ist ein Redner im Rat oder vor Gericht. Redner, die be-

sonders erfolgreich dabei waren, kraft ihrer Rhetorik Stimmungsänderungen herbeizuführen, nannte man Demagogen – ein Wort, das zuerst neutral, später aber genau wie heute bei uns negativ konnotiert war. Rhetoren erhielten keine offizielle Bezahlung. Sie konnten zwar von Privatpersonen bezahlt werden, was jedoch selten geschah. Einen Rhetor dafür zu bezahlen, vor Gericht als Anwalt Fürsprache zu halten, war sogar ausdrücklich verboten.

Strategen waren die Feldherren, eine Gruppe von zehn ausgewählten Bürgern, die die höchsten militärischen Aufgaben übernahmen. Die Strategen fielen etwas aus dem demokratischen Rahmen, sie wurden nicht per Los bestimmt und ihre Befugnisse waren relativ groß, auch konnten sie unbeschränkt wiedergewählt werden. Der Grund liegt wohl darin, daß Athen praktisch ständig im Krieg war und eine Laienverwaltung in dem Bereich allzu bedrohlich gewesen wäre. Die athenische Erfahrung jedenfalls lehrt: Je weniger Befugnisse die Politik hat, desto demokratischer kann sie sein.

Jede Ausweitung der politischen Sphäre führt notwendigerweise zu weniger Demokratie im ursprünglichen Sinne. Die demokratischen Athener lehnten das Berufspolitikertum wie gesagt entschieden ab. Sie waren stets mißtrauisch, ob nicht jemand, der sich in der Politik allzu sehr hervortat, bloß auf seinen persönlichen Vorteil aus war. Darum waren sie gegenüber Rhetoren und Strategen auch besonders streng:

„Milde“ (praotes) sollte zwar eine der demokratischen Tugenden sein, aber sie gehörte in den Bereich der privaten Lebensführung, war aber gewiß nicht gegeben, wenn es sich um Magistrate oder führende Politiker handelte. Das ist der Hintergrund für die unzähligen Arten der öffentlichen Strafverfolgung und für die erstaunliche Häufigkeit ihrer Anwendung. Die athenischen Führungspersonen wurden mehr als jede andere Gruppe dieser Art in der Geschichte zur Verantwortung gezogen. Ein Rhetor oder ein Stratege zu sein hieß, eine gefährliche Laufbahn einzuschlagen, die leicht zu einer Verurteilung oder sogar Hinrichtung führen konnte – wenn man es versäumte, rechtzeitig ins Exil zu gehen. (Hansen, S. 322)

Interessant ist, daß etwa der Bruch von Versprechen, die dem Volk gegeben wurden, jedermann zu einer öffentlichen Anklage vor Gericht berechnigte. Doch da es keinen Staatsanwalt gab, mußte sich eben auch eine Privatperson finden, die das Prozeßrisiko übernahm. Das minderte die Gefahr einer Klagsflut, um Opponenten zu schaden, bot aber doch eine wirksame Einschränkung des Populismus.

Man könnte meinen, daß eine so enge und partizipative Demokratie wie die Griechische wenig Raum für Einzelgänger ließ. Tatsächlich waren die Ur-Demokraten offenbar viel duldsamer als es die Anhänger der heutigen Staatsreligion des Pseudo-„Demokratismus“ sind. Hansen rückt das Bild zurecht:

Und doch begegnen wir in den Quellen gleichzeitig genau dem umgekehrten Ideal, daß sich nämlich ein respektabler Bürger von der Agora fernhalten solle – also nicht nur vom Markt, sondern vom Buleuterion [Rat] und von den Gerichten – und daß er mit dem Besuchen der Volksversammlung nicht zu eifrig sein

solle. Das war die alte aristokratische Haltung, die sich in der Vorstellung der Leute bis in die Zeit der klassischen Demokratie hielt. Es mußte einem überhaupt nicht peinlich sein, wenn man sich nicht beteiligte, und sogar im öffentlichen Bereich hielten sich die Athener an ihr Ideal, daß jeder Bürger leben dürfe, wie er wollte. (Hansen, S. 321)

Ein scharfer Einwand gegen die Laienpolitik der alten Griechen war, daß dies notwendigerweise zu einer ineffizienten Verwaltung führen müsse. Insbesondere die Philosophen mit ihren oft utopischen Vorstellungen hocheffizienter Staaten, in denen alles klar geregelt wäre, kritisierten die antike Demokratie aus diesem Grund. Der Vorwurf war, daß die Demokratie die Politik nicht ernst genug nähme. Eigentlich sollten die „Experten“ ran, nämlich die intellektuellen Besserwisser. Plato hat sich hier besonders befleckt, sodaß seine brillante Demokratiekritik viel an Glaubwürdigkeit verlor. Die bequem im toleranten Athen sitzenden Philosophen schielten ins totalitäre Sparta und begingen dabei denselben intellektuellen Kardinal-

fehler, dessen sich etwa ein gewisser Lord Keynes schuldig machte, als er den Nazi-Sozi-Totalitarismus für seine Effektivität bewunderte. Besonders kritisierten die Philosophen, daß es kein staatliches Bildungssystem gab. Es ist kein Zufall, daß in den totalitären Utopien stets eine Schulpflicht auftaucht. Immerhin bringt eine Verstaatlichung der Bildung sicheres Einkommen und Macht für Intellektuelle. Auch hier ragte Plato besonders hervor. Aber auch sein Lehrer, der berühmte Sokrates, war seiner Zeit etwas voraus und kritisierte heftig das demokratische Losverfahren, verkannte dabei aber dessen eigentliche Bedeutung:

Wie absurd ist es doch, sagt Sokrates, die Magistrate auszulosen, wenn man keinen Steuermann oder wen sonst auf diese Weise bestellen würde. Der Sophismus liegt natürlich in der ungenannten Prämisse, daß die Magistrate dieselbe Macht, das Staatsschiff zu steuern, hätten, wie ein Steuermann sein Schiff. Aber die Athener erlosten ihre Magistrate genau deshalb, um sicherzustellen, daß sie nicht die Steuermänner des

Staates wären, denn einer der Zwecke des Loses war ja, die Macht der Magistrate zu vermindern. Das Los beruhte nicht auf der Vorstellung, daß alle Menschen gleich fähig seien, sondern daß alle Menschen hinreichend fähig für das seien, wofür sie bestellt werden, und daß bei Anwendung des Loses Amtspositionen aufhören würden, eine Anziehungskraft als Waffen im Kampf um die Macht zu haben. (Hansen, S. 244f)

Tatsächlich war die Ineffizienz der antiken Demokratie kein *bug*, sondern ein *feature*, wie Programmierer sagen: kein Fehler, sondern eine beabsichtigte positive Eigenschaft. Dabei waren die alten Griechen viel realistischer als all die vermeintlich liberalen Reformer nach ihnen. Effizienz ist kein Wert für sich; ein effizienter Staat ist nicht automatisch ein besserer Staat. Die politische Sphäre der alten Griechen war hinreichend ineffizient, um Raum für das Menschliche zu lassen und den Raum für eine von den Menschen emanzipierte Institution „Staat“ möglichst gering zu halten. In der pseudonym unter „Xenophon“ verfaßten Schrift über den STAAT DER ATHENER wird ge-

nau dies festgehalten:

Mag nun ein Staatswesen zwar nicht infolge solcher Einrichtungen des öffentlichen Lebens den Anspruch erheben können, das politische Ideal zu sein, so mag doch die Volksherrschaft am ehesten auf diese Weise erhalten werden. Das Volk hat es ja darauf abgesehen, nicht etwa in einem wohlgeordneten Staatswesen selbst geknechtet zu sein, sondern frei zu sein und zu herrschen, die Mißordnung aber kümmert es wenig, denn was du als das gerade Gegenteil eines wohlgeordneten Zustandes ansiehst, das Volk schöpft daraus seine Kraft und seine Freiheit. (Pseudo-Xenophon: Athenaion Politeia, I.8)

Honig der Demokratie

Doch wie erhält man die Partizipation der Bürger aufrecht, wenn es um gar nicht so viel geht? Was die Militärpolitik betraf, hatten die Athener hierbei keine Probleme: Die Kriegsgeilheit und Aussicht auf Beute (dank Sklaverei besonders groß) führte auch ohne Sold zu ausreichender Partizipation. Doch die Kriegsführung ist die große Ausnahme, hier gab es viel „Politik“, „Wahlen“, Am-

bitionen. Deshalb wucherte das Kriegswesen auch so sehr. Es ist schwer zu sagen, ob dies nun tatsächlich zum Schaden der Menschen war. Immerhin trugen sie die Kriegsentscheidungen in einem Ausmaß mit, gegenüber dem die heutige kriegslüsterne *democracy* sehr schlecht dasteht.

Obwohl gerade der militärische Bereich bei den Athenern weniger demokratisch war, trat hier jedoch ein tatsächlicher Fehler der Demokratie offen zutage: Die Demokratie begünstigt einen verheerenden Stolz. Es ist dieselbe Art von Stolz, wie ihn Fußballfans empfinden, wenn „ihre“ Mannschaft gewinnt: „Gut haben *wir* gespielt!“ Durch die erhöhte Identifikation beginnt man, sich selbst alles Positive zuzuschreiben und den anderen, den Gegnern, alles Negative. Kein Wunder, daß die meisten Philosophen die Nase über die Demokratie rümpften. Der Stolz des Pöbels schien ihnen schlicht unverdient. Was trägt der kleine Mann schon zur Kultur bei, der er sich im Gegensatz zu allen Fremden so rühmt! Der antike Stolz war für die Nicht-Athener verheerend:

Die aus der demokratischen Gleichheitsidee entspringende Kraft, die der Ruderer ebenso spürte wie der Hoplit, schien alle traditionellen Grenzen der politischen Möglichkeiten zu sprengen, und in diesem Erfolg mochte jeder auch eine Erfüllung seiner persönlichen Wünsche sehen. Es steckte vieles in diesem Hochgefühl des Erfolges, das den einzelnen für sich und die Menge gemeinsam bewegte: Verantwortungsgefühl für die Befreiung der Griechen von den Persern und Sorge für die Sicherheit der Bundesgenossen ebenso wie Stolz, Herrschsucht und Hochmut. Da die Kraft der Athener aus ihrer freiheitlichen politischen Ordnung kam, war darin aber auch eine Art Sendungsbewußtsein enthalten, das dazu drängte, die neuen Ideen an andere weiterzugeben. In idealer Weise hat dies Thukydides in der Grabrede des Perikles ausgesprochen: „Athen ist eine Erziehungsstätte für ganz Griechenland“. In der politischen Wirklichkeit konnte dieses Gefühl sehr viel häßlichere Züge tragen; in ihr verband sich der Gedanke, die anderen Griechen an dem Segen demokratischen Lebens teilhaben zu lassen, mit einer politischen Praxis, in der die demokratische Ordnung in den Städten des Seebundes zur Sicherung von deren Untertänigkeit ge-

waltsam eingeführt wurde: Die „Erziehung“ der Griechen erfolgte mit Gewalt und Terror und hinterließ allerorts ihre blutigen Spuren. (Bleicken, S. 396)

Im Vergleich zur Kriegsführung mangelte es anderen Politikbereichen an Energie und Begeisterungskraft – zum großen Glück für die Athener. Nur weil der größte Bereich des Lebens und Wirtschaften der Politik entzogen war, blieb allerdings auch hinreichend Energie, um damit eine kolonialistische und kriegerische Außenpolitik anzutreiben. In diesem Sinne mag der Eindruck sozialistischer Historiker, daß Kapitalismus und Krieg korrelieren können, einen wahren Kern haben. Die sonstigen Politikaufgaben, nämlich Kultorganisation und Rechtsprechung schienen weit weniger Begeisterung auszulösen. Die athenische Demokratie erforderte massive Partizipation; die nötigen Quoren zur Entscheidungsfindung lagen etwa bei 6.000 Personen. Die Bürger wurden geradezu auf den Versammlungshügel getrieben. Doch erzwungen werden konnte die Partizipation nicht. Nachdem aufgrund wachsenden Stolzes die politische

Sphäre allmählich ein wenig wuchs, machten sich die Beschränkungen der freiwilligen Milizpolitik bemerkbar. Dies hätte eigentlich das Wachstum der Politik hemmen sollen. Doch der Stolz erwies sich als stärker. Eine so große Nation wie Athen müsse sich mehr Politik leisten können. So begann man, als die Erfordernisse der Politik größer wurden, um die Demokratie beibehalten zu können, den Bürgern zumindest ihren Verdienstentgang, wenn sie statt in ihrem Beruf in Versammlungen oder bei Gericht tätig waren, durch öffentliche Mittel abzugelten. Das setzte freilich verheerende Anreize in Gang. Zwar war die Entlohnung im Vergleich zu heutigen Politikern minimal; sie war in aller Regel knapp unterhalb des Durchschnittseinkommens bemessen und wurde tageweise, nur bei direkter Anwesenheit bezahlt. Ein bloßes Aufkreuzen zum Abkassieren, worin heutige EU-Parlamentarier eine wahre Kunst entwickelt haben, war auch nicht möglich. Doch die *slippery slope*, die Rutsche, war gelegt hin zur Politik als Bereicherungsinstrument. Plato nannte die Diäten

für den Versammlungsbesuch spöttisch den Honig der Demokratie.

Die Intention dieser Bürgerbesoldung war aber eine gute: Jedes zivilgesellschaftliche Engagement zeigt sonst eine Tendenz hin zu einem Überwiegen derjenigen, die viel Zeit haben. Jemand, der erfolgreich einem ehrlichen Beruf nachgeht, wird sich eben schon aufgrund des Verdienstentgangs wenig „Demokratieurlaub“ nehmen. Leider sind diejenigen, welche die meiste Zeit haben, nicht die Besten, eher die Schlechtesten. Oft sind es Menschen, die unfähig sind, für ihre Mitmenschen Werte zu schaffen. Dieser Typus dominiert die Sitzungen, Komitees, Programmausschüsse, Vereine und Parteien. Das konsequente Demokratieideal der Antike wollte gewährleisten, daß Normalbürger und keine Negativauslese über die Geschicke der Gemeinde bestimmten. Leider läßt sich diese Negativauslese mit Geld nicht verhindern; der Honig zieht Fliegen an.

Um auch die Qualität, nicht nur die Quantität der

Bürgerversammlungen zu erhöhen, entschlossen sich die Athener zu einer außergewöhnlichen Sozialleistung (ansonsten gab es nur Invaliden- und Witwenunterstützung, was mehr einer Versicherungsgemeinschaft als einem Wohlfahrtsstaat entsprach). Die Bürger erhielten auch bei einem Besuch von Kulturveranstaltungen eine analoge Abgeltung des Verdienstentgangs. Diese Diäten nannte man *Theorikon* – „Schaugeld“. Demades, ein demokratiekritischer Rhetor, nannte diesen Sold wiederum den „Leim der Demokratie“.

Politische Geschäftigkeit

Die athenische Demokratie mußte, um ihrem Ideal gerecht zu werden, stets große Zahlen auf den Beinen halten. Dies gelang ihr auch, und die Diäten spielten sicherlich eine große Rolle dabei. Ansonsten ist wohl die Oligarchie oder gar Monarchie eine natürlichere Regierungsform, denn mit der Zeit geht den meisten Menschen das Politisieren doch auf die Nerven, und sie widmen sich lieber dem eigenen Geschäft, Acker, Heim und Gar-

ten. Als Idee mag das Bürgerengagement schön sein. Die meisten *bottom-up* „Engagierten“, auch heutzutage, sind jedoch besonders nervende Charaktere. Das macht ja gerade ihr Engagement aus: Alle für das Gemeinwesen zu nerven. Doch „für das Gemeinwesen“ wird allzu bald zu einem bloßen „im Namen des Gemeinwesens“.

Mein philosophisches Gemüt hält eine Konversation mit politisch Engagierten jedenfalls nicht gut aus: Ihre Ungeduld, ihr Tunnelblick, ihre moralische Überheblichkeit setzen mich unter Streß. Genauso ging es wohl einigen Menschen in Athen; darum waren eben nahezu alle Philosophen antidemokratisch eingestellt. Im schlimmsten Fall kann es dann sogar erstrebenswert sein, ein fixes Schweigegeld als Steuer zu bezahlen, wenn man nur endlich von den großen politischen Ideen verschont wird, in deren Namen die Demokraten unablässig schnorren und mobilisieren. Die alten Griechen waren immerhin noch zu nüchtern für Ideologien, aber idealisierte Kriegspläne füllten diese Lücke. Aus psychodynamischen Gründen

stecken sich Mehrheiten eben gegenseitig an und es gibt nichts Fanatischeres als eine Masse, die einer Idee folgt. Jochen Bleicken beschreibt diese Schattenseite umfassender Partizipation:

Die Stadt war erfüllt von politischer Betriebsamkeit; jeden Tag strömten Tausende zu irgendwelchen Sitzungen. Vor allem die an solche Aktivität nicht gewöhnten Ausländer, aber auch die Athener selbst haben diese Geschäftigkeit beobachtet, sie als die Verwirklichung des Ideals gepriesen, gelegentlich belächelt und zunehmend auch kritisiert. Für diesen politischen Eifer wird alsbald der Begriff *polypragmosyne*, d. i. Vielgeschäftigkeit, gebräuchlich und demgegenüber der politisch Untätige (*aprágmón*) gebrandmarkt. Ist *polypragmosyne* zunächst ein politischer Wertbegriff, den z. B. Perikles bei Thukydides gegenüber der politischen Lethargie als ein Charakteristikum der Demokratie herausstreicht, kann die Kritik dann die Geschäftigkeit auch negativ, die politische Enthaltsamkeit positiv bewerten, die erstere etwa Streitsucht, die letztere Vernunft nennen. Da die Vielgeschäftigkeit eine Konsequenz der Demokratie ist, tritt in Athen der Aktive in aller Regel als Demokrat, der

Passive gelegentlich als schlechter Demokrat oder gar als Antidemokrat auf. Insbesondere die Außenpolitik, die das wichtigste Thema aller Politik der Athener war und am tiefsten in das Leben des einzelnen eingriff, führte zu einer mehrschichtigen Bewertung der politischen Aktivität; denn die dynamische Machtpolitik war im Ausland und bei Gelegenheit auch in Athen umstritten. So vermochte dann das Gegensatzpaar „tätig“ und „untätig“ zum Synonym von „Kriegstreiberei“ und „Friedensliebe“ zu werden und war je nach Standpunkt der Aktiveren ein eifriger demokratischer Politiker oder ein politischer Phantast, der Zurückhaltende ein friedliebender Mensch oder ein selbstsüchtiger Egoist. Durchwegs aber wurde der Einsatz für die Stadt als hohe demokratische Tugend angesehen, und wer etwa als Geschäftsträger, Offizier oder Ratsherr seine Pflichten mit Eifer getan, eventuell sogar Besonderes geleistet oder als unbestallter Bürger sich für sich für das Wohl der Stadt mehr als andere hervorgetan, eventuell größere finanzielle Leistungen erbracht hatte, dessen Ehrgeiz (philotimta) wurde gegebenenfalls öffentlich in Ehrendekreten herausgestellt und er selbst auch mit einem Kranz geehrt. (Bleicken, S. 392f)

Der größte Teil dieser Betriebsamkeit spielte sich vor Gericht ab. Demokratie bedeutete für die alten Griechen nicht vorrangig Legislative, wie es der Parlamentarismus, und vor allem der heutige Pseudo-Parlamentarismus glauben machen. Die Gesetze galten eher als schützenswertes Erbe, nicht als Feld beliebiger Innovation. Demokratie bedeutete vielmehr, neben der Abwesenheit einer starken Exekutive, die gemeinschaftliche Ausübung der Judikative. Die Gerichte waren Laiengeschworenengerichte außergewöhnlicher Größe. Um jede Korruption zu vermeiden wurden sie von Tausenden Bürgern gebildet, sodaß jeder einzelne Bürger abwechselnd mehrmals zu Gericht saß. Die jeweiligen Geschworenen wurden aus allen Bürgern, die älter als dreißig Jahre waren, ausgelost. Kläger und Verteidigung traten vor diesen riesigen Tribunalen auf, Entscheidungen wurden durch Abstimmung gefällt.

Die alten Griechen kannten dabei schon eine Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Recht. Letzteres wurde ihnen zum Verhängnis.

Öffentliches Recht betraf die politische Sphäre. Die nüchternen Griechen erkannten die Problematik einer wachsenden politischen Sphäre zwar relativ klar, die errichteten Hemmschwellen erwiesen sich aber als ungenügend. Diese Hemmschwellen waren durchaus vorbildlich, angesichts der heutigen Klagswut ließe sich hier gewiß etwas von der Antike lernen. Ein Privatprozeß konnte jederzeit durch einen Vergleich beendet werden, doch bei einer Klage in öffentlicher Angelegenheit wurde eine hohe Strafe bei Rücktritt des Anklägers verhängt – eine hohe Geldstrafe und *Teilatimie*. *Atimie* war der Verlust der Bürgerrechte; in diesem Fall war die Folge der Verlust des Rechtes, jemals wieder eine öffentliche Klage zu erheben. Man war sich bewußt, daß das Politisieren eine gefährliche Sache war und nicht leichtfertig betrieben werden sollte. Dieselbe Strafe wurde verhängt, wenn der Ankläger weniger als ein Fünftel der richtenden Mitbürger überzeugen konnte. Doch all dies konnte nicht verhindern, daß einerseits die Masse als Ganze irrte und von einer

Klagswut erfaßt wurde, und andererseits einzelne, besonders Gewiefte, durch strategische Klagen persönlichen Vorteil suchten. Beide Probleme gingen Hand in Hand, denn letztlich mußten die Mitbürger überzeugt werden:

Die großen Gerichte wurden nun, insbesondere bei öffentlichen Fällen, zum fröhlichen Jagdgebiet für demagogische Redner und Informanten. Eine solche Entwicklung scheint sich in Argos sogar früher als in Athen zugetragen zu haben. Die Demokratie erreichte ihre Vervollkommenung, indem sie die Menschen zu den Richtern in allen Angelegenheiten machte; doch dadurch diskreditierte sie sich auch aufs Größte. (Ehrenberg S. 74)

Ein wichtiges Beispiel für eine solche Entehrung der Demokratie durch panisches Richten war der Arginusenprozeß. Nach dem Sieg in einer Seeschlacht vor den Arginuseninseln waren die Schiffbrüchigen nicht gerettet worden. Daraufhin brach große Wut unter den Athenern aus, die ihre Nächsten scheinbar wegen Feigheit verloren hatten. Gegen acht von zehn Strategen wurde vor

Gericht Klage erhoben. Sie brachten zu ihrer Verteidigung vor, daß ein Sturm aufgezogen war, der Bergemaßnahmen verunmöglicht hatte. In der Tat waren die Trieren völlig ungeeignet für höheren Wellengang, es waren Schönwetterschiffe für kleinräumige Schlachten. Sie mußten danach stets wieder an Land gezogen werden. Doch die Menge steigerte sich in ihre Wut, wohl angefacht durch pathetische Redner. Die angeklagten Strategen wurden allesamt, entgegen des Gesetzes, zum Tode verurteilt. Jene sechs, die das Pech hatten, bereits nach Athen heimgekehrt zu sein, wurden hingerichtet. Kurz darauf quälten die Athener Gewissensbisse. Neue Wut kam auf. Sie begannen nun, gegen die Wortführer vor Gericht Klage zu erheben und diese ihrerseits hinzurichten.

Diese Wut wurde besonders dadurch verstärkt, daß wohl der Eindruck entstanden war, einzelne hatten die Trauer um den Verlust ausgenutzt, um persönliche Rechnungen zu begleichen und Konkurrenten auszuschalten. Immerhin waren die Strategen eines der wenigen Wahlämter mit gro-

ßer Machtbefugnis, aber eben auch entsprechendem Risiko, wie die Episode deutlich macht. Die Athener waren sich bewußt, daß ihre Demokratie am Ende wäre, sobald einzelne ihre persönliche Agenda auf politischem Wege beförderten.

Sykophanten

Jene, die in der Politik, vor Gericht, in den Versammlungen oder im Amt einen persönlichen Vorteil suchten, schmähte man als *Sykophanten*. Das bedeutet wortwörtlich übersetzt „Feigenentdecker“. Die Feige galt als Symbol des Obszönen, aber auch als schmackhafte Frucht, die man durch bloßes Schütteln der Feigenbäume ernten kann. Gemeint war ein versteckter Vorteil kraft des politischen Mittels, im Gegensatz zum ökonomischen Mittel. Dieser Vorteil war obszön und mußte sich hinter dem Feigenblatt eines Gemeinwohl-Alibis verstecken. Aristophanes schildert in seinem Theaterstück „Die Ritter“ folgende Episode:

Paphlagonier zum Demos: Herr, weißt du was? Wir halten gleich Versammlung, Da wirst du sehn, wer dir

ergebner ist; Entscheide selbst, wer deine Gunst verdient!

Wursthändler: Tu das, jetzt gleich, und nur nicht auf der Pnyx!

Demos: Ich mag an keinem andern Ort mich setzen Als auf der Pnyx, wie immer; laßt uns gehn!

Wursthändler gegen die Zuschauer: Weh mir, so ist's um mich geschehn! – Der Alte, Zu Haus ist er ein ganz vernünft'ger Mann, Doch sitzt er auf der Steinbank, sperrt das Maul Er auf, wie Knaben, die nach Feigen schnappen.

Demos und Paphlagonier setzen sich auf die steinernen Bänke, die den Versammlungsplatz des Volks – die Pnyx – vorstellen.

Die Beobachtung des nüchternen Geschäftsmannes, der bei der Volksversammlung seinen Würststand betreibt, erinnert an Goethes ernüchterten Ausruf über seine Landsleute:

Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen ist.

Wenn wir schon bei Goethe sind, sei gleich noch einmal seine wunderbare Warnung wiederholt, die

auch als Schlußsatz zur antiken Erfahrung mit Demokratie – der wohl bestmöglichen – hält:

Nichts ist widerwärtiger als die Majorität: denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich accomodiren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne nur im mindesten zu wissen was sie will. (Goethe: Wilhelm Meister's Lehr- und Wanderjahre, S. 267)

Diese Schelme, die sich akkomodieren, d.h. sich arrangieren, waren bei den Athenern die *Sykophanten*. Jochen Bleicken beschreibt das ambivalente Verhältnis der Athener zu dieser Klasse, die am ehesten heutigen „Politikern“ entspricht:

In den „Ekklesiazusen“ lässt Aristophanes einen seiner Akteure sagen, dass alle Athener Sykophanten seien, und in seinem letzten Stück dem „Plutos“, hat er das Sykophantenunwesen in einem besonderen Exkurs gegeißelt. Der Sykophant wird hier dargestellt als Geschäftemacher, als allzu betriebsamer, unehrenhafter Mann, der sein Geld mit dem Unglück anderer verdient. Aber die Rechtfertigung, die in diesem Stück der Sykophant selbst vorbringt, zeigt nicht minder

deutlich seine demokratische Funktion: Er ist der Helfer des Gesetzes und als solcher ein rechtschaffener Demokrat; er steht gleichsam für die Demokratie, und sein Gegner ist deren Feind. Der Missbrauch der Popularklage belastete indessen das demokratische Leben erheblich, und der Hass der Menschen auf die berufsmäßigen Ankläger war berechtigt. Diese selbsternannten Staatsanwälte schützte kein abstrakter Staatsbegriff und nicht die Würde des Amtes; ihnen haftete der Geruch des Kopfgeldjägers an. „Er rennt über die Agora wie eine Natter oder ein Skorpion mit aufgerichtetem Stachel“, sagt der Autor einer dem Demosthenes zugeschriebenen Rede von Aristogeiton, einem stadtbekannten Sykophanten. (Bleicken, S. 420f)

Bemerkenswert ist, daß die Athener so pflichtbewußt waren, sich Fehler einzugestehen, wenn sie den falschen Rednern gefolgt waren und diese dann zur Rechenschaft zogen. Die Athener konnten wohl deshalb die höchstmögliche Demokratie am Leben halten, weil sie nicht idealistisch waren, sondern so realistisch, ihre eigene Manipulierbarkeit anzuerkennen. Darum ist auch die Wut nach

dem Arginusenprozeß verständlich. In den Augen der Athener war dies die Bankrotterklärung ihrer Demokratie gewesen. Es ist kein Zufall, daß kurz darauf die Demokratie zugrunde ging:

Dieser Arginusenprozeß wurde von den Zeitgenossen als Beleg dafür herangezogen, daß die Versammlungsdemokratie eine schlechte Regierungsform sei. Im nächsten Jahr erlitten die Athener eine endgültige Niederlage in der Seeschlacht von Aigos Potamoi und wurden vier Monate lang durch die Spartaner belagert. [...] Die Demokratie, sagten die Leute, hatte Bankrott gemacht. Die Oligarchen, in Hetairien organisiert, traten wieder an die Spitze, unter Theramenes und Kritias, dem Onkel von Platons Mutter. Sie hatten die Hilfe der Spartaner, die durch die Anwesenheit ihrer Flotte unter Lysander das Volk zwangen, ein Dekret zu verabschieden, das eine Kommission von dreißig Männern einsetzte, die die Stadt regieren und durch eine Gesetzesrevision die hergebrachte Verfassung wieder einführen sollte. Die Dreißig wurden dementsprechend eingesetzt, und errangen durch ihre unnachsichtigen Maßnahmen gegen Sykophanten eine kurze Popularität, aber schnell verwandelten

sie sich in eine herrschende Junta und verdienten alsbald mit vollem Recht den Namen, mit dem sie dann immer benannt wurden, die „Dreißig Tyrannen“. Kritias führte den extremen Flügel der Oligarchen, und als Theramenes gegen die Grausamkeit ihrer Handlungen protestierte, wurde er auf der Stelle hingerichtet. Eine spartanische Besatzung saß auf der Akropolis, und mehr als 1500 Bürger wurden getötet, während die Elf, die das Gefängnis verwalteten, ein Kollegium von Zehn, das den Piräus regierte und ein Korps von 300 Peitschenträgern das ganze Gesetz darstellten, das für die anderen übrig war; und diese waren schließlich sogar auf nur 3000 Vollbürger reduziert, während alle anderen Athener ihres Bürgerrechts beraubt, entwaffnet und aus Athen vertrieben wurden. (Hansen, S. 41)

Zwar wurde die Demokratie später wieder hergestellt, doch das Trauma war groß. Kurz darauf geschah ein weiteres Fehltritt, mit dem sich die athenische Demokratie bis heute schwer befleckte. Von Kritikern wurde es später immer wieder als Fanal der Demokratie und Illustration ihrer Schwächen angeführt, doch diese Kritik ist etwas

übertrieben. Dieses Fanal war der Prozeß gegen den Philosophen Sokrates, dem die Verführung der Jugend vorgeworfen wurde. Jochen Bleicken stellt den Kontext dar und nimmt damit die athensische Demokratie etwas in Schutz:

[...] der Prozeß des Sokrates war noch überschattet von der militärischen Niederlage in diesem Krieg und von dem politischen Umsturz von 404/03. In solchen Zeiten suchen die Menschen nach den Ursachen des Unglücks und nach Schuldigen. Selbstsicherheit und Selbstvertrauen, die in glücklicheren Zeiten sogar schwerwiegendere Dinge zu übersehen gestatten, wichen der Unsicherheit; die Athener glaubten, in dem Geschehen das Wirken rächender Gottheiten zu sehen. In dieser Situation boten sich die Schuldigen wie von selbst an: Die Philosophen bzw., wie man damals sagte, die Sophisten waren die Übeltäter, die mit der Infragestellung alles Überkommenen, mit ihrer Kritik an der Existenz von Göttern und ihren geistreichen Formulierungen überall Zulauf und insbesondere unter den vornehmen jungen Leuten begeisterte Anhänger oder doch wenigstens interessierte Zuhörer fanden. Seit der Mitte des 5. Jahrhunderts, etwa zugleich

mit der Vollendung der Demokratie, waren diese „Lehrer der Weisheit“ aufgetreten und war die „Es-ist-ja-alles-relativ-Philosophie“ in Mode gekommen. Die Götter und die elterliche Erziehung im Sinne der Anerkennung der alten Traditionen und darunter auch der demokratischen Lebensanschauung schienen in Frage gestellt zu werden. Der Übermut und die Freizügigkeit der jungen Leute hatten bereits im Jahr 415, als vor der Ausfahrt der Flotte nach Sizilien nachts viele Hermesstatuen mutwillig beschädigt und mit den heiligen Mysterien Frevel getrieben worden waren, viele Athener erschreckt und ein grausames Strafgericht provoziert.

Wenn die Athener, aufgerüttelt durch Vorkommnisse wie diese, Religion und Moral als die Garanten von Sicherheit und Ordnung verteidigen zu müssen glaubten und einige Sophisten als die vermeintlich Schuldigen aburteilten, dürfen wir darin nicht eine grundsätzliche Einschränkung der Rede- und Gedankenfreiheit sehen. Es zeigt sich darin lediglich, daß die Athener unter dem Druck schwerer Belastungen empfindlicher reagierten. Doch die angeführten Beispiele beweisen auch, daß es in Athen selbst in solcher Lage zu keinem völligen Bruch mit der demokratischen Tradition

kam. Denn man begnügte sich damit, Exempel zu statuieren, und ließ sogar denen, an denen man ein Exempel statuieren wollte, noch einen gewissen Spielraum zum Rückzug. Selbst im Falle des Sokrates, der trotzig und verletzend diese Möglichkeit ausschlug, waren viele seiner Richter für einen Freispruch; er wurde mit 281 gegen 220 Stimmen für schuldig erklärt, und 201 von den 501 Richtern sprachen sich in der auf den Urteilsspruch folgenden Abstimmung über die Festsetzung des Strafmaßes gegen die Todesstrafe aus. Das Urteil über Sokrates war kein Akt geistigen Terrors. Die Anklage war vielmehr das Symptom einer allgemeinen Verunsicherung und, verglichen mit einer normalen Situation, nach Form und Inhalt sicher übertrieben, vielleicht sogar auf dem Hintergrund der Gerichtspraxis ungerecht, auf jeden Fall ungewöhnlich. Die Hinrichtung war dagegen eine von Sokrates selbst zumindest mitverschuldete Panne. (Bleicken, S. 348f)

Staatsfinanzierung

Eine wachsende politische Sphäre bedeutet größere Staatsausgaben und damit die Notwendigkeit größerer Staatseinnahmen. Bei den Athenern war

dieser Zusammenhang ganz unmittelbar: Mehr Politik bedeutete mehr Partizipation, mehr Partizipation bedeutete höhere Diäten. Kein Regime zeigte seitdem eine so direkte Wechselwirkung. Wenn von Staatsausgaben die Rede ist, so stimmt dies freilich allenfalls für die von Tyrannen dominierte Spätphase. Ursprünglich hatte die Polis kein eigenes Budget. Alle gemeinsam aufgebrauchten Mittel gehörten schlicht den Bürgern gemeinsam. Wenn es Überschüsse gab, so wurden sie wieder an die Bürger zurückgezahlt. Ehrenberg – wenn ich den Staatsbegriff der Einfachheit so verwende wie er, dürfen wir nicht vergessen, daß der Staat im heutigen Sinne damals nicht existierte – erläutert:

Ein Staatsbudget war vor der hellenistischen Zeit unbekannt. Dies war praktikabel aufgrund der Einfachheit der Finanzverwaltung, und diese Einfachheit wiederum war möglich durch geringen Finanzerfordernisse des Staates; die deutliche Knappheit von Edelmetallen war ein weiterer Grund. Einige Sphären, in denen der moderne Staat finanziell involviert

ist, existierten für die Polis praktisch nicht (z.B. Bildung, Sozialleistungen, öffentlicher Verkehr); andere wurden zumindest teilweise der Finanzierung durch Individuen überlassen. Dazu gehörten militärische Ausrüstung und die verschiedenen Formen von „Liturgien“, zu denen in oligarchischen Staaten noch Amts- und Gerichtsdienste kamen. (Ehrenberg, S. 83)

Steuern waren ein Zeichen der Tyrannis und wurden als eines Bürgers unwürdig angesehen. Besonders verschrien war die „Tyrannensteuer“ von Peisistratos von für damalige Verhältnisse besonders unverschämten zehn Prozent. Nur in existenziellen Notlagen, wie dem peloponnesischen Krieg, wurden außergewöhnliche Steuern erhoben. Doch der Begriff ist eigentlich nicht angebracht, vielmehr handelte es sich um eine Kollekte. Jede Sammlung mußte einzeln in der Versammlung durch die Bürger beschlossen werden. Die Armen waren völlig davon ausgenommen. Dennoch mußten politische (damals insbesondere kultische) Aufgaben finanziert werden. Bleicken zählt die

damaligen Finanzquellen auf:

Da der Gedanke der Besteuerung in der frühen und hohen Adelszeit noch nicht vorhanden war, bestanden die Einnahmen der Stadt zunächst ausschließlich aus der Nutzung des städtischen Vermögens und aus Strafgeldern. Die Stadt selbst besaß nur wenig Land, umfangreicher war der Landbesitz von Heiligtümern und für den Haushalt noch wichtiger die Silbergruben von Laureion, die deswegen, weil unabhängig vom Eigentum der Erdoberfläche alle Bodenschätze der Stadt gehörten, staatliche Domäne waren. Alle Einnahmen aus städtischem Eigentum wurden in Ermangelung einer Finanzbürokratie an Private verpachtet. [...] Die Einnahmen aus Konfiskationen, von denen ein Zehntel an die Göttin gingen, konnten beträchtlich sein; das Vermögen des von Lykurgos angeklagten und zum Tode verurteilten Grubenbesitzers Diphilos erbrachte 160 Talente, wovon damals jeder Bürger 50 Drachmen erhielt. [...] Neben konfiszierten Gütern fielen auch Strafgelder an, die von Gerichten oder Beamten verhängt worden waren. Sie wurden von Praktores (praktor, „Verrichter“, „Exekutor“) genannten Beamten eingetrieben. Eine beträchtliche Summe erbrachten ferner die Gerichtsgebühren

(prytaneia), die von den Parteien vor Prozeßbeginn bei dem Vorsitzenden Beamten zu hinterlegen waren. [...] Vor allem die Pachtgelder und die Gerichtsgebühren bildeten einen relativ festen und zudem nicht ganz geringen Posten unter den Einnahmen, und zählt man die nicht unbeträchtlichen Summen aus Verkäufen und Strafgeldern sowie bei Gelegenheit eine nicht unbeträchtliche Einnahme durch Kriegsbeute, unter die auch das Lösegeld für Kriegsgefangene zu zählen ist, hinzu, stand der Stadt eine für antike Verhältnisse nicht ganz kleine Summe zur Verfügung. Angesichts des wachsenden Geldbedarfs in demokratischer Zeit genügten diese Einnahmen jedoch bei weitem nicht zur Deckung der Ausgaben, und man mußte daher zur Ergänzung der traditionellen Einnahmequellen sich etwas Neues einfallen lassen. (Bleicken, S. 294f)

Damit werden einige verheerende Anreize deutlich. Die Klagsflut nährte die Politik, und die Politik nährte die Klagsflut. Dabei handelt es sich um eine Konstante der Geschichte. Zudem stiegen die Einsätze in der Politik. Je mehr Politik zu einer Existenzfrage wird, desto besser für die Politik,

denn umso bedeutsamer wird sie. Der verheerendste Anreiz bestand wohl in den Konfiskationen nach Todesurteilen und Verbannungen. Sollten sich moderne Leser hier allzu moralisch erheben über die Athener fühlen, seien sie daran erinnert, daß der heutige Staat nicht im Ausnahmefall, sondern im Regelfall konfisziert. Die athenische Rechtsprechung war weitgehend auf Opferentschädigung reduziert; heute ist der Staat in der Rechtsprechung so wie die Bank im Casino: derjenige, der immer gewinnt, egal ob sich das Recht durchsetzt oder nicht.

Die steigenden Einsätze vergifteten nach und nach das politische Klima in Athen. Im Keim war alles schon da, was wir heute aus der „Politik“ kennen, doch halten wir dies heute für die Regel der Demokratie, die Athener erkannten in diesen Erscheinungen jedoch den Anfang des Niedergangs und versuchten, sie zu hemmen und zu bekämpfen, soweit es ging.

Parteien

Eine dieser Erscheinungen des Niedergangs sind Parteien. Für die Athener war klar: Parteien und Demokratie passen nicht zusammen. Das sehen wir schon an den Begriffen, die sie verwendeten. Aristoteles spricht einmal von Parteien, und zwar in folgendem Kontext:

Es gab drei Parteien, erstens, die Küstenbewohner mit Megakles, dem Sohn des Alkmeon an der Spitze, die am ehesten eine gemäßigte Verfassung anzustreben schienen; zweitens, die in der Ebene Wohnenden, welche die Oligarchie wünschten. Ihr Anführer war Lykurg. Drittens, die Bergbewohner mit ihrem Anführer Peisistratos, der am volksfreundlichsten zu sein schien. Diesen schlossen sich wegen ihrer Armut die an, die gerade von ihren Schulden befreit worden waren, wie auch aus Furcht die, deren Herkunft nicht makellos war. (Aristoteles: Der Staat der Athener (Athenaion politeia), 13.4.)

Das Wort, das er verwendet ist *στάσις* (*stasis*). Aufschlußreich ist, daß dieses Wort nur selten neutral für die Bezeichnung einer Gruppe verwen-

det wurde, sondern meist in der negativen Bedeutung „Bürgerkrieg“. Aufgrund des obigen Zitates von Aristoteles wird der Zusammenhang deutlich: Sobald sich die Gemeinschaft in Gruppen spaltet, die ihre getrennten Interessen auf politischem Wege verfolgen, besteht ein kalter Bürgerkrieg, der jederzeit zu einem heißen werden kann. Der Wortgebrauch ähnelt dem englischen Wort *faction*, das früher auch im Deutschen gebräuchlich war. Ein anderer Begriff, der am ehesten der Bedeutung „Partei“ entspricht, war *hetairikon*. Auch hierbei wird klar, daß diese Bedeutung von den alten Griechen als geradezu antithetisch zur Demokratie empfunden wurde:

Hetaireia und hetairikon, abgeleitet von hetairos, sind weitere Wörter, die oft mit „Partei“ übersetzt werden, aber hetairos ist der Kamerad oder Genosse, und „Vereinigung von Genossen“ wäre eine bessere Übersetzung seiner Ableitungen als „Partei“. Insofern sie politisch sind, beziehen sich diese Wörter jedenfalls auf die Zeit der oligarchischen Revolutionen in Athen und werden von den oligarchischen Aktionskomitees

gebraucht, die die Demokratie stürzten. Sie waren keine politischen Parteien, sondern revolutionäre Zellen, und ein (wahrscheinlich in der Zeit 410 bis 404 verabschiedetes) Gesetz schrieb vor, daß gegen jeden, „der versucht, die Demokratie abzuschaffen oder ein hetairikon zu bilden“, mit einer Eisangelie [öffentlichen Klage] vorzugehen sei. (Ein weiterer Ausdruck ist synomosia. Er bezeichnet Personen, die sich eidlich miteinander verbunden haben, also Verschwörer [...].) (Hansen, S. 290)

Je ein Zitat von Jochen Bleicken und Morgen Hansen erläutern den anderen Zugang zur Politik, der die Demokratie von der Parteien-„Demokratie“ unterscheidet:

Den Athenern fehlte demnach das, was für den heute politisch Tätigen so selbstverständlich ist: das politische Programm. Der moderne Mensch denkt ausschließlich in Programmen; ohne sie ist er orientierungslos. Er Athener weiß nichts von vorgegebenen politischen Leitlinien und Handlungsmaximen. (Bleicken, S. 371)

Die Politik wurde durch die Debatten in der Volksversammlung gemacht und nicht durch Hinterzim-

merverhandlungen politischer Führer im Namen politischer Parteien, weil es eben keine politischen Parteien und keine organisierten Interessengruppen gab. (Hansen, S. 298)

Hansen bietet eine gute Zusammenfassung, indem er einen alten Griechen selbst Antworten geben läßt, um die politische Ordnung Athens zu erklären:

Wenn wir eine Zeitreise in die Zeit des Demosthenes unternehmen und einem gewöhnlichen Athener die Frage stellen könnten: „Wer ist in Athen kyrios [Herrscher]?“, dann weisen alle Quellen darauf hin, daß die unmittelbare Antwort sein würde: „Die Gesetze“ (hoi nomoi). Wenn er aber gefragt würde: „Welche Personen sind kyrioi“, dann würde er wahrscheinlich sagen: „Der demos ist kyrios“, aber dabei würde er demos in dem Sinne verwenden, daß es das ganze Volk, d.h. den Staat Athen bedeutete, und nicht den einfachen Mann oder die Armen wie Platon oder Aristoteles uns gesagt hätten. Weiter wollen wir annehmen, daß die Fragen noch eine Stufe weitergetrieben würden, indem wir fragten: „Wie und wo übt der athenische demos seine oberste Gewalt aus?“ Die zu

erwartende Antwort würde dann lauten: „In der ekklesia auf der Pnyx, wo das Volk zusammenkommt und Entscheidungen über alle wichtigen Angelegenheiten trifft.“ (Hansen, S. 314)

Lob & Kritik der Demokratie

Der Leser ist womöglich über meine bislang recht positive Darstellung der Demokratie überrascht. Ich halte die athenische Demokratie für eine besonders lehrreiche Episode über die Sonnen- und Schattenseite einer Mehrheitsherrschaft. Und – wie gesagt – ein moderner „Demokrat“ hüte sich vor dem Hinweis, daß es auch bei den alten Griechen nur eine Minderheit der Bevölkerung war, denn sie war weitaus größer als heute, wenn man nicht Kreuzemalen leichtfertig mit Herrschaft gleichsetzt. Eben darum meine kritisch-positive Darstellung: Der Kontrast zu heute ist allzu scharf. Natürlich gibt es auch negative Kontraste: Je demokratischer ein System, desto näher ist es an der Lynchjustiz.

Interessant ist, daß die athenische Demokratie

heute im Allgemeinen viel positiver dargestellt wird als in der Geschichte – ich bin da offenbar keine Ausnahme, aber die Gründe sind andere. Moderne „Demokraten“ hätten natürlich gerne eine historische Präzedenz bei einem Kulturvolk, verwischen dabei aber stets die deutlichen Unterschiede. Ich bin davon überzeugt, daß heutige „Demokratien“ nach altgriechischem Sprachgebrauch eher als „oligarchisch orchestrierte ochlokratische Tyrannis“ zu bezeichnen wären, um ein Wortungetüm zu prägen, das der Sache gerechter wird. Ochlokratie – die Pöbelherrschaft – verwenden schon die Kritiker der Antike, um den damaligen Status quo auszudrücken. Die meisten historischen Beobachter waren aus berechtigten Gründen skeptisch gegenüber der Demokratie, angefangen bei den Beobachtern der Zeit selbst:

Feinde der Demokratie überwiegen bei den auf uns gekommenen Autoren bei weitem, und diejenigen, die einen demokratischen Standpunkt vertreten, sind nicht schon allein darum Demokraten; denn die meisten von ihnen machen ihre Aussagen im Theater oder

vor Gericht, das heißt vor der versammelten Menge der Athener, und können folglich nicht mit derselben Ungezwungenheit formulieren wie Philosophen oder Historiker, die bei ihren Gedanken nicht von einem Publikum abhängig sind, jedenfalls nicht von einem, das anwesend ist. Man kann zunächst ohne Einschränkung sagen, daß die Historiker und sämtliche nachsokratischen Philosophen nicht nur keine Freunde, sondern Gegner der Demokratie waren. [...] Das Lob der Demokratie hingegen hat im Athen des 5. und 4. Jahrhunderts gewiß nicht weniger zahlreiche Autoren gefunden, aber eben nur wenige, die der Überlieferung auf die Nachwelt für wert befunden wurden. Die geistige Elite stand, anders als heute, politisch überwiegend abseits. (Bleicken, S. 439f)

Doch auch später schloß sich die Mehrzahl der Philosophen und Historiker dem negativen Urteil an. Das änderte sich eben erst mit der Moderne. Mag es daran liegen, daß mit all dem modernen Gerede von der individuellen Freiheit diese Freiheit in Wirklichkeit unter die Räder kam? Ein Beispiel eines gewichtigen Historikers, der die athenische Demokratie scharf kritisierte, ist Jacob

Burckhardt. Sein Urteil ist scharf, weil es aus einer liberal-individualistischen Werte formuliert ist. Er beklagt, wie ein weiterer wichtiger Historiker – Fustel de Coulanges (siehe Scholien 01/12, S. 25ff) – die Einschränkungen persönlicher Freiheit in der Antike. Daß mein Urteil in dieser Hinsicht zwar kritisch, aber nicht durchwegs negativ war, liegt wohl am Vergleich zur Gegenwart. Das ist eben das Verblüffende an unserer Zeit: Nach heutigen Maßstäben leben wir in den freiest denkbaren Gesellschaften, nach vergangenen Maßstäben jedoch unter drückender Tyrannei. Bei dieser Aussage werden die meisten den Kopf schütteln; doch wir dürfen nicht vergessen, daß in der Vergangenheit die Würde mehr galt als die körperliche Unversehrtheit. Wir wissen nicht, wie Burckhardt moderne „Demokratien“ im Vergleich zur Antike beurteilt hätte. Wir kennen nur sein scharfes Urteil über die Antike:

Nach außen ist die Polis trotz aller Bündnisse usw. in der Regel isoliert und oft in Lebenskonkurrenz mit den nächsten Nachbarn, im Kriege aber herrscht ein

schreckliches Kriegerrecht.

Im Innern wird sie dem Einzelnen höchst furchtbar, sobald er nicht völlig in ihr aufgeht. Ihre Zwangsmittel, von denen sie ausgiebigen Gebrauch macht, sind Tod, Atimie und Exil. Und zwar gibt es, von dem besonderen Falle abgesehen, daß Athen die Prozesse seiner Hegemoniestädte vor seine Tribunale zog, keine Appellation an eine auswärtige Instanz mehr; sie ist völlig unentrinnbar, da ein Entrinnenwollen den Verzicht auf alle Sicherheit der Person in sich schließt. Mit der Staatsallmacht aber geht der Mangel an individueller Freiheit in jeder Beziehung Hand in Hand. Kultus, Festkalender, Mythen – Alles dies ist einheimisch; so ist der Staat zugleich eine mit dem Rechte Asebieklagen anzustrengen ausgestattete Kirche, und dieser vereinigten Macht erliegt der Einzelne vollständig. Mit Kriegsdienst gehört er der Polis leiblich in Rom bis zum sechsundvierzigsten Jahre, in Athen und Sparta lebenslang; mit seiner Habe hat sie ihn völlig in der Gewalt und kann auch schon für mancherlei Güter die Werte bestimmen. Kurz, gegenüber der Polis und ihren Interessen fehlt jede Garantie von Leben und Besitz. Und zwar besteht diese Staatsknechtschaft des Individuums unter allen Ver-

fassungen, nur wird sie unter der Demokratie, als sich die verruchtesten Streber für die Polis und deren Interesse ausgeben, d.h. den Satz *salus rei publicae suprema lex est* [Das Wohl des Gemeinwesens ist das höchste Gesetz] in ihrem Sinne interpretieren konnten, am drückendsten gewesen sein. Die Polis hat sich also das Wenige von Sicherheit, was sie gewährte, möglichst hoch zahlen lassen.

Wenn sich nun aber auch in den guten Zeiten das Höchste und Edelste, was in dem Griechen lebt, auf die Polis bezog, so war sie im Grunde seine Religion. [...]

Da die Polis das Höchste und die eigentliche Religion der Hellenen ist, so haben die Kämpfe um sie auch die volle Schrecklichkeit von Religionskriegen, und jeder Bruch mit ihr hebt das Individuum aus allen Fugen. Da wird denn der Bürgerkrieg bejammert als der scheußlichste, schlimmste, gottloseste und Göttern und Menschen verhaßteste aller Kriege, allein den Frieden brachte eine solche Erkenntnis nicht. In mancher Polis war und blieb die jedesmalige Verfassung eine mit allen Schreckensmitteln aufrecht gehaltene Orthodoxie. Daß man die Fiktion vom unbedingten Bürgertum höher gespannt hatte, als die

menschliche Natur auf die Länge erträgt, durfte einstweilen Niemand laut sagen, aber die heimliche, innerliche Abwendung der Fähigen, welche allmählich eintrat, war nicht zu beseitigen, und mit der Zeit fehlten auch diejenigen nicht, welche sich sehr laut und mit offenem Trotz dazu bekannten. Die philosophische Ethik folgte dann nach, indem sie ihre frühere Verflechtung mit dem Staat aufgab und eine allgemein menschliche wurde, und bei Epikur und seiner Schule ist die Polis, entblößt von aller fieberhaften Vergötterung, nur noch ein Sicherheitsvertrag Aller mit Allen. Die wirklichen Poleis aber, zerrüttet wie sie waren, fuhren nach Kräften fort auf dem Wege der Gewaltsamkeit. (Burckhardt 1898-1902)

Burckhardts Kritik ist deutlich als Staatskritik erkennbar. Diese Perspektive ist modernen Historikern freilich fremd. Jeder „Staatus quo“, jeder real existierende Etatismus wird die Kritik eines seriösen Philosophen, der es sich nicht gemütlich auf Staatskosten eingerichtet hat, hervorrufen. So ist es auch mit der Demokratie. Die Tabuisierung des heutigen Status quo hinter dem Idealbegriff „Demokratie“ ist womöglich der größte intellektuelle

Betrug der Geschichte. Doch eben als Ideal würde ich die Demokratie ein wenig in Schutz nehmen: Wenn schon Polis, dann sind demokratische Verhältnisse ein verständliches, wenn auch kein sonderlich realistisches Ideal. Im kleinräumigen Kontext der Wortherkunft bedeutet dies eben folgendes: 1. Die Bewohner eines Ortes, also einer geographischen Haushaltskonzentration, sind mehrheitlich der Ansicht, ihre gemeinsamen Interessen erforderten einen institutionalisierten Rahmen. 2. Sie wählen nicht den einfachen Weg, diese Interessen kompetenter Verwaltung mit Rechenschaftspflicht zu überlassen, weil es keine Anbieter gibt, sie diesen nicht trauen, oder die Interessen laufende Abstimmung erfordern. Unter diesen zwei Annahmen kann es ein Ideal sein – wie gesagt, nicht sonderlich realistisch, aber auch nicht ausgeschlossen –, daß zumindest die Kontrollfunktion von einer möglichst großen Zahl an Bürgern verantwortlich wahrgenommen werden kann. Kurz, das demokratische Ideal bedeutet letztlich: Die Nachbarschaft besteht nicht in überwiegen-

dem Ausmaß aus Idioten oder Verbrechern. Leider vergrößern die Anreize einer politischen Sphäre die Anzahl an Verbrechern, z.B. „Politikern“, sodaß man wohl realistischerweise doch auf ein Überwiegen der Idioten hoffen sollte. Für die alten Griechen, denen wir das Wort zu verdanken haben, waren die Idioten nämlich jene Privatleute, die sich für das Gemeinwohl nicht interessierten. Vielleicht interessierten sie sich bloß nicht für Politik.

Ich möchte die staatsfreie Politik nicht ganz ausschließen, im Sinne einer Funktion des Ordners, Sicherens, Heilens, Richtens. Burckhardt hat bestimmt recht, daß die Bürger, die dem demokratischen Ideal entsprechen, allzu leicht „politische Streber“ sein können. Da sich die politischen Sphären aber nicht so leicht in Luft auflösen und womöglich anthropologisch bedingt sind, halte ich die Delegation der „Politik“ für schlimmer. Genauso ist es beim anderen schmutzigen Metier, das der „Politik“ so nahe ist: dem Krieg. Je eher diejenigen, die den Krieg wählen, dafür auch bluten

müssen, desto besser. Kollateralschaden ist dabei unvermeidlich, aber er ist umso geringer, je kleiner die Einheiten sind. Vielleicht ist die Direktdemokratie (nicht nur im Sinne der Abstimmungen, sondern vor allem im Sinne, daß sich dann auch möglichst alle Abstimmer die Hände selbst schmutzig machen) eine Möglichkeit, den Kollateralschaden der „Politik“ zu minimieren.

Kult der Kostenlosigkeit

Wie jeder menschliche Status quo ist auch der demokratische voll der Irrungen und Wirrungen, voll menschlicher Fehler, Dummheiten und vor allem Gemeinheiten. Darum ist das Ideal davon zu trennen, als möglicher Maßstab. So wie das Ideal des Marktes, daß Menschen zu beiderseitigem Vorteil tauschen, ohne zu betrügen und zu belügen, ohne der Versuchung zu erliegen, insgeheim die ökonomischen durch die einfacheren politischen Mittel zu ersetzen, vom Status quo zu trennen ist.

Seit ihrem Aufkommen hat die Demokratie auch

als Ideal eine gefährliche Schlagseite: den Egalitarismus. Als Ansatz, daß niemand über einen anderen das Schwert heben solle, sondern – wenn schon – alle zusammen ihre Schwerter für die gemeinsamen Interessen, ist der Egalitarismus verständlich. Dieser Waffenegalitarismus ist schließlich die Grundlage des demokratischen Ideals, auch wenn das heutige „Demokraten“, denen viel mehr an tyrannischer Entwaffnung liegt, nicht gerne hören. Doch diese aktive Bürgerrolle einnehmen zu können, erfordert doch einiges. Im besten Falle versteht man das Ideal als persönlichen Ansporn: Wenn du Demokratie willst, führe ein bürgerliches Leben, daß dir eine Existenzgrundlage bietet und die Möglichkeit, Mitverantwortung zu tragen. Aber man kann es eben auch als politisches Ideal mißverstehen. Man könnte hier vom „Münchhausen-Mißverständnis“ sprechen: daß sich die „Politik“ am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen kann. Ein solcher Erziehungsanspruch demokratischer Politik ist völlig widersinnig (weshalb es in Athen auch keinerlei Bil-

dungspolitik oder ähnliches gab). Wenn die Bürger noch nicht reif sind, wie soll da die Polis als Angelegenheit der Bürger reif genug sein, diese zu erziehen?

Ebenso verhängnisvoll wie der Irrtum des geistigen Egalitarismus als politischer Erziehungsauftrag ist der Irrtum des materiellen Egalitarismus als politischer Umverteilungsauftrag. Bürger zu sein, erfordert gewisse Mittel. Im geringsten Fall zumindest die Mittel, nicht zu verhungern. Darauf beschränkte sich die athenische Demokratie: Ihre Wirtschaftspolitik mischte sich allenfalls in Brotpreise ein, ansonsten war allen bewußt, daß wirtschaftliche Gleichheit nur bei Zerstörung von Freiheit und Demokratie möglich war. Umverteilung war stets die Losung von Tyrannen. Doch das oben erwähnte Schaugeld zeigt, ebenso wie die Versammlungsdiäten, daß doch der möglichst breite Zugang der Bürger zum Geschehen der Polis Teil des demokratischen Ideals war. Dieser Gedanke der Inklusion einer Mehrzahl der Bürger führte zu einer Kultur der Kostenlosigkeit: Ver-

mögende Bürger trugen *Liturgien*, d.h. die Auslagen für große kultische Anlässe, um der breiten Masse hierzu freien Eintritt zu bieten. Doch hat man sich einmal daran gewöhnt, wird man diese Schein-Kostenlosigkeit nicht mehr los, denn die Zahlungsbereitschaft der breiten Masse fällt dadurch gegen null. Daher lastete immer mehr Druck auf den zunächst freiwilligen Liturgien, bis sie in der Spätphase Athens eher Steuern ähnelten (freilich überlebte das die antike Wirtschaft nicht allzu lange).

Diesen geistigen und materiellen Egalitarismus halte ich für die Vergiftung des demokratischen Ideals, die letztlich das Ende jeder Demokratie einläutet. In dieser Einschätzung treffe ich mich mit den antiken Philosophen, was weniger für mich als für den Realitätssinn und die prophetische Gabe dieser Denker spricht. Diese Vergiftung geht mit einem Kult der Kostenlosigkeit einher: Darunter verstehe ich einerseits das Preisen des mühelosen Zugangs zu allem für jedermann, wodurch das demokratische Ideal seine ursprüng-

lich moralische Zugkraft verliert. Andererseits handelt es sich natürlich stets um einen Prozeß des Versteckens unvermeidlicher Kosten: die Peinlichkeit, daß irgendwer stets die Rechnung zu zahlen hat, wird hinter Feigenblättern verdeckt, die damit allerdings zugleich die Nutznießer tarnen. So beginnt das geistige und materielle Sykophantentum. Geistige Sykophanten sind Speichellecker, jene, die stets den Status quo als beste aller Welten preisen und der Masse gefallen wollen; materielle Sykophanten sind die unvermeidlichen Profiteure einer Politik der Kostenlosigkeit, die geschützt vor den Blicken der Masse agieren.

Facebook-Wirtschaft

Ich begann meine Diskussion der Demokratie mit einem Gedanken zu *Facebook*. Dieser Gedanke trägt noch weiter. Ich erkannte darin eine Analogie zur Etikettenschwindel-„Demokratie“, dem voraussetzungslosen und kostenlosen Stimmzettelregime, bei dem andere für die eigenen Kreuze bluten. Doch nicht nur politisch, auch wirtschaft-

lich läßt sich eine gewisse Analogie herstellen. In Anbetracht der historischen Perspektive quält mich diese Analogie. Sie quält mich, weil jene Tatsache ein Marktergebnis zumindest sein könnte, wenn sie es nicht ist. *Facebook* ist ein prototypisches Modell für eine neue Form des Wirtschaftens, die Kostenlosigkeit ebenso preist wie manch Irrweg des demokratischen Ideals. *Facebook* erscheint eben dadurch „demokratisch“, daß die Nutzung jedem frei steht, auch demjenigen, dem sie gar nichts wert ist. Der übliche Zusatz der „Demokraten“, „... der sie sich nicht leisten kann“, geht etwas an der Realität vorbei. Immerhin sind Rechner und Internet noch nicht völlig „demokratisiert“. Viel fehlt aber nicht mehr, *Smartphones* sind schon „kostenlos“.

Ich vermeine immer stärker zu spüren, wie sich die gesamte Wirtschaft dem Modell *Facebook* nähert. Dies ist aber gewiß weniger Kausalität als Symptom. Das neue Wirtschaften à la *Facebook* ersetzt als Signal Profit durch Aufmerksamkeit. Das alte Wirtschaften übernimmt zuerst Verantwortung für

den Einsatz knapper Produktionsfaktoren und versucht dann durch Wertschöpfung einen Preis zu erzielen, der über den Kosten liegt. Das neue Wirtschaften verläuft umgekehrt: Es bietet Gratis-Angebote und erwirtschaftet dadurch Aufmerksamkeit. Diese Aufmerksamkeit wird dann „monetisiert“ (an die Meistbietenden weiterverkauft, etwa Geheimdienste, Interessensgruppen oder im harmloseren Fall Werbe-*Spammer*), um damit am Ende die bislang geborgten Produktionsfaktoren zu zahlen. Die Selbstausbeutung in diesem Sektor ist dabei als geborgte Arbeit zu betrachten.

Diese Gratiskultur wird sowohl von Egalitären als auch von Liberalen gepriesen. Letztere sehen darin eine vorteilhafte Verbilligung (manchmal inkorrekt als „Deflation“ bezeichnet), wie sie Ausdruck jeder Produktivitätssteigerung ist, sodaß immer mehr Wohlstandsgenüsse einer breiten Masse zugänglich werden. Laut diesen Liberalen gäbe es noch mehr Dinge kostenlos oder beinahe kostenlos, wenn sie der Staat nicht zusätzlich verteuern würde. Eines Tages wäre das Wunder des Marktes

dann vollendet: Zwar gäbe es keine Arbeitsplätze mehr, aber auch keine Notwendigkeit für Arbeit, denn alle Wünsche würden kostenlos erfüllt. Ich zweifle daran, daß die Gratiskultur ein Ausdruck von Produktivitätssteigerung ist. Vielleicht ist das nur bourgeoise Zukunftsangst, aber ich habe ein schlechtes Gefühl bei diesem Wirtschaftswandel.

Dieses schlechte Gefühl teilt der Internetpionier Jaron Lanier. In seinem aktuellen Buch WHO OWNS THE FUTURE (Wem gehört die Zukunft?) malt er eine düstere Zukunft und versucht sich an Alternativvorschlägen. Er teilt meine Beobachtung, daß der Technologieoptimismus eine sozialistische und eine liberale Schlagseite habe, die sich verblüffend ähneln:

Bizarrely, the endgame utopias of even the most ardent high-tech libertarians always seem to take socialist turns. The joys of life will be too cheap to meter, we imagine. So abundance will go ambient.

Bizarrerweise scheinen die finalen Utopien selbst der glühendsten High-Tech-Libertären immer eine sozialistische Wendung zu nehmen. Die Freuden des

Lebens würden zu billig werden, um sie überhaupt noch zu verrechnen — so die Vorstellung. Der Überfluß würde damit allgegenwärtig. (Lanier 2013, S. 27)

So verblüffend ist dies aber gar nicht. Schließlich gaben die meisten klassischen Liberalen zu, die Ziele der Sozialisten zu teilen, nicht aber ihre Mittel. Die *abundance*, der Überfluß, von dem hier die Rede ist, klingt in der Tat etwas eschatologisch-utopisch, was zur Vorsicht mahnt. Abundanz kann Redundanz bedeuten, so wie Überfluß auch in überflüssig steckt. Was wird überflüssig? Laut Lanier, durchaus selbst ein Technoutopist, der Mensch, insbesondere jener, der von den Früchten seiner Arbeit lebt. „Kostenlos“ sieht er als gefährliches *Trade-off* an: Es bedeute letztlich, die Entscheidungsverantwortung über das eigene Leben abzugeben. Dieser Schluß mag überzogen sein, vielleicht trägt die Analogie aus dem Internet nicht für das reale Leben. Lanier ist davon überzeugt, daß das Geschehen im Internet nur eine Einstimmung auf das ist, was in anderen Industrien folgen wird. Die „Kostenlosigkeit“ sei eine Versuchung,

die kurzfristig bequem, aber langfristig verheerend ist:

Die anfänglichen Vorzüge wiegen nicht im Entferntesten die langfristigen Nachteile auf. Anfänglich verdient man etwas Geld beim Daytrading, bekommt einen unglaublich einfachen Kredit oder spart etwas Geld durch Couch-Surfing oder Gutscheine von einer Internetseite, doch dann kommt der blaue Brief, der Räumungsbescheid und die Halbierung der Ersparnisse beim Einbruch der Märkte. Oder man freut sich daran, Musik kostenlos herunterzuladen, realisiert aber später, daß eine Musikkarriere unmöglich ist, weil es in dem, was einst die Musikindustrie war, kaum mehr Mittelschicht-Jobs mit sicherem Gehalt gibt. Vielleicht freut man sich an den extrem billigen Preisen im Lieblingsgeschäft, muß dann aber erkennen, daß die Fabrik, für die man hätte arbeiten können, zusperrt. [...] Das ist ein Muster, das wir immer wieder sehen, wenn Menschen mit den Top-Netzwerkservern interagieren. Man bekommt zuerst ein unglaublich attraktives Angebot, wie supereinfache Hypotheken, wahnsinnig billige Konsumgüter oder kostenlose Online-Dienste oder Musik, doch langfristig ist man auch mit schlechteren Arbeits-

marktaussichten konfrontiert. In diesem Beispiel [siehe unten] bekommt man momentan kostenlose Online-Bildung, aber langfristig weniger Jobs für Akademiker. (Lanier, S. 81, 103)

Dieses *Trade-Off* bedeute nicht bloß fallende Preise, sondern zeige anderswo stets steigende. Laniers Argumenten dafür kann ich nicht ganz folgen. Er behauptet eine starke gegenseitige Bedingtheit dieser Trends, ohne dafür aber ausreichende Gründe zu liefern:

Ist es ein Zufall, daß die formale Ausbildung unglaublich, geradezu jenseitig teuer zu werden beginnt, genau in dem Moment, wenn informelle Bildung kostenlos wird? Nein, es ist kein Zufall. Dies ist nur eine weitere kleine, fraktale Spiegelung des großen Ganzen, nämlich der Art und Weise, in der wir Netzwerk-Informationssysteme gestaltet haben. Diese zwei Trends entsprechen einem einzigen. (Lanier, S. 104)

Man darf hier nicht nebeneinander auftretende Symptome mit Ursache und Wirkung verwechseln. Für die beschriebene Dynamik sehe ich aller-

dings einen ökonomischen Grund: Durch die „Gratiskultur“ setzt ein *Crowding-Out* ein, das die Wirtschaftsgrundlage von allen Angeboten untergräbt, die nicht im Hochpreis-Luxus-Segment liegen. Sollte sich das *eBook* durchsetzen und das gedruckte Buch als Massenware ablösen (was so wahrscheinlich ist, daß ich es als gewiß ansehe), dann werden Druckverlage nur noch in diesem Segment überleben können — dort wo es immer noch Vinylplatten und höchstpreisige analoge Tongeräte gibt.

eBooks

Lanier steht dem *eBook* überaus kritisch gegenüber, was für einen Pionier des Digitalen ungewöhnlich ist. Er bezieht sich auf einen *Google*-Mitarbeiter, der behauptet haben soll, *Google* digitalisiere Bücher nicht dafür, damit sie von Menschen gelesen würden, sondern um sie so Algorithmen zugänglich zu machen, insbesondere Algorithmen, die künstliche Intelligenz speisen sollen. Bücher würden damit zu bloßem Datenmate-

rial verarbeitet, die Digitalisierung wäre wie eine Mühle, die aus Werken lose Textpassagen macht, die sich in der Flut der Information auflösen:

Was man an eBooks verliert, ist die Struktur, die vermittelt, was ein Buch im Strom menschlichen Lebens und Denkens bedeutet. Ob wir die Kultur zerstören werden bei unserem Versuch sie digital zu speichern, ist noch unbekannt. [...] Ein Buch ist nicht bloß ein Artefakt, sondern die Synthese einer voll verwirklichten individuellen Persönlichkeit mit der menschlichen Kontinuität. Das ökonomische Modell unserer Netzwerke muß optimiert werden, um diese Synthese zu bewahren, sonst wird es der Menschheit nicht von Nutzen sein. (Lanier, S. 352, 358)

Ich habe diese Thematik schon mehrfach angerissen (siehe Scholien 04/11, S. 17ff und 02/12, S. 10ff), und hoffe, für meinen treuen Leser nicht zu repetitiv zu sein. Doch wie der treue Leser weiß, und hoffentlich schätzt, kehren in meinen Scholien mir besonders wichtige Motive immer wieder, um von verschiedenen Seiten betrachtet zu werden. Eine ähnliche Dynamik spielt sich bei der

Musik ab — und erst vor kurzem folgten die Bücher in der ganzen Bandbreite der Entwicklung: von digitalen Endgeräten bis zur „Piraterie“, der massengetriebenen Aneignung des noch nicht gänzlich Kostenlosen. Mittlerweile sind so ziemlich alle Bestseller kostenlos im Internet zu finden, weshalb die Verlage wohl bald dem Schicksal der Musiklabels folgen werden. Das Szenario der Auflösung von Werken in der Informationsflut ist bei der Musik bereits nahezu vollkommen eingetreten: Zuerst wurde das Lied aus dem Kontext des Albums gelöst, mittlerweile wird es auch immer mehr vom Interpreten gelöst. Musik wird zu einer allgegenwärtigen Wolke, einer digitalen *Cloud*. Mein Kollege Eugen Maria Schulak, selbst Musiker, beharrt deshalb auf der CD und betrachtet meine elektronische Musiksammlung mit gewisser Abscheu. Dabei ist meine Sammlung immerhin geordnet. Doch aufgrund fehlerhafter digitaler Zurechnung von Titel zu Interpret kam es schon einmal vor, daß ich bestimmte Lieder falschen Musikern zuordnete, was doch eine gewisse Res-

pektlosigkeit gegenüber dem Künstler ist. Die typische digitale Musiksammlung ist grauenhaft chaotisch: Sie besteht aus Ordnern bruchstückhafter Alben mit unvollständiger Titelbezeichnung, die nach dem Zufallsprinzip abgespielt werden. Immer mehr übernehmen Netzwerke die Musikausspeisung und berieseln nach dem Radio-Prinzip. Ich habe mich auch bereits aus Bequemlichkeit dazu verleiten lassen, all meine digitale Musik in die *Apple*-Server einzuspeisen, wodurch sie zwar überall zugänglich ist, aber nur noch gegen Gebühr und bei bestehender Internet-Verbindung (und solange es *Apple* gefällt). Lanier, ebenfalls Musiker, nennt dieses chaotische Informationsgemenge, in das sich die Strukturen auflösen, *mush* – Mischmasch. Diese Auflösung verleide ihm zunehmend das digitale Teilen seiner Musik, und er erwartet Ähnliches für die Schriftstellerei:

Ich scheue mich mittlerweile davor, meine Musik zu veröffentlichen, weil ich weiß, daß sie bloß zu einem Teil von diesem Mischmasch wird. Welche Bedeutung hat Musik ohne Kontext? Ich produziere sehr

neuartige Klänge, doch sehe ich keinen Wert darin, neuartige Klänge zu teilen, die in keinem Kontext mehr stehen. Warum sollte ich schreiben, wenn die Leute bloß seltsame Bruchstücke bekommen, die zusammengemischt sind, und deren Stellung im Ganzen oder die Geschichte des Autors nicht kennen, bzw. überhaupt nichts mehr dazu wissen? Welchen Sinn hätte das? An jenem Tag, an dem Bücher zu digitalem Mischmasch werden, höre ich auf, zu schreiben. (Timberg 2013)

Hier zitiere ich den Artikel, der mich zu seinem Buch führte. Leider zählt sein Buch auch zu den typischen Mischmaschwerken der Bestsellerlisten. Die wesentlichen Gedanken lassen sich in Artikelgröße darstellen; das Buch zeigt deutliche Blähungen und eine gewisse Unausgereiftheit der Nebengedanken. Damit bedient er selbst, vielleicht unverschuldet, die Mechanismen der Aufmerksamkeitsökonomie. Ein Bucherfolg schließt heute daran an, einen Hauptgedanken, der möglichst (innerhalb des korrekten Diskurses) kontroversiell und überraschend ist, also zu vielen „Meinungen“

anregt, zu leicht lesbaren Paketen zu machen, die kostenlos unter die Leute gebracht werden (Artikel, Blogs, Fernseh- und Radioauftritte). Diese kostenlosen *Teaser* sollen zum Kauf verleiten. Ich gebe zu, ich habe mir das Buch digital „gestohlen“, weil es mir eben den Eindruck machte, Teil dieser Aufmerksamkeitsökonomie zu sein, indem es so deutlich gegen diese Stellung bezog. Das ist freilich auch eine Ausrede für eigene Bequemlichkeit.

Auch ich erliege den Vorzügen des digitalen Buches. Mit modernen Lesegeräten, wie einem Kindle, geht der Komfortunterschied schon zulasten des guten alten Buches. Bei meiner ausgedehnten Wanderung in Südfrankreich war ich dankbar für jedes eingesparte Kilogramm. Vor allem erspart das *eBook* Arbeit: Digitale Inhalte sind der Volltextsuche zugänglich und lassen sich beliebig kopieren. Das erspart einen Teil der Recherche und das mühsame Exzerpieren. Leider bleibt damit aber langfristig auch weniger Arbeit für jene, die mich unterstützen. Es ist ohnehin schon schwierig, im Gelehrtenberuf Hilfsarbeiten aufzubringen, das

dürftige Maß wird nun weiter schwinden. Dank PC kann ich mein eigener Gestalter, Programmierer, Assistent sein und bedarf wenig Zuarbeit. Ist das etwas Schlechtes?

In einer Hinsicht scheint es mir in der Tat eine schlechte Nebenfolge des elektronischen Fortschritts zu sein, und diese Hinsicht betont Lanier: Die Lebensgrundlage bestimmter Berufe schwindet. Das erinnert freilich an die Perspektive der Maschinenstürmer (Scholien 02/10, S. 24f), die letztlich von der Geschichte widerlegt scheint. Die Widerlegung ist allerdings nicht vollständig, denn wir können nicht wissen, inwieweit die Ausweitung der Lohnarbeiterquote und das Schwinden der Selbständigen nicht zumindest zum Teil eine Technologiefolge war. Auch ist Technologie keine homogene Achse, sondern könnte bestimmte Schwellen ausbilden (wovon Lanier bei der Informationstechnologie ausgeht).

Daß es wenig Hilfsdienste bei der Gelehrtentätigkeit gibt, bedeutet, daß dieser Berufsstand weniger

Angestellte nähren kann. Das wäre noch nicht an sich schlecht, womöglich sogar vorteilhaft. Problematisch wird es, wenn das Feld intellektueller Tätigkeit so eng wird, daß der Zugang dazu so unwahrscheinlich wird, wie das *Popstardasein*. Darum ist *Popstar* auch kein Beruf, wenn ihn auch noch so viele Jugendlichen unter Fernseheindruck anstreben. Bei traditionellen selbständigen Berufen erfolgt der Einstieg *on-the-job*, durch eine Lehre, oder deren modernen Abklatsch: ein Praktikum, gefolgt von einem niedrig bezahlten Einstiegsjob. Der Lehrling und Praktikant übt zunächst (neben eigenständigeren Lehrstücken) stets Hilfsdienste aus, um einen Einblick in das Metier zu bekommen und den Produktivitätsverlust ein wenig auszugleichen, den jeder Einsteiger notwendigerweise verursacht: Er benötigt Zeit und Aufmerksamkeit, stellt ein Risiko dar, macht Fehler, steht im Weg. Hier hat auch eine allfällige „Kostenlosigkeit“ einen ökonomischen Grund und ist daher sinnvoll: Während einst die Eltern für die Aufnahme eines Lehrlings bezahlten (wodurch es auch keinen

„Lehrstellenmangel“ gab), bestehen bis heute unbezahlte Praktika fort. Gäbe es sie nicht, wäre der Zugang zu manchen Metiers ausgeschlossen. Aus Filialen des Staats-Banks-Industrie-Komplexes läßt es sich da leicht schimpfen. Die Produktivität dort ist künstlich zu einer Schein-Produktivität aufgebläht, die wenig mit dem Personal korreliert. Ein typischer Selbständiger arbeitet hart an der Produktivitätsgrenze. Jedes weitere *Crowding-Out* durch Kostenlosigkeit untergräbt diese Lebensentwürfe.

Lanier warnt davor, daß aufgrund der Digitalisierung die Erträge selbständiger Branchen sinken. Das *eBook* wäre ein weiteres Vehikel dieses Trends:

Im Allgemeinen wird man weniger für das Lesen bezahlen, was als Errungenschaft für die Konsumenten gepriesen werden wird, während man noch weniger mit dem Schreiben verdienen wird. Wenn dieses Muster nur für Musik, Literatur und andere Medien zutreffen würde, wäre es nur eines der Symptome des Übergangs in eine digitalere Welt, in der die Software

alles schluckt. Wenn es jedoch ein Vorzeichen ist für das, was bei Transport, Produktion, Medizin, Bildung und anderen großen Industrien folgen wird, dann wird die gesamte Wirtschaft schrumpfen, und der Kapitalismus wird langfristig weniger überlebensfähig. (Lanier, S. 357)

Ein neues Phänomen aufgrund der Digitalisierung sei die Aufbringung massenweiser unbezahlter Arbeit durch neue Netzwerke. Diese Netzwerke nennt Lanier nach Homers Odyssee Sirenenserver. *Facebook* ist eine solche Sirene: Sie lockt mit Aufmerksamkeit und bringt Menschen dazu, unentlohnt zu publizieren und ihre Daten zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Beispiel, das mit dem Gelehrten konkurriert, ist Wikipedia. Laut Lanier reduziert Wikipedia den Markt für bestimmte Gelehrte und demonetisiert diesen Berufsstand. Diese Argumentation erinnert ein wenig an Bastiats Farce von der Petition der Kerzenmacher:

Wir unterliegen der unerträglichen Konkurrenz eines auswärtigen Rivalen, der – wie es aussieht – Licht unter Bedingungen produziert, die den unseren so über-

legen sind, dass er unseren nationalen Markt damit zu einem unglaublich niedrigen Preis überschwemmt; denn, sofort wenn er sich zeigt hört unser Verkauf auf, alle Verbraucher wenden sich an ihn, und ein Zweig der französischen Industrie mit seinen unzählbaren Verästelungen steht mit einem Schlag völlig still. Dieser Rivale – die Sonne – liefert uns einen so hartnäckigen Kampf, dass wir den Verdacht haben, dass er von dem perfiden England (schöne Diplomatie heutzutage) gegen uns gehetzt wurde, umso mehr als er bei dieser hochmütigen Insel Rücksichten nimmt, deren er sich bei uns enthält.

Wir fordern, Sie mögen ein Gesetz erlassen, das das Schließen aller Fenster, Bodenluken, Dachfenster, Fensterläden, Läden, Vorhänge, Schiebefenster, Bullaugen, Markisen vorschreibt — mit einem Wort, aller Öffnungen, Löcher, Spalten und Ritzen durch die das Licht der Sonne üblicherweise in die Häuser dringt, zum Nachteil der schönen Industrien, mit denen wir uns schmeicheln, das Land beschenkt zu haben, das doch undankbar wäre, wenn es uns heute in einem so ungleichen Kampf im Stich lassen wollte. (Bastiat)

Trotz dieser alten Leier interessensgeleiteter, im schlechten Sinne „politischer“ Ökonomie, teile ich

doch Laniers Sorge. Es ist schließlich reichlich paradox, wenn gerade jene jungen Menschen „kostenlos“ für anonyme Netzwerke netzwerken, die sonst die schlimmste Anspruchsmentalität offenbaren. Sie schimpfen über die „Generation Praktikum“, über schlecht bezahlte oder gar unentlohnte Praktika, aber geben ihre ganze Aufmerksamkeit und Zeit Konzern-Netzwerken oder Initiativen praktizierter Kostenlosigkeit hin. Deren Honig ist eben die Illusion Aufmerksamkeit, der Leim einer narzißtischen, nebeneinander vereinsamenden Generation.

Jugendkritik

Diese pauschale Kritik an der Jugend muß ich gleich durch eine kleine Fürsprache kompensieren. Unlängst las ich ein Interview mit einem Jugendforscher, der berechtigte Kritik so übersteigert, daß ihr ideologischer Hintergrund deutlich sichtbar wurde. In nahezu jeder Zeit und Kultur steht die Jugend in der Kritik, den Alten und dem Althergebrachten gegenüber nicht genügend Respekt

entgegen zu bringen. Verblüffend an unserer Zeit jedoch ist, daß die Kritik an der Jugend völlig auf dem Kopf steht. Der Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier spricht für viele, wenn er heutigen Jugendlichen vorwirft, „angepaßte Hosenscheißer“ und langweilige Mitläufer zu sein:

Es ist eine adaptiv-pragmatische Generation mit einer hohen Anpassungsbereitschaft, mit einer Mitmachmentalität. Sie sind so erzogen, dass sie ordentlich funktionieren. Diese Generation ist nicht perspektivlos oder verdrossen, denn was ihre egoistischen Ziele anbelangt, sind sie ganz klar orientiert. Ein großer Teil der Jugend ist cool, durchsetzungsfähig und kämpferisch, eine Art moderner Warrior. Ich finde sie sogar beängstigend gut orientiert. Die Konzernchefs sind zufrieden, denn junge Menschen sind angepasste, ausbeutbare und brave Konsumenten. [...] Ich sehe den Trend zum angepassten Hosenscheißer. Zu den Mitmachern und zu den langweiligen Menschen, die alle im gleichen Jargon und den gleichen Vokabeln daher reden und alle dieselben Absichten und dasselbe Erfolgskonzept haben, das mit ihren persönlichen Gefühlen und mit ihrem Leben und Bedürfnissen

überhaupt nichts zu tun hat. Die Dominanz der äußeren Güter, dass man sogar das eigene Selbst marktförmig ausrichtet, ist erbärmlich. (Zarinfard 2013)

Auch ich erlebe einen guten Teil meiner Studenten als karrierebewußte Pragmatiker. Doch die Kritik greift völlig daneben, weil sie den wahren Zustand der Gesellschaft verkennt. Wie es heutige Jugendliche anstellen, machen sie es falsch: Begehren sie gegen „das System“ auf, klingen sie wie ihre Eltern. Ein Werbespot im Fernsehen bringt es gut auf die Pointe: Wenn ich groß bin, möchte ich Spießer werden! Das spießig-verkrampfte Nicht-Spießer-sein hat ausgedient.

Karl Kautsky erkannte die Problematik schon Anfang des letzten Jahrhunderts, als sie erst aufkeimte: Der Revolutionär hat es schwer, wenn sich alle für „alternativ“ halten. Ist der Widerstand gegen das Althergebrachte einmal salonfähig geworden, so erntet der Möchtegern-Revoluzzer nur noch Schulterklopfen — und wird damit um seine Sonderstellung gebracht. Der Sozialist Kautsky schrieb:

Ganz anders heute, wo der Sozialismus salonfähig geworden ist. Es bedarf keiner besonderen Energie, keines Bruchs mit der bürgerlichen Gesellschaft mehr, wenn man den Namen eines Sozialisten tragen will. Kein Wunder, daß immer mehr dieser neuen Sozialisten auch in der herkömmlichen Denk- und Empfindungsweise ihrer Klasse befangen bleiben. (Kautsky 1902)

Die Kritik an der „angepaßten“ Jugend ist also doch die alte Leier: Jene Generation, die sich für den verloren Krieg an ihren Eltern rächen wollte, indem sie das Nicht-angepaßt-sein zur Pflicht erhob, verübelt ihren Kindern ebenso, daß diese nicht genauso ticken wie sie selbst.

Doch es ist mehr als pubertärer Trotz: Das Selbstverständnis der Eltern-Generation als nicht-angepaßte „Alternative“ hat einen gewichtigen Schönheitsfehler. Instinktiv spüren heutige Jugendliche, daß die antibürgerlichen Ideale nur Pose waren. Heinzlmaier etwa empfiehlt das Ideal des Punks, hält es für wertvoller, sich täglich zu besaufen und zu bekiffen als ein Unternehmen zu

gründen:

Ich finde es nicht erstrebenswert, ein Start-Up in die Realität zu setzen. Als ich 25 Jahre alt war, habe ich mit meinem Leben besseres anzufangen gewusst, als mich für ein Unternehmen zu engagieren. Damals habe ich von Tag zu Tag gelebt und mir das Recht herausgenommen, keine Pläne zu haben. Der große Vorteil meiner Generation war, dass man keine Pläne haben musste und dass man nicht Erfolg haben musste. Und heute ist das Standard: Jeder muss irgend etwas unternehmen, die Qualität von einem Leben ermisst sich daran, was man schafft und hervor bringt. Es ist aber nicht notwendigerweise die Pflicht eines Menschen, etwas zu schaffen. Das Leben kann auch daraus bestehen, dass man sich täglich besäuft und bekifft und Nietzsche liest. Diese Möglichkeit hat man heutzutage dezidiert nicht. Wenn man nicht in diesem irrsinnigen, immer schneller laufenden ökonomischen Betrieb irgendeine Art von Engagement zeigt, dann ist man nicht vorhanden. [...] Auf dem Weg zu diesem Interview bin ich an Punks vorbeigegangen, die mit Hunden auf der Straße sitzen, denen ich auch immer Geld gebe, denn das ist für mich der richtige Weg zu einer Erneuerung der Gesellschaft.

Diese „Verpunkung“, also dass wir uns mit Hunden irgendwo auf die Straße setzen und Bier trinken und das Leben an uns vorbeiziehen lassen: Das wäre ein Ideal, dem ich dem heutigen Ideal entgegen halten würde. [...] Ich gebe der Generation überhaupt keinen Ratschlag. Aber ich bevorzuge den ausgeflippten Punk, oder einen alten, versoffenen Philosophen gegenüber den coolen, performenden Anzug-Typen, die vorbei laufen und ihre komische, lächerliche Erfolgsgeschichte inszenieren, die zum Beispiel darin bestehen kann, irgendeine verblödete Applikation für das Handy zu programmieren und diese dann verkaufen. Diese Typen interessieren mich einfach nicht. Das sind langweilige, öde Menschen. (Zarinfard 2013)

Das ist eine legitime Lebensentscheidung. Problematisch ist, daß sich seine Generation ihre Unangepaßtheit gut entlohnen ließ — auf Kosten kommender Generationen. Der Großväter-Generation mißlang das Plündern am Ende gründlich, die Vätergeneration war letztlich erfolgreich.

Die Rechnung wird eines Tages die heutige Jugend zu bezahlen haben. Sie ahnt, daß sie sich

nicht darauf verlassen kann, daß im Alter noch genug für sie da ist. Ihr rastloses Karrierestreben, so leer und einfallslos es wirken mag, hat folgendes Motiv: Nütze die fetten Jahre noch, denn sie könnten bald vorbei sein. Bei Robert Musil findet sich eine Entgegnung eines Vaters auf seine rebellierende Tochter: Und wovon wolltest du leben, wenn ich nicht Kapitalist wäre? Im anti-ideologischen Pragmatismus der heutigen Jugend steckt eine Entgegnung der Töchter auf ihre Väter: Und wovon wolltet ihr leben, wenn ich nicht Karrierist wäre? Es ist legitim, kein Spießer zu sein. Aber nicht legitim, dann wie ein Spießer leben zu wollen. Die heutige Jugend rebelliert genauso gegen die Doppelmoral ihrer Eltern, wie diese vor ihnen. Die klügsten dieser Generation erkennen die Leere der Ideologien und können so wirklich wieder Begeisterung für Ideen empfinden. Die Scheuklappen des Pragmatismus und Eskapismus sind nur ein Behelf, um möglichst schnell durch das Tal der Lebenslügen der letzten Generation zu kommen.

Die Lebenslügen des Bernhard Heinzlmaier, der es sich im Filz des sozialdemokratischen Wiens bequem gemacht hat, schreien jedenfalls zum Himmel. Vor nicht allzu langer Zeit nahm er geifernd einen Parteifreund in Schutz, der in Österreich als Inbegriff des schleimigen Karrieristen gilt: Der als 25-Jähriger dank Parteienprotektion in Führungsposition beim Staatsfunk gehievte Niko Pelinka. Heinzlmaiers Institut lebt hauptsächlich von Auftragsforschung für den österreichischen Staat, sein eigenes „performendes“ *Start-up* mit dem „coolen“ Namen *tfactory* sitzt im „trendigere“ Hamburg. Am Ende des Interviews gibt er zu, die Nase schon längst voll zu haben von seinem Job und nur noch des Geldes wegen „aktiv zu sein“. Selbst der schlimmste Spießer, wirft er der Jugend vor, nicht seinen romantisierten Traum vom Philosophen-Punk zu leben. Doch er relativiert seine Vorwürfe sogleich in einer Weise, die seinen Nihilismus zutage treten lässt:

Ich mache niemandem einen Vorwurf, weil prinzipiell die Macht des Individuums überschätzt wird. Jeder ist

von Außen geführt und manipuliert und der eigene Wille ist abgeleitet von äußeren Einflüssen. Die jungen Leute, wie sie heute leben, sind großteils gemacht. Sie sind produziert von den hegemonialen Ideologien. Die heutige Jugend hat gar nichts zu verantworten. Deswegen kann man ihnen auch keine Vorwürfe machen, weil sie selbst nichts dafür können. (Zarinfard 2013)

Genau dieser Nihilismus der Generation Heinzlmaier ist es, gegenüber dem noch der schleimigste Karrierismus verständliche Rebellion ist: Karrieristen schuften immerhin für die eigene Karriere und leben nicht vom Schuften der anderen, denen sie noch frech hinterher spucken. Die „hegemoniale Ideologie“ ist für Heinzlmaier wenig überraschend das böse N-Wort. So schreibt er als Inhaltsangabe seines neuen Buches, das aus Kommerzgründen in Deutschland erschien, ein stylisches Cover und einen trendigen Titel hat:

Der Neoliberalismus ist ein Gas. Einem Gas kann man kaum Grenzen setzen. Aus der Ökonomie kommend strömt es ungehindert in alle Diskurse und

Lebenswelten ein. Ökonomische Imperative greifen auf alle Sphären der Gesellschaft über – auf Schule, Familie, Gesundheitswesen, Kultur, Bildung usw. Die Gesellschaft ist zum Anhängsel des Marktes geworden. (Heinzlmaier 2013)

In seinem Buch wird es noch drastischer:

Eine menschenverachtende Leistungsideologie, propagiert von durch Ehrgeiz und Allmachtsfantasien getriebenen Neo-Yuppies, ist dabei, die für das Zusammenleben der Menschen so wichtigen Werte wie Toleranz, Solidarität, Gerechtigkeit und Mildtätigkeit zu verdrängen. [...] Wir treffen heute aber auch auf ein Phänomen, das in den Sozialwissenschaften als Werteverchiebung vom Postmaterialismus zum Neomaterialismus bezeichnet wird. Der Neomaterialismus steht für eine Grundhaltung, die postmaterielle Werte der 1968er und post-1968er Generation wie Solidarität, Toleranz, idealistische Selbstverwirklichung und die Kritik an gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Unterdrückung durch ein neomaterialistisches Wertesetting ersetzt, in dem die beherrschenden Werte Sicherheit, Konsum, sozialer Aufstieg, Nutzenorientierung und Affirmation der gesellschaftli-

chen Verhältnisse sind. Unter den Bedingungen einer materialistischen Wertedominanz werden Ethik und moralisches Handeln sekundär. (Heinzlmaier 2013, S. 7, 10f)

Interessant ist das ideologische Gegenrezept, das sich Heinzlmaier wünscht: Anarchismus! Seiner Meinung nach sei Anarchismus „sowieso die einzige Idee von Gesellschaft, die überhaupt noch einen Sinn macht“. Doch dieser Punk-Anarchismus entspricht wohl der weiter oben diskutierten Begriffsdeutung: die Nichts-Herrschaft im Gegensatz zur Nicht-Herrschaft. Die Herrschaft des Nichts, des Nihilismus, der Negation macht aber gewiß keinen Sinn — im buchstäblichen Wortsinne. Denn von nichts kommt nichts, Sinn findet sich in der Fülle, nicht in der Leere. Leider aber auch in der Illusion von Fülle, in den oben erwähnten Abundanzutopien. Heinzlmaiers Reaktion ist letztlich ebenso eine auf den Sinnverlust der Arbeit. Marx hilft da nicht mehr weiter. Laniers Reaktion ist ähnlich motiviert, und er tappt genauso suchend im ideologischen Dunkel.

In den nächsten Scholien, die sich wieder mehr der Ökonomie zu widmen versprechen, werde ich eine Erhellung der Thematik versuchen und Lanners Rezepte kritisch prüfen. Ich kann freilich nicht ausschließen, daß die erhellende Fackel bloß neue, lange, dunkle Korridore ersichtlich macht. Trotzdem hoffe ich, der treue Leser begleitet mich weiterhin geduldig bei meinen Erkundungen in den Schattenbereichen einer gleißend hellen, vermeintlich völlig transparenten Zeit.

Literatur

Christopher Andrew/Oleg Gordievsky (1990): KGB: The Inside Story. New York: Harper Collins. tinyurl.com/andrew2222

Aristoteles: Der Staat der Athener (Athenaion politeia), 13.4. tinyurl.com/aristoteles22

Roger Baldwin (1927): Liberty Under the Soviets. New York: Vanguard.

Frédéric Bastiat: „Petition der Kerzenmacher“ tinyurl.com/bastiat22

Jochen Bleicken (1995): Die athenische Demokratie. Paderborn: Ferdinand Schöningh. tinyurl.com/bleicken2

Jacob Burckhardt (1898-1902): Griechische Kulturgeschichte. tinyurl.com/burckhardt2

www.centcom.mil/syria/

Aleksandr Dugin (1997): „Fascism – Borderless and Red“, übersetzt von Andreas Umland, als Anhang zu einem Artikel Umlands auf: History News Network, 30.5.2009 tinyurl.com/dugin2

Victor Ehrenberg (1964): The Greek State. N.Y.: The Norton Library. tinyurl.com/ehrenberg2

Stephan Ewald (2013): „Über Hans-Hermann Hoppe“, Blogbeitrag, 5.2.2013 tinyurl.com/ewald2
facebook.com/jzarif

M.I. Finley (1983): Politics in the Ancient World. Cambridge et al.: Cambridge University Press. tinyurl.com/finley22

Sean Gabb (2013): „No Syrian War to Save Obama's Face!“, in: Libertarian-Alliance-Blog, 4.9.2013 tinyurl.com/gabb22

Johann Wolfgang von Goethe: Wilhelm Meister's Lehr- und Wanderjahre. tinyurl.com/goethe22

Bernhard Heinzlmaier (2013): Performer, Styler, Egoisten. Über eine Jugend, der die Alten die Ideale abgewöhnt haben. Berlin: Archiv der Jugendkulturen. tinyurl.com/heinzlmaier

Mogens Herman Hansen (1995): Die athenische Demokratie im Zeitalter des Demosthenes. Berlin: Akademie Verlag tinyurl.com/hansen222

Deborah Hartmann (2002): „Der Fall Borodajkewycz“, in: Context XXI, 7-8/01 – 1/02 tinyurl.com/hartmann22

nyurl.com/hartmann2

Roland Christian Hoffmann-Plesch (2013a): „Syrien, Eurasien und die neue multipolare Weltordnung“, in: Eurasisches Magazin, 1.8.2013 tinyurl.com/hoffmann2

Hoffmann-Plesch (2013b): „Der Syrienkrieg als Weltordnungskrieg“, in: Eurasisches Magazin, 1.8.2013 tinyurl.com/hoffmann22

Hans-Hermann Hoppe (2005): My Battle With the Thought Police. In: mises.org, 12.4.2005 tinyurl.com/hoppe2

Karl Kautsky (1902): Die soziale Revolution. Band 1. Buchhandlung Vorwärts

Richard Lake (2005): „Lecture Causes Dispute“, in: Review Journal, 5.2.2005 tinyurl.com/lake222

Jaron Lanier (2013): Who owns the future? New York: Simon & Schuster tinyurl.com/lanier2

Arthur M. Louis: Journalism and Other Atrocities - An Irreverent Memoir (2010)

Mairead Maguire (2013): „In Syrien findet ein Stellvertreterkrieg im Auftrag fremder Mächte statt“. tinyurl.com/maguire2 Übersetzt aus dem

englischen Original: „The Syrian State is Under a Proxy War Led by Foreign Countries“. In: Global Research, 24.5.2013

Plato: Politeia (Der Staat). Hg.: Otfried Höffe. Oldenbourg. tinyurl.com/plato22

Polybios: Historien, VI. Buch. Die Verfassung der römischen Republik. Hg.: Kai Brodersen. Reclam. tinyurl.com/polybios2

Pseudo-Xenophon: Athenaion Politeia (Der Staat der Athener). tinyurl.com/pseudox2 (pdf-Datei)

Robert L. Stevenson (1879): Travels with a Donkey in the Cévennes.

Scott Timberg (2013): „Jaron Lanier: The Internet destroyed the middle class“, in: Salon.com, 12.5.2013 tinyurl.com/timberg2

Wiener Zeitung Online: „‘Stronach hat zu viel Zeit.’ Junge Migranten vor ihrer ersten Wahl“, 6.9.2013 tinyurl.com/wiener2

Sahel Zarinfard (2013): „Ich sehe den Trend zum angepassten Hosenscheißer“. Interview mit Bernhard Heinzlmaier, in: paroli, 8.7.2013 tinyurl.com/zarinfard

Inhaltsverzeichnis

Bedienungsanleitung.....	2
Tagesgeschehen	4
Syrien und die Weltordnung.....	13
Nationalbolschewiken	20
Friedensnobelpreisträger	28
Ideologische Reiseberichte	36
ACLU.....	49
Universitäre Eklats	56
Scheuklappen	64
Die Borodajkewycz-Affäre.....	68
Demo-Gewalt	74
Heimatloser Heimattreuer	83
Facebook-Demokratie	100
Kratein und archein	105

Antike und moderne Sklaven.....	112
Anarchie vs. Politik.....	120
Ursprung der Politik	126
Militärischer Egalitarismus	135
Lösen statt Wählen.....	139
Politiker vs. Laien	143
Honig der Demokratie.....	150
Politische Geschäftigkeit	156
Sykophanten	164
Staatsfinanzierung.....	172
Parteien	178
Lob & Kritik der Demokratie.....	182
Kult der Kostenlosigkeit	191
Facebook-Wirtschaft	195
eBooks.....	202
Jugendkritik	213
Literatur	225

SCHOLIEN

WERTEWIRTSCHAFT.ORG

